

Edgar Einemann

Computer für die Volksvertreter

**Strategische Nutzungskonzepte
der EDV für
Abgeordnete,
Fraktionen und
Parlamente**



Schüren

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Einemann, Edgar:

Computer für die Volksvertreter : strategische
Nutzungskonzepte der EDV für Abgeordnete, Fraktionen und
Parlamente / Edgar Einemann. - Marburg : SP-Verl., 1991

ISBN 3-924800-94-4

Schüren Presseverlag GmbH
Deutschhausstr. 31, 3550 Marburg
© Schüren Presseverlag Marburg 1991
Alle Rechte vorbehalten
Druck: Mauersberger, Marburg
ISBN 3-924800-94-4

Inhalt

Vorbemerkung	7
Einleitung	9
I. Computer für den Bundestag: Das Projekt PARLAKOM	11
1. Die Ausgangssituation	11
2. Der Ansatz "EDV für das Parlament"	14
3. Der Modellversuch	22
4. Probleme und Kritik	33
5. Ergebnisse und Perspektiven	39
II. Computer für die Fraktionen des Bundestages	43
1. Die Fraktion der CDU/CSU	43
2. Die Fraktion der SPD	49
3. Die Fraktion der FDP	51
4. Die Fraktion der GRÜNEN	55
5. Zusammenfassung	55
III. Computer in den Wahlkreisbüros	57
IV. Computer in den Landtagen	63
1. Eine Übersicht	63
2. Ein Beispiel: EDV für den Landtag Baden-Württemberg	68
V. Überlegungen zur Ausstattung eines Großstadtparlamentes	75
1. Das Beispiel Bremen	75
2. Die Fraktionen in der Bremischen Bürgerschaft	79
3. Was wollen die Abgeordneten?	84

VI. Strategische Nutzungskonzepte der EDV für Abgeordnete, Fraktionen und "kleine" Parlamente	89
1. Eckpunkte für ein Konzept	89
2. Schritte zur Umsetzung	98
Anhang	103
1. Leitfaden für die Expertengespräche	103
2. Fragebogen für Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft/Landtag	106
Literatur	109

Vorbemerkung

Der vorliegende Text ist der Endbericht des Projekts "PARDA" (Parlakom und externe Datenbanken), das von März 1989 bis Februar 1990 im Studiengang Systemanalyse der Hochschule Bremerhaven unter Leitung von Prof. Dr. Edgar Einemann durchgeführt wurde. Es handelt sich um ein Lehr- und Forschungsprojekt der Hochschule, an dem die sechs Student(inn)en Jutta Hitzweibel, Rainer Marquardt, Dietrich Lindner, Jörg Plümer, Eckhard Schlake und Bianca Widmer mitgearbeitet haben.

Die Ergebnisse der Arbeit stützen sich zum einen auf die nur in geringem Umfang vorhandene Literatur zu diesem Thema und zum anderen auf eigene empirische Erhebungen, in deren Rahmen eine Vielzahl von Expertengesprächen und Interviews in Bonn, Bremen und in Bremerhaven durchgeführt wurden. Besuche bei anderen Landtagen oder Stadträten waren aufgrund der vorhandenen Ressourcen leider nicht möglich.

Für ihre freundliche Gesprächsbereitschaft und Unterstützung danken wir Herrn Drescher, Herrn Mausberg und Frau Rebhan aus der Bundestagsverwaltung, dem Personalrat des Bundestages, Herrn Podlech von der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Frau Schulte-Traupe, Frau Hüttel und Herrn Panzer von der SPD, Frau Rust von den Grünen und Frau Zimmermann von der FDP.

In Bremen gilt unser Dank den Herren Biebusch, Götze und Zeh aus der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft sowie Herrn Barsuhn von der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Herrn Penning von der CDU, Herrn Neubrandner von der FDP sowie Herrn Öllerich und Herrn Holtermann von den Grünen.

Darüber hinaus möchten wir uns bei den zehn Bürgerschaftsabgeordneten von SPD, FDP und Grünen bedanken, die für längere Interviews zur Verfügung gestanden haben.

Die Veröffentlichung dieser Studie wurde möglich durch die freundliche Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung in Bremen (Herbert Wulfekuhl) und ihre Außenstelle in Bremerhaven (Uwe Parpart).

Bremerhaven, März 1990

Einleitung

Der zunehmende Einsatz der EDV als Hilfsmittel zur Bewältigung von Organisations- und Informationsaufgaben durch staatliche Instanzen hat zunächst auf der Ebene des Bundestages zu Überlegungen in bezug auf eine Technik-Unterstützung der Parlamente geführt. Eine Argumentationslinie bestand in dem Hinweis auf die sich zuungunsten der Legislative verändernden Machtverhältnisse, die einem zunehmend besser und schneller informierten Regierungsapparat gegenübersteht, der verfügbare Datenbanken nutzt und eigene aufbaut. Diese Erkenntnis gilt auf allen Ebenen der Volksvertretung vom Bundestag bis zum Kommunalparlament; unsere Aufarbeitung der Tendenzen und Chancen dient der Klärung der Frage, welchen Beitrag der Einsatz welcher Technologien zur Stärkung der Demokratie im Sinne einer "Kontrolle von unten" leisten kann. Technologiegestaltung ist nicht nur eine Frage der Arbeitsplatzgestaltung, sondern eine der Systemplanung und Systementscheidung. Unsere These ist, daß nur die offensive Formulierung von Nutzungsinteressen zu Systemkonzepten führt, die bestimmte politische Positionen (Dezentralisierung von Wissen, Stärkung der Demokratie von unten) unterstützen. Zentralistische und geschlossene Systeme präjudizieren demgegenüber die Nutzung neuer Möglichkeiten ausschließlich im Sinne der herrschenden Informationseliten; deshalb kommt es darauf an, vor der Einführung von EDV-Systemen bei Parlamenten, Fraktionen und Abgeordneten unter politischen Gesichtspunkten über die Systemkonzepte und die Einführungsstrategien zu diskutieren. Dabei soll der folgende Beitrag eine Orientierungshilfe bieten.

Es wird abschließend versucht, einen Ansatz der Skizzierung eines EDV-Konzepts für Abgeordnete, Fraktionen und Parlamente vorzunehmen, wobei sich die Vorschläge besonders an die noch nicht voll ausgestatteten Volksvertretungen (vor allem auf dezentraler Ebene) richten.

Beim Bundestag bildete die Analyse der Situation von Abgeordneten die Grundlage für die Einführung neuer Techniken für das Parlament; es wurde ein Modellprojekt "Parlakom" konzipiert und durchgeführt. Dieser Modellversuch gehört zu den am besten dokumentierten Einführungsprozessen von EDV, was u. a. einer ausführlich präsentierten Begleitforschung zu verdanken ist.

Der erste Teil unseres Berichts (I.) leistet eine Kurzbeschreibung der Ansätze, Ergebnisse und Probleme des Projekts Parlakom beim Bundestag; die Bonner Erfahrungen sind ein wesentlicher Hintergrund auch für Konzepte, die auf dezentralerer Ebene ansetzen.

Das Bonner Projekt Parlakom zielte primär auf den Bundestag und seine Abgeordneten; diese sind aber in die Arbeit ihrer Fraktionen eingebunden, die über ihre DV-Ausstattung zunächst nach eigenen politischen Überlegungen und nicht in direkter Abhängigkeit von Parlakom entscheiden. Der EDV-Einsatz in den Fraktionen des Deutschen Bundestages wird im zweiten Kapitel (II.) beschrieben.

Ein "Stiefkind" des Projekts Parlakom waren die Wahlkreisbüros der Bundestagsabgeordneten, auch wenn die Verbesserung der Kommunikation zwischen den Büros in Bonn und im Wahlkreis eine wichtige Begründung für das Projekt war. Die Realität des PC-Einsatzes in den Wahlkreisbüros von Bundestagsabgeordneten analysieren wir in dritten Kapitel (III.) am Beispiel der Bremer Bundestagsabgeordneten.

Landtage haben andere Strukturen und Arbeitsbedingungen als der Bundestag, sie vertreten die Bürger sehr kleiner und auch sehr großer Bundesländer. Wir dokumentieren die Ausstattungen der Landtage mit Hard- und Software im vierten Kapitel (IV.), können uns dabei aber auf keine "eigene Empirie" im Sinne von Besichtigungen und Nacherhebungen stützen.

Vor dem Hintergrund der Situation im Bund und in den anderen Landtagen beschreiben wir die Ausstattung der Bremischen Bürgerschaft (als Landtag und gleichzeitiges "Großstadtparlament") und erste Konzepte zu ihrer Verbesserung (V.1.) sowie den Stand der EDV-Nutzung durch die Fraktionen (V.2.) im Parlament. Über die Anforderungen der Fraktionen hinaus haben wir 10 % der Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft nach ihren Erfahrungen mit der Nutzung von PCs, den Gründen für die Nicht-Nutzung und ihre Wünsche für zukünftige DV-Ausstattungen von Parlament, Fraktionen und Abgeordnetenbüros befragt. Die Auswertung dieser Befragung (V.3.) ist eine zentrale Grundlage für weitere Nutzungskonzepte auf der Ebene eines "kleinen" Parlaments.

Ansatzpunkte für ein solches Nutzungskonzept sollen auf sehr vorläufiger Basis im Schlußkapitel (VI.) dargestellt werden. Im Anhang dokumentieren wir unsere Leitfäden für die Befragung von Experten (Parlamentsverwaltung und Fraktionen auf Bundestags- und Landtagsebene) und von Bremer Abgeordneten.

I. Computer für den Bundestag: Das Projekt PARLAKOM

1. Die Ausgangssituation

Ein wichtiger Bestandteil unserer Verfassung ist die Kontrolle der Regierung durch das Parlament, wobei die Abgeordneten im Parlament in ihren Entscheidungen frei und nur ihrem Gewissen verpflichtet sein sollen. Der einzelne Abgeordnete ist aber von seiner Partei abhängig (Wiederwahl) und unterliegt dem Fraktionszwang. Hinzu kommt eine Verlagerung von Auseinandersetzungen: häufig sind die gegensätzlichen Blöcke heute nicht mehr Exekutive (Regierung) gegen Legislative (Parlament), sondern Regierung und Fraktionen der Regierungsparteien gegen Opposition. Dabei haben die Abgeordneten der Opposition, die nicht an dem "Herrschaftswissen" der Regierung und ihrer Apparate teilhaben, ein strukturelles Informationsdefizit. Das gilt sogar für "einfache" Abgeordnete der Regierungsfaktionen und wird von diesen besonders dann beklagt, wenn sie einmal Zugriff auf die Regierungsstrukturen hatten (vgl. Hamm-Brücher in Lange 1988, S. 10).

Innerhalb der Fraktionen gibt es einen Informationsvorsprung der "Bonner Profis", der hauptamtlichen Fraktionsführung, die auf den Mitarbeiterstab der Fraktionen zurückgreifen können. Die wissenschaftlichen Stäbe stehen den "einfachen" Abgeordneten nicht zur Verfügung, sondern sind den Geschäftsführern und Arbeitskreisleitungen zugeordnet.

Die Abgeordneten haben die Möglichkeit, sich vom wissenschaftlichen Dienst des Bundestages unterstützen zu lassen. Von den ca. 1600 Mitarbeitern des Bundestages werden ca. 1200 für die Verwaltung eingesetzt, 200 für Dokumentationstätigkeiten und nur ca. 200 für wissenschaftliche Dienste. Die 60 Mitarbeiter der wissenschaftlichen Fachdienste, auf die alle Abgeordneten zugreifen können, erstellen pro Jahr ca. 1000 Gutachten (vgl. Lange 1988, S. 101). Das entspricht jährlich ca. zwei Gutachten pro Abgeordnetem, wobei jeder Mitarbeiter im Schnitt zwei bis drei Wochen Zeit für ein Gutachten hat.

Im wesentlichen hat der Abgeordnete im Bundestag folgende Quellen zur Gewinnung vertiefender Informationen:

- Anfrage an die Regierung
- wissenschaftlicher Dienst des Parlaments
- wissenschaftliche Mitarbeiter der Fraktion (sind meist dem Vorstand oder Ausschüssen zugeordnet)
- eigene wissenschaftliche Mitarbeiter.

Jedem Abgeordneten steht für eigene Mitarbeiter eine monatliche Pauschale von 9440 DM (1987) zu. Davon beschäftigen sie im Schnitt vier Mitarbeiter (insgesamt 2063). Dabei werden hauptsächlich Bürokräfte und kaum wissenschaftliche Mitarbeiter eingestellt. Dies ist für den einzelnen Abgeordneten naheliegend, da er ohnehin nur einen wissenschaftlichen Mitarbeiter finanzieren könnte.

Ein Hauptproblem der Abgeordneten ist allerdings, daß sie mit irrelevanten Informationen überschüttet werden und im Gegensatz zu Fraktion und Regierung kaum Möglichkeiten zur Analyse und Filterung der Informationen haben. Aus diesem Grund ist die Forderung nach einem dezentralen Datenzugang zu gefilterten und analysierten Informationen von Fraktion und Regierung besonders einleuchtend.

Die immer wieder auftretende Diskussion um die "Krise des Parlamentarismus" wurde in der letzten Zeit um zwei Lösungsstrategien bereichert, die entweder auf eine Stärkung der Rolle des einzelnen Abgeordneten oder aber auf eine Verlagerung von Kompetenzen vom Parlament an die "Basis" hinauslaufen. Lange (1988, S. 52) beschreibt diese Haltungen als

- die "liberale Position", die weniger Parteieinfluß und mehr Rechte für die einzelnen Abgeordneten verlangt (Hauptvertreterin dieser Position: Frau Hamm-Brücher, FDP),
- die Position der "Fundamentalisten", die Kritik übt am Mehrheitswahlprinzip und sich für Volksentscheide und Basisdemokratie außerhalb des Parlaments einsetzt (Hauptvertreter dieser Position: Teile der Grünen).

Zur Stärkung der Position der Abgeordneten und des Parlaments insgesamt wurde eine Reihe von Reformvorschlägen entwickelt:

- Rechtliche und organisatorische Reform,
- Einsatz von Informations- und Kommunikationstechniken,
- Verbesserte Ausstattung der Abgeordneten in Bonn und in den Wahlkreisbüros,

- Bessere Zugriffe auf Arbeitsstäbe der Fraktionen und Ausschüsse,
- Ausbau des wissenschaftlichen und sonstigen Hilfsdienste des Parlaments,
- Zugriff auf Datenbanken im In- und Ausland.

Vor dem Hintergrund dieser Diskussion wurde beschlossen, das Parlament und die Abgeordneten bis Mitte der 90er Jahre (Planungszeitraum: 10 Jahre) mit Informations- und Kommunikationstechniken auszustatten, um ihnen bessere Informationsmöglichkeiten für ihre Aufgaben der Regierungskontrolle und Gesetzgebung zu erschließen. Die Kosten dieser Ausstattung mit Informations- und Kommunikationstechniken wurden mit ca. 200 Mio. DM veranschlagt; das Gesamtprojekt bekam den Namen "PARLAKOM".

Bisher wurde in den Abgeordnetenbüros kaum EDV eingesetzt. Der Hauptteil der Informationen wurde über Post oder Boten übermittelt. Nur selten wurden Fernkopierer benutzt. Dadurch dauerten Informationsübermittlungen oft sehr lange.

Schon 1983 forderten einige Abgeordnete (z. B. Frau Skarpelis-Sperk, ehemalige PARLAKOM-Sprecherin, SPD) eine EDV-Studie. Ihr Ziel war ein gutes Sekretariat und ein wissenschaftlicher Mitarbeiter für jeden Abgeordneten. Es sollten mit Hilfe von Kommunikationstechniken und Datenbankabfragemöglichkeiten alternative Informationsquellen geschaffen werden, um der einseitigen Informationsversorgung der Abgeordneten entgegenzuwirken. Als Vorbild wurde dabei auf die USA verwiesen, wo der Kongreß Datenbanken mit sehr guten Abfragemöglichkeiten für allgemeine politische Informationen betreibt. Dort sind wichtige Daten ständig abrufbar, und ein Zugriff auf nationale und internationale Presseedienste ist schon seit Jahren möglich.

Diese Forderung konnte aber nur sehr langsam durchgesetzt werden, da Regierung, Verwaltung und Fraktionen sich bei der Umsetzung sehr schwer taten. Außerdem waren auch mögliche Folgen der EDV-Einführung zu bedenken. Dabei sind in der Zukunft folgende Tendenzen denkbar:

- Demokratieverträgliche Tendenz:
Aufbrechen der bestehenden Strukturen, Verbesserung der Möglichkeiten der Abgeordneten, Dezentralisierung von Herrschaftswissen
- Technokratische Tendenz:
Erstarren der bisherigen Informationswege, Formalisierung

- Trendverstärkende Tendenz:
Stärkung der bestehenden Informations-Eliten (vor allem in den Fraktionsspitzen), weniger Flexibilität und Spontaneität.

Folgende Probleme und Fragen mußten ebenfalls bedacht werden:

- Wird eine Rationalisierung der Verwaltung, der politischen Arbeit oder eine Veränderung von Freiheitsrechten bewirkt?
- Wer darf Informationen in die Datenbanken eingeben?
- Subjektivität scheinbar objektiver Informationen in Datenbanken,
- Gefahr der Nichtbeachtung von Themen, die nicht informations-technisch bearbeitet werden können,
- Gefahr der Formalisierung des Denkens,
- Welche Daten werden wem zur Verfügung gestellt?

2. Der Ansatz "EDV für das Parlament"

Vor der Einführung der I.u.K.-Technik im Bundestag wurde von der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) und dem Beratungsinstitut ADV/ORGA ein Studie für PARLAKOM (1984-86) durchgeführt. Im Mittelpunkt stand dabei die Fragestellung, inwieweit sich die Arbeitsbedingungen der Abgeordneten durch IuK-Techniken verbessern lassen. Außerdem sollten Verbesserungsmöglichkeiten und Realisierungsvorschläge aufgezeigt bzw. unterbreitet werden. Die Studie sollte Grundlage für eine strategische Planung und technische Implementation zur Unterstützung der Tätigkeiten der Abgeordneten sein. Der Planungszeitraum reicht bis in die neunziger Jahre. Schwerpunkte waren:

- eine arbeits- und organisationswissenschaftliche Analyse im IuK-Bereich der Abgeordnetenbüros,
- Gegenüberstellung einer Untersuchung und Bewertung der technischen Gegebenheiten und Entwicklungen,
- als Resultat daraus ein Zielkatalog für Maßnahmen im IuK-Bereich,
- Kostenabschätzung/Technikfolgenabschätzung,
- Konzept für Modellversuch.

2.1. Die Bedarfsanalyse

In die Untersuchung wurden einbezogen:

- 17 Abgeordnetenbüros mit den Mitarbeitern in Bonn und im Wahlkreis,
- Sekretariate von Bundestagsausschüssen,
- mehrere Stellen der Bundestagsverwaltung.

Außerdem wurden Gespräche mit Personal- und Betriebsräten der Fraktionen bzw. der Verwaltung sowie einer Vertretung der Mitarbeiter von Abgeordneten geführt. Es wurde folgendes (als typisch anzusehendes) Aufgabenraster der Abgeordneten ermittelt:

a) im Bundestag:

- Fachpolitische Tätigkeit in einem Ausschuß und korrespondierenden Arbeitsgruppen in der Fraktion/Partei,
- weitere Funktionen in Bundestag/Fraktion,

b) im Wahlkreis:

- regionale Parteifunktionen,
- Parteibetreuung im Wahlkreis,
- regionale Pressearbeit,
- Wählerbetreuung, -ansprache,
- Bürgerberatung.

Dominanz hat dabei in Bonn die ausschußbezogene, im Wahlkreis die parteibezogene Arbeit.

Als herausragende Schwäche bei der Untersuchung der Abgeordnetenbüros wurde eine mangelhafte fachliche Zuarbeit ermittelt. Der hohen Bedeutung der Ausschußtätigkeit steht keine entsprechende Informationsverarbeitungskapazität gegenüber, außer bei Abgeordneten mit direktem Zugriff auf Fachstäbe.

Die Situation der Mitarbeiter der Abgeordneten war ungünstig durch:

- privatrechtliche Arbeitsverträge, sie sind an die Legislaturperiode der Abgeordneten gebunden,
- geringer Arbeitsstatus, die Rechtlosigkeit der Mitarbeiter gegenüber der Verwaltung wurde beklagt.

Weitere Untersuchungen galten dem "organisatorischen Umfeld" der Abgeordnetenbüros (Beziehungen vom Bonner Büro zu anderen Einheiten innerhalb/außerhalb des Bundestages). Dieses Umfeld besteht aus folgenden Einheiten:

- "Dienste für Abgeordnete" (Hauptabt. Z),
- "Wissenschaftliche Dienste" (Hauptabt. W),

- Organisation der Fraktionen,
- Organisation der Parteien mit jeweils eigener Infrastruktur.

Darunter hat man sich im einzelnen vorzustellen:

a) "Dienste für Abgeordnete"

Dazu gehören beispielsweise Botendienst, Fernschreib-, Fernkopier- und Telegrammdienst und Schriftguterstellung. Hier wurde insbesondere eine höhere zeitliche Verfügbarkeit der Dienste gewünscht. Einige gewachsene Strukturen in der Verwaltung galten als unzweckmäßig.

b) "Wissenschaftliche Dienste"

Dazu gehören Ausschußsekretariate, Fachbereiche und die Dienste der sogenannten wissenschaftlichen Dokumentation (z. B. Sach- und Sprechregister). Die Verfügbarkeit von Ausschuß-Unterlagen soll verbessert werden. Es werden Zugriffsmöglichkeiten außerhalb der Arbeitszeiten gewünscht. Die Nutzungsmöglichkeiten und Dienstleistungen der Verwaltung sind den Abgeordneten und Mitarbeitern nur unvollständig bekannt.

c) "Organisation der Fraktionen/Parteien"

Hier stand der Informationsfluß zwischen Fraktion und Abgeordnetenbüro im Mittelpunkt. Außerdem wurde die Möglichkeit einer Verbesserung der Bearbeitung von Petentenbriefen gesehen (bisher viel Doppelarbeit). In der Parteiorganisation kann vor allem in den Wahlkreisbüros auf die Infrastruktur der Parteien zurückgegriffen werden.

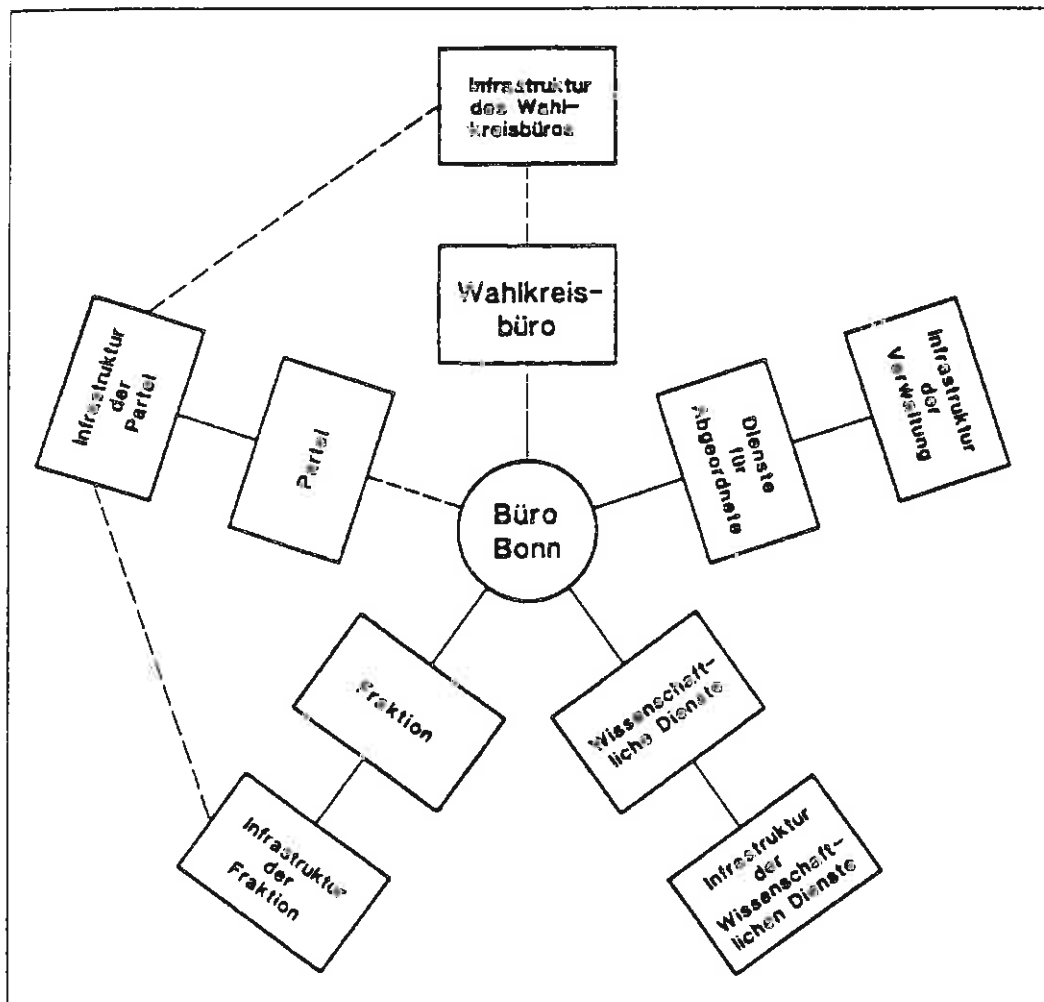


Abb. 1 (Quelle: GMD - ADV/ORGa 1986, S. 11)

Von den befragten Abgeordneten und ihren Mitarbeitern wurden sehr viele Vorschläge zur Verbesserung ihrer Situation gemacht (vgl. GMD-ADV/ORGa 1986, S. 15 ff.), z. B. in bezug auf

– Abrufbare Informationen:

Bestenfalls örtlich und zeitlich unbeschränkt, wenn schnelle, zielgerichtete Informationen benötigt werden.

– Zugriff auf Datenbanken:

Allgemein bestand der Wunsch auf Zugriff auf bestehende oder noch einzurichtende Datenbanken, speziell in Ministerien (Haushalte, Vorhabenplanung), Ausschüssen (Vorlagenmappe, aktuelle Informationen) und Fraktionen (parteipolitisch interpretierte Informationen).

– Fraktionsdienste:

Verbesserung des Dienstleistungsangebotes

fraktionsinterner Dienst analog zum wissenschaftlichen Dienst
Argumentationshilfen zu aktuellen und grundsätzlichen Problemen

Musterbriefe der Fraktion.

– Wissenschaftlicher Dienst:

Bessere Kommunikation mit den Bearbeitern in inhaltlicher Hinsicht.

– Presse- und Informationsamt:

Abrufbare Bereitstellung/Zusendung wichtiger Meldungen überregionaler Zeitungen.

– Erreichbarkeit von Kommunikationspartnern:

Zugang zu Mandatsträgern, Parteimitgliedern, Zielgruppen im Wahlkreis

bestimmte Multiplikatoren im Wahlkreis

– Abstimmungsmöglichkeiten:

Konferenzsystem zur Abstimmung über Termine, Vorlagen, Texte.

– Kontrollsystem Aufgabenerledigung:

Kontrollsystem auf Ausschußebene zur besseren Transparenz der Aufgabenerledigung der Ministerien.

Zur PARLAKOM-Studie gehörte auch die Untersuchung der vorhandenen Ausstattung der Abgeordnetenbüros sowie eine Gegenüberstellung mit dem aktuellen Stand bzw. absehbaren Trends in der IuK-Technik. Die technische Struktur der Abgeordnetenbüros wurde am Bedarf gemessen als unzureichend betrachtet. Zur Ausstattung gehörten z. B. konventionelle Schreibmaschinen und Diktiergeräte; Speicherschreibmaschinen, PCs und BTX existierten nur vereinzelt.

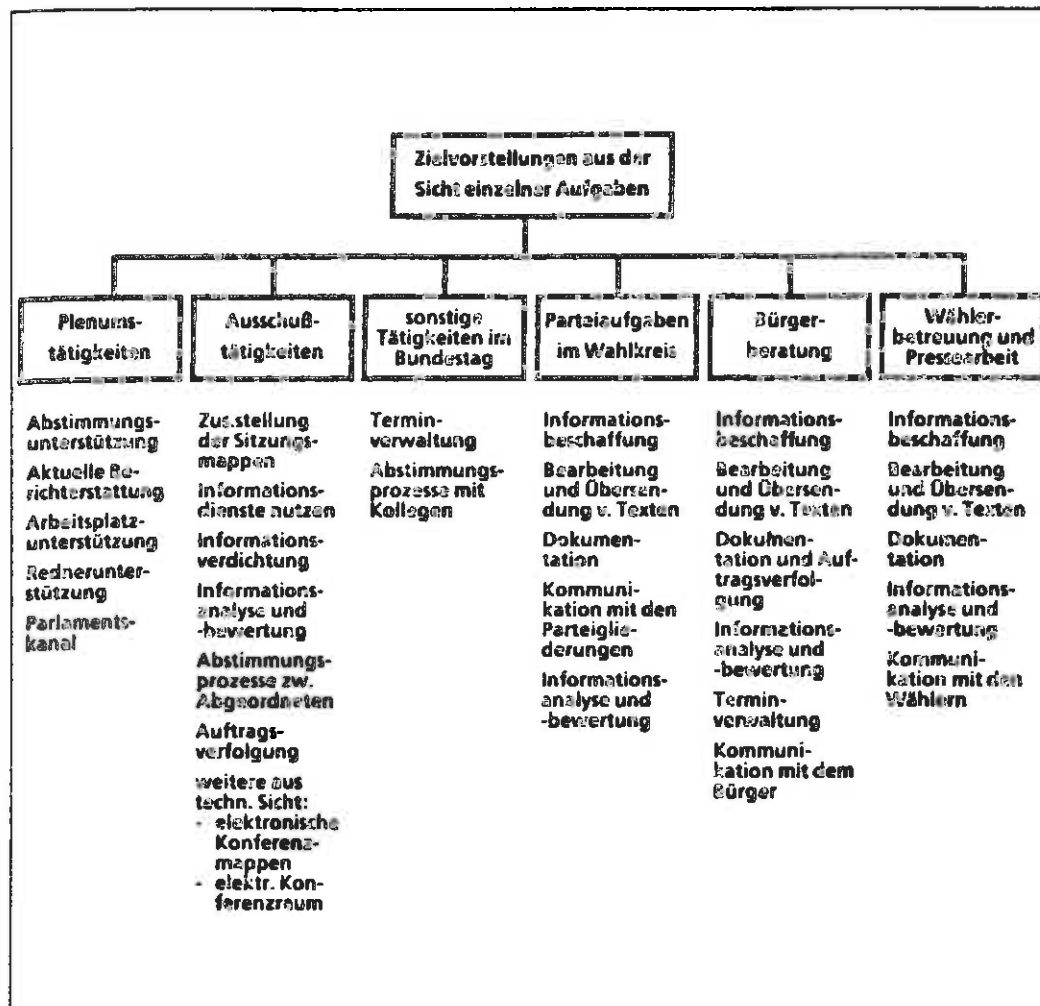


Abb. 2 (Quelle: Arbeitsgemeinschaft 1988, Teilbericht Systempla-nung, S. 14)

Die Inanspruchnahme von Fernkopier-, Fernschreibdiensten geschah über die Fernschreibstelle, der Zugriff auf die Wissenschaftlichen Dienste sowie die Fraktions- und Parteidienste über Hauspost. Die Begeisterung der Abgeordneten und vor allem ihrer Mitarbeiter über einen möglichen EDV-Einstieg hielt sich in Grenzen: Der zusätzli-che Aufwand in einer Situation der "Überinformation" und Überla-stung schreckte viele, die eher eine "konventionelle" Verbesserung (bestenfalls noch Telefax) vor Augen hatten.

2.2. Das Zielkonzept

Anhand der Aufgaben des Abgeordneten bzw. des Abgeordnetenbü-ros wurden Zielvorstellungen zur Unterstützung dieser Aufgaben

entwickelt. Für die Umsetzung wurde ein dreistufiges Realisierungskonzept vorgeschlagen. Schwerpunkt der ersten Stufe ist ein einfacher Einstieg mit Textverarbeitung und Bürokommunikation, da ein Großteil der Abgeordneten/Mitarbeiter keine Computer-Erfahrung hat. Die Kommunikation kann zunächst durch Erstellen, Versenden und Verwalten kurzer Mitteilungen durch Telebox-Dienst oder BTX eingeführt werden. Zur Informationsbeschaffung sollen Datenbanken erschlossen werden. Dieses soll zunächst auf einfacher Basis, später auch auf komplexerer Ebene durch entsprechende Schulungs- und Beratungsmaßnahmen ermöglicht werden. In der zweiten Stufe soll die Unterstützung gruppenbezogener Arbeiten, d. h. im organisatorischem Umfeld ermöglicht werden. Dazu wurde eine flächendeckende Kommunikationsinfrastruktur auf Grundlage einer ISDN-fähigen Nebenstellenanlage, die auch über offene Schnittstellen (z. B. CCITT: X.400-Standards für Message-Handling-Systeme) verfügt, für notwendig gehalten.

Mögliche Anwendungen in dieser Stufe sind die Verteilung, Verwaltung, Bearbeitung und Dokumentation von Sitzungsunterlagen auch für passive Nutzer, die Möglichkeit der Abstimmung von Texten und ein integriertes Vorgangsverfolgungssystem, z. B. bei der Bearbeitung von Petitionen. In dieser Stufe sollten auch noch zu entwickelnde weitere Dienste angeboten werden, beispielsweise die "Aktuelle Berichterstattung aus dem Plenum" sowie die damit verbundene Terminvorschau mit Tagesordnungen oder ein Informationsdienst zu aktuellen politischen Themen ("Issuebriefs"-Dienst).

Die dritte Stufe sieht eine zunehmende Nutzung für spezialisierte, anspruchsvolle Aufgaben, z. B. analytische Anwendungen, nach einer drei- bis vierjährigen Vorbereitungszeit vor. Hier steht insbesondere die Verbesserung der fachlichen Zuarbeit im Vordergrund, ebenso aber auch ein personeller Ausbau. Die Benutzer sollten dann entsprechend ausgebildet bzw. qualifiziertes Analysepersonal vorhanden sein.

Bei der Realisierung des Zielkonzeptes wurde davon ausgegangen, daß jede Änderung der Arbeitsorganisation im Büro des Abgeordneten dessen autonome Entscheidung ist. Die Dienste und Leistungen des Zielkonzeptes eröffneten aber neue Möglichkeiten der Organisationsform für die Büros mit entsprechend weitreichenden Folgen.

Organisatorische Auswirkungen

Durch die Notwendigkeit von Unterstützung, Planung und Ausbau der IuK-Systeme und dem Bedarf nach mehr Dienstleistungen entstehen zahlreiche neue Aufgaben für die Verwaltung. In der ersten Realisierungsstufe ergeben sich die Aufgaben aus dem Modellversuch oder der Vorbereitung für die folgenden Stufen, beispielsweise gehört die Qualifizierung und Betreuung der Benutzer sowie Beratung bei Beschaffung und Anwendung der Ausstattung dazu. Die neuen Aufabengebiete sollten in einer Organisationseinheit, dem Benutzer-Service-Zentrum, zusammengefaßt werden.

Mit der Bindung weiterer Personalressourcen in Vorbereitung der zweiten Stufe wurde außerdem gerechnet. Weitere Aufgabengebiete liegen noch in der Verwaltung und dem Betrieb der neuen Techniken sowie in einer Erweiterung der Dienstleistungen für Abgeordnete in der zweiten Stufe. Hierzu gehören ein neuer Bundestag-Termindienst und in den Ausschußsekretariaten elektronische Verwaltung, Verteilung und Bearbeitung von Sitzungsunterlagen. In der dritten Stufe kommen zusätzliche analytische Aufgaben hinzu. Für das neue Aufgabenspektrum muß eine entsprechende Organisationseinheit in der Verwaltung gebildet werden.

Personelle Auswirkungen

Hier ergeben sich Auswirkungen auf Verwaltung und Abgeordnetenbüros. In den drei Stufen sollten insgesamt etwa 50 Personen für das Benutzer-Service-Zentrum, Neuentwicklungen und Betreuungskapazitäten sowie andere Aufgaben hinzukommen. Es gab eine Pauschalforderung nach jeweils einer oder einer halben Stelle mehr pro Abgeordnetem, ob mit oder ohne Realisierung des vorgeschlagenen Zielkonzeptes. Für die Mitarbeiter sind zusätzliche Belastungen durch die Schulung und Einarbeitung zu erwarten. Die Auswirkungen der konkreten Umsetzung der Technik sollten Gegenstand der Begleitforschung zum Technikeinsatz (Modellversuch) werden. Es sollen passende technisch/organisatorische Unterstützungsformen gefunden und herausgefunden werden, welche technische Komponenten den Anforderungen am besten gerecht werden. Von dem Modellversuch sind verschiedene Gruppen von Mitarbeitern betroffen, ebenso wie es bei der Realisierung der Fall wäre. Vorgeschlagen wurde ein Drei-Ebenen-Beteiligungsmodell. Auf der ersten Ebene war ein Koordinierungsgremium aus Interessenvertretungen, Ältestenrat, Fraktionsvertretern und einem Datenschutzbeauftragten,

welches gruppenübergreifende Aspekte berät, vorgesehen. Auf der zweiten Ebene sollten die Interessenvertretungen mit ihren Tarifpartnern verhandeln und Entscheidungen über mitbestimmungsrelevante Aspekte fällen. Die dritte Ebene sah eine Basisbeteiligung für alle Teilnehmer vor, um Vorschläge auf Arbeitsplatzebene in den Modellversuch einzubringen.

3. Der Modellversuch

3.1. Organisation und Durchführung

Grundlage für den Modellversuch, der am 13.10.1986 begann, waren zwei Beschlüsse des Ältestenrats, denen eine Studie der GMD-ADV/ORGA mit Bedarfsanalyse, Technikbewertung, Zielkonzept, Folgenabschätzung (finanziell, personell, organisatorisch) und Konzept für den Modellversuch vorausgegangen war. Am 27.2.1986 beschloß er die Einführung eines gemeinsamen I.u.K.-Systems für Parlament, Fraktionen und Wahlkreisbüros. Für den Modellversuch sollten mindestens 50 Abgeordnetenbüros und eine geeignete Anzahl von Büros ihres organisatorischen Umfeldes (Ausschüsse, Fraktion, wissenschaftlicher Dienst) mit I.u.K.-Techniken ausgestattet werden. Die Kosten dafür wurden mit 20 Mio. DM angegeben (ohne Kosten für externe Kräfte). Dieser Betrag wurde um 1,2 Mio. überzogen. Zur Betreuung der Abgeordneten und Mitarbeiter sollte ein gemeinsames Benutzer-Service-Zentrum für Betreuung, Schulung und Wartung eingerichtet werden.

Am 24.4.1986 konkretisierte der Ältestenrat seinen vorherigen Beschluß und setzte die I.u.K.-Kommission der vorherigen Legislaturperiode wieder ein, die allerdings nur auf konkrete Aufgabenstellung durch den Ältestenrat arbeitete.

Der Ältestenrat setzte schon vor Beginn des Modellversuchs ein unabhängiges Datenschutzgremium ein, das aus einem Vertreter der Verwaltung und einem Sachverständigen je Fraktion besteht. Dieses Gremium stellt Richtlinien auf und koordiniert die Durchführung des Datenschutzes. Die I.u.K.-Kommission erarbeitete eine Empfehlung für ein Konzept, das eine Bestandsaufnahme aller von Abgeordneten, Fraktionen und Verwaltung genutzten Systeme mit Schwachstellenanalyse, die Festlegung von Forderungen für den Datenschutz und eine Erörterung des Kontrollproblems beinhaltet. Ergebnisse dieser Bestandsaufnahme waren:

- Verwaltung:
Eine Übersicht über Dateien und Sicherungsmaßnahmen, die Erarbeitung einer Schwachstellenanalyse. Die rechtliche Zulässigkeit wurde geprüft.
- Fraktionen:
Sie regeln Datenschutzangelegenheiten in eigener Verantwortung und gaben deshalb keine Auskünfte. Es gibt ein fraktionsinternes Verzeichnis der Dateien.
- Abgeordnete:
Eine Bestandsaufnahme war hier nicht möglich. Ein Entwurf für die Einhaltung von Sicherungsmaßnahmen am PC wurde der I.u.K.-Kommission und dem Datenschutzgremium zur Beratung zugeleitet.

Mit Inbetriebnahme der (durchaus umstrittenen) ISDN-Anlage wurde eine Dienstanweisung erstellt, die Datenschutzvorkehrungen gewährleisten soll. Es wurde auch für jeden Teilnehmer an der Kommunikation ein Menü erstellt, das nur nach Eingabe von Passwort und Benutzerkennung bestimmte Zugriffe ermöglicht.

Hauptziele des Modellversuches waren:

- technische Lösungen für die individuellen Arbeitsbedingungen der Abgeordneten finden
- Beurteilung von Geräten, Software und Infrastruktur
- Gewinnung von Erkenntnissen für Schulung und Betreuung
- Herstellerneutralität

Am Versuch nahmen 47 Abgeordnete aller Fraktionen (ohne Grüne) und die vier Bundestagsvizepräsidenten teil (zu den im folgenden referierten Ergebnissen vgl. Deutscher Bundestag 1988 und Arbeitsgemeinschaft 1988). Arbeitsplätze in der Bundestagsverwaltung wurden einheitlich mit Siemens PC-D (mit Word Perfect) ausgestattet, um die Mobilität der Mitarbeiter zu erhalten.

Umfang der Systemplanung

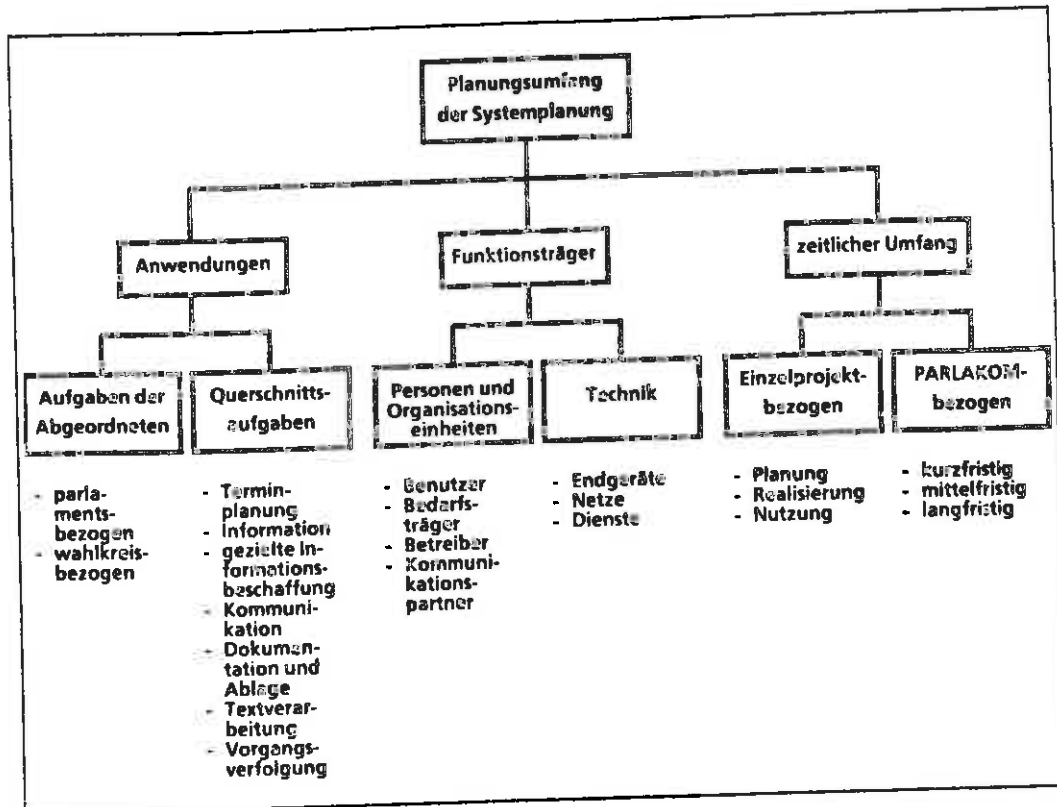


Abb. 3 (Quelle: Arbeitsgemeinschaft 1988, Teilbericht Systemplanung, S. 7)

Im Referat Parlamentskorrespondenz wurde ein Bürosystem von Telenorma beschafft. Für die Kommunikation wurde ein ISDN-Kommunikationsnetz aufgebaut, das herstellerübergreifend die Teletextvermittlung und Datenbankzugriffe sowie die digitale Telefonie einschließlich Sprachinformationsserver ermöglichen sollte.

Im Modellversuch wurden drei Lösungen angeboten:

- Lösung A: Arbeitsplatzcomputer im Büro des Abgeordneten (Nixdorf, Siemens oder Wang)
- Lösung B: Bürosysteme als Mehrplatzsysteme für mehrere Abgeordnete (Siemens, Nixdorf oder Wang)
- Lösung C: I.u.K.-Einsatz auf regionaler Ebene (auf ausgewählten Etagen für alle Abgeordneten).

Parallel zu dem Modellversuch und der damit einhergehenden Begleitforschung wurde eine Gruppe Systemplanung geschaffen, die die Aufgabe hatte, im Rahmen des Modellversuchs Entscheidungs-

vorschläge für weiterführende Maßnahmen zur Unterstützung der Abgeordneten zu erarbeiten.

Bis zum März 1988 wurden nur Textverarbeitung, Textkommunikation, Ablage (und Dokumentation) selbst erstellter Texte und Datenbankabfragen unterstützt. Weitere Anforderungen an das System liegen in den Bereichen Dokumentation, Ablage und Wiederauffinden von Dokumenten im Abgeordnetenbüro und der Verfolgung von Vorgängen, die an externe Stellen zur Bearbeitung weitergeleitet wurden. Da keine fertigen Lösungen auf dem Markt verfügbar waren, konnten diese Anwendungen nicht unmittelbar realisiert werden. Es herrscht Unzufriedenheit mit dem Zustand bei der manuellen Ablage, aber auch bei der elektronischen Ablage traten zunehmend Probleme auf. So hatten intensive Nutzer ihr System bereits vollgeschrieben und erhebliche Probleme, Dokumente wiederzufinden und die Ablage zu bereinigen. Entsprechend diesen Defiziten wurden acht Arbeitspakete definiert und der Verwaltung des Deutschen Bundestages vorgeschlagen:

1. Dokumentation, Ablage und Wiederauffinden von Dokumenten,
2. Dokumentenaustausch und ihre Weiterverarbeitung,
3. Festlegung eines Dokumentenkopfes für Teletex, Telefax, elektronische Post,
4. Vorgangsverfolgungssystem/Auftragsverfolgungssystem,
5. Datenschutz/Datensicherheit,
6. Bundestags- und Fraktionsdienste,
7. Vereinheitlichung der Benutzerschnittstellen für die Anwendungen eines Systems und der Systeme untereinander,
8. Hutsprache für den Zugang, die Abfrage und die Ergebnisaufbereitung von Datenbanken.

Dabei fallen in die Priorität I 1,2 und 3; in die Priorität II 4 und 5 sowie in die Priorität III die Pakete 6,7 und 8.

Die zuvor aufgeführten Arbeitspakete sowie ad-hoc-Projekte wurden entsprechend ihrer Priorität teilweise parallel, teilweise nacheinander bearbeitet. Die Notwendigkeit der ad-hoc-Projekte ergab sich erst während des Modellversuchs. Die bis zum 27.05.1988 fertiggestellten Arbeitspakete wurden wie folgt zusammengefaßt:

- Dokumentation und Ablage im Abgeordnetenbüro,
- Vorbereitung des bundestagsweiten Informationsaustausches auf der Basis öffentlicher Normen und Standards,

- Datenschutz und Datensicherheit im Büro des Abgeordneten,
- Ad-hoc-Projekte:
 - a) Untersuchung marktgängiger Adressverwaltungssysteme für Einsatz auf Siemens PC-D zusammen mit WordPerfect,
 - b) Test der SOFI-Adressdatenbank,
 - c) Stellungnahme zu den Maßnahmen zum Datenschutz,
 - d) Die Einbindung von OASE in die Interimslösung für den Haushaltsausschuß,
 - e) Test einer Software (WORDforWORD) zur Konvertierung von Texten zwischen WORD 2.0/4.0 und WordPerfect 4.1,
 - f) Test der Adressverwaltungen (Mitgliederverwaltung und Zielgruppenverwaltung) der Firma Dico-Soft.

Projekte in Arbeit:

- Vorgangsverfolgung im Abgeordnetenbüro,
- Test der METALOG-Hutsprache,
- Die Erfüllung der Auflagen des Ältestenrates, nach denen sich die Hersteller verpflichten, die Gewährleistung von Datenschutz und Datensicherheit sicherzustellen, sind zu prüfen.

Geplante Projekte:

- Bundestags- und Fraktionsdienste,
- Vereinheitlichung der Benutzerschnittstelle,
- Standardisierte Datenbanksoftware.

Der Ansatz der Systemplanung besteht in der Konkretisierung der in der PARLAKOM-Studie vorgeschlagenen Lösungsansätze. Es war schon zu Beginn des Modellversuchs abzusehen, daß erste Nutzungserfahrungen Konsequenzen für die Prioritäten und Inhalte der Planungsaufgaben haben könnten. Wurden anfänglich die eigentlichen Aufgaben fortgeführt, kamen im Laufe des Modellversuchs immer neue Erkenntnisse hinzu. Generell besteht die Neigung, langfristig vorzubereitende Lösungen zugunsten kurzfristiger Lösungen zurückzustellen. Dadurch entsteht die Gefahr, daß die langfristigen Aktivitäten solange zurückgestellt werden, bis sie selbst drängend werden.

3.2. Bewertung der eingesetzten Hard- und Software

Für die Beschaffung der technischen Ausstattung wurde eine Approved List mit allen zu beschaffenden Geräten und Programmen erarbeitet.

Arbeitsplatz-Computer (Lösung A):

Insgesamt läßt sich sagen, daß sich der Einsatz von PCs bewährt hat. Die Akzeptanz war hier besonders aufgrund des autarken Einsatzes sehr groß. Ihr Haupteinsatzgebiet war die Textverarbeitung. Die Integration weiterer Software-Komponenten war sehr schwer zu realisieren. Bei zukünftigen Anschaffungen muß hier besonders auf ein einheitliches Betriebssystem geachtet werden.

Bürosysteme (Lösung B):

Ihr Einsatz konnte nicht weiter empfohlen werden, weil die für Bürosysteme typische verteilte Aufgabenerledigung nicht der praktizierten Arbeitsweise in den Abgeordnetenbüros entspricht. Es waren in den jeweiligen Bürozusammenhängen zu wenig Anwender vorhanden, um die Systeme effizient zu nutzen. Außerdem macht sie der große Raumbedarf und Verkabelungsaufwand unflexibel (z. B. Umzüge). Darüber hinaus wurden Probleme bei der Anbindung an die ISDN-Anlage bemängelt.

Nixdorf:

Hardware: Zentralrechner (8860), an die PCs (PWS-D) angeschlossen werden (8860 Modell 4 mit zwölf PCs, 8860 Micro 3 als Einzelplatzsystem oder mit drei PCs). Nixdorf hatte von allen Herstellern das beste Konzept und die beste Integration der Komponenten. Große Nachteile waren aber die starke Hitze- und Lärmentwicklung und die sehr instabile Software. Nixdorf hatte auch mit Abstand die höchsten Testkosten.

Siemens:

Hardware: Einzelplatzsysteme APS 5822 und PCD APS 5822, ein in Hard- und Software modulares, hochleistungsfähiges System. Grundlegende Probleme traten bei der Anwendung nicht auf. Allerdings konnte die volle Leistungsfähigkeit des Systems nicht erreicht werden, weil es nur als Einzelplatzsystem eingesetzt wurde (eigentlich als Komponente des Bürosystems 5800). Teletex und Da-

tenbankabfragen waren nicht implementiert. Der PCD ist ein Personal Computer. Sein Betriebssystem entspricht aber keinem marktüblichen Standard, weshalb nur von Siemens angepaßte Anwendungen lauffähig sind. Ein Textaustausch zwischen APS 5822 und PCD ist erst seit Juni '88 möglich.

Wang:

Hardware: Arbeitsplatz-Computer XAPC und Bürosystem VS 65 (Mehrplatzsystem mit acht Teilnehmern). Die Bedienung der XAPCs ist sehr leicht erlernbar, aber es können nur von Wang freigegebene Programme genutzt werden. Außerdem fehlten eine Konvertiererroutine von der Textverarbeitung zu Teletex und ein Dokumentensuchsystem. Der Einsatz der VS 65 verursachte deutlich mehr Betreuungs- und Wartungsaufwand als der PC. Sie kann nur mit Wang-Software betrieben werden und bot bis zum Ende des Modellversuchs keine fehlerfreie Teletexfunktion.

Netz, ISDN-Anlage:

Die ISDN-Anlage (HICOM 600) wurde im September '87 installiert. Der Zugriff auf Datenbanken wurde über die ISDN-Anlage und einen Server, bestehend aus einem Transdata-Vorrechner und einem BS 2000-Rechner ermöglicht. Es wurde dafür ein Menü erstellt, das die Abfragen erleichtert. Abgeordnete mit Siemens 5822-Rechnern brauchten für die Zugriffe allerdings einen Anschluß an einen 5800-Rechner. Aufgrund von Schwierigkeiten mit den Endgeräten konnten sich auch die Fraktionen (noch) nicht an das Netz anschließen.

Datenbankabfragen:

Die Möglichkeiten für Datenbankabfragen waren netzseitig in der Regel geschaffen. Aufgrund von Schwierigkeiten mit den Endgeräten war die Übertragung von Rechercheergebnissen als Datei jedoch nicht möglich. Für Datenbankabfragen wurden vier Abfragestellen als dezentrale Büros des wissenschaftlichen Dienstes auf verschiedenen Etagen eingerichtet, deren Bekanntheitsgrad bei den Abgeordneten allerdings nicht sehr groß war. Es hat sich aber gezeigt, daß sich die räumliche Nähe positiv auf die Nutzung auswirkt. Jede Stelle wurde mit einem Informationsvermittler besetzt, der im Schnitt monatlich 30 bis 40 Abfragen bearbeitete. Eine Recherche dauerte je nach Tiefe zwischen zwei und 24 Stunden. Kenntnisse für den direkten Zugriff vom Abgeordnetenbüro auf Datenbanken konn-

ten nicht geschult werden. Für fünf Abgeordnete schloß der Bundestag aber individuelle Verträge mit externen Datenbanken ab.

Bei der Durchführung der Recherchen wurden alle 12 verfügbaren Datenbankanbieter (Hosts) in Anspruch genommen, wobei keine Beschränkung auf wenige bekannte Datenbanken festzustellen ist. Erwartungsgemäß waren bei den Anfragen juristische Themen und Wirtschafts-Informationen sehr stark vertreten, aber auch in den Bereichen Auslandskunde, Gesellschaftspolitik, Umweltpolitik, Verteidigungspolitik, Gesundheitswesen, Außenpolitik, Innenpolitik, Sozialpolitik, politische Ideen/Weltanschauungen, Arbeitspolitik und Europapolitik wurden relativ viele Anfragen durchgeführt. Der Anteil von Recherchen in den verschiedenen Themenbereichen zeigt einen deutlichen Bezug zu aktuellen politischen Themenstellungen. Außerdem wurde ein Zunehmen der Anfragen an wissenschaftliche Datenbanken beobachtet.

Die thematischen Schwerpunkte, auf die sich die Fragen bezogen, waren sehr breit gestreut. Es gab Anfragen i. W. zu den folgenden Bereichen (absteigende Rangfolge):

1. Juristische Fragen, Rechtssprechung
2. Wirtschaftspolitik, -wissenschaften, -nachrichten
3. Auslandskunde
4. Gesellschaftspolitik, Gesellschaftswissenschaften
5. Umweltpolitik, Umweltforschung und -technik
6. Verteidigungspolitik, Wehrtechnik
7. Medizin, Gesundheitswesen
8. Außenpolitik, Deutschland- und Berlinpolitik
9. Innenpolitik, Öffentlicher Dienst, Innere Sicherheit
10. Sozialpolitik, soziale Hilfe und Fürsorge

(Quelle: Arbeitsgemeinschaft 1988, Teilbericht Begleitforschung, S. 92)

Die am häufigsten genutzten Datenbanken waren in absteigender Reihenfolge:

- | | |
|------------|--|
| 1. BPA-AGT | (Agenturmeldungen) |
| 2. JURIS | (Rechtssprechung, Rechtsliteratur, Normen) |

3. BPA-DOK	(Mitteilungen, Presseartikel etc.)
4. SOLIS	(Sozial- und Gesellschaftswissenschaften)
5. HB	(Wirtschaftsnachrichten - Handelsblatt)
6. BPA-TEXT	(Originaläußerungen, Interviews)
7. FORIS	(Sozialwissenschaften)
8. WW	(Wirtschaftsinformationen/Wirtschafts- woche)
9. ULIT	(Umweltforschung und -technik)
10. POLDOK	(Politikwissenschaften)
11. BIBLIODATA	(Interdisziplinär - Deutsche Bibliothek)
12. HOPPENSTEDT	(Unternehmensinformationen, BRD)
13. SOMED	(Sozialmedizin)
14. RSWB	(Raumplanung, Städtebau, Wohnungswe- sen)
15. CREDITREFORM	(Unternehmensinformation, BRD)
16. MEDLINE	(Medizin und Randgebiete)
17. PREDICASTS	(Wirtschaftsinformationen)
18. CELEX	(Europäisches Recht)
19. ENERGIE	(Energieforschung und -technik)
20. CRONOS	(Statistische Daten, EG, USA, etc.)

(Quelle: Arbeitsgemeinschaft 1988, Teilbericht Begleitforschung, S. 93)

3.3. Erweiterungen

Am 12.11.1987 beschloß der Ältestenrat, den Modellversuch auf die Mitglieder des Haushaltsausschusses auszudehnen und um sechs Monate (bis zum 31.12.1988) zu verlängern. Dadurch erhöhten sich die Kosten des Modellversuchs auf 40 Mio. DM. Die Hauptaufgaben waren hier die informationstechnikgestützte Übermittlung der Tagesordnung zum Abgeordneten, Übermittlung der Ausschußdrucksachen und elektronischer Zugriff auf Ausschußprotokolle und -beschlüsse. Dies wurde provisorisch über Datex-P und Teletex realisiert. Diese Lösung wird aber durch ein Rahmenkonzept für die Ausschußarbeit abgelöst, für das dieselben Rahmenbedingungen wie für Parlakom gelten und dessen tragender Bestandteil eine Ausschußdatenbank ist.

Kommunikationsablauf Finanzministerium/Abgeordnete

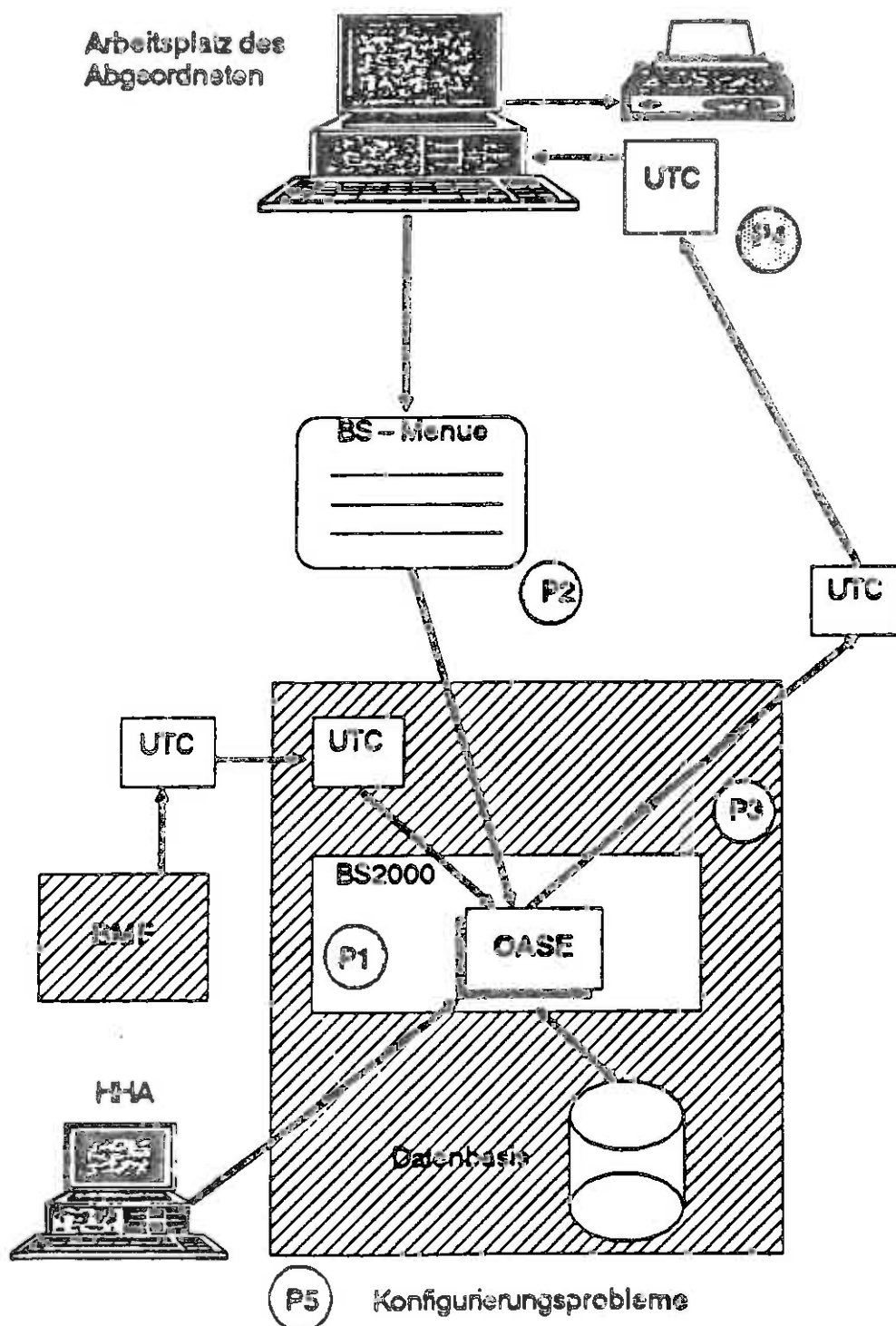


Abb. 4 (Quelle: Arbeitsgemeinschaft 1988, Teilbericht Systemplanung, S. 60)

Mit seinem Beschluß vom 5.5.1988 wünschte der Ältestenrat den zügigen Ausbau der I.u.K.-Ausstattung auf bis zu 100 Abgeordnetenbüros schon 1989. Aufgrund der zeitlichen, finanziellen und personellen Rahmenbedingungen empfahl die Arbeitsgemeinschaft GMD-ADV/ORGa zunächst eine Grundausrüstung für alle Parlakom-Teilnehmer bei einer festgelegten Höchstgrenze für individuelle Beschaffungskosten.

EDV-Personal

Für Parlakom wurden 1987 und '88 insgesamt 32 Planstellen geschaffen, davon acht für Schulung und 24 in Technik und Verwaltung. Es war aber nur teilweise möglich, diese Stellen mit eigenen qualifizierten Kräften zu besetzen. Deshalb mußte sehr viel Geld für externe Kräfte aufgewendet werden, die nicht voll in den Verwaltungsablauf integriert werden konnten, teilweise keine Berufserfahrung hatten oder ihre Kontakte zum Personal zur Durchsetzung von Firmeninteressen nutzten.

Bewertung durch die Mitarbeiter (Anwender)

Am Ende des Modellversuchs nutzten Über 50 % der Mitarbeiter von Abgeordneten den Computer täglich, ca. 40 % mehrmals pro Woche und etwa 10 % kaum oder gar nicht. Etwa zwei Drittel der Mitarbeiter waren der Meinung, das sich die Qualität der Arbeit und die Gestaltung der Schreiben verbessert habe. Veränderungen im Zugang zu Informationen wurden wegen der schlecht ausgebauten Bürokommunikation jedoch nur von wenigen gesehen.

Schulung und Betreuung

Zur aktiven (Schulung, Anwendertreffen, Rundschreiben und Reisen in die Wahlkreisbüros) und passiven Betreuung (Beratung bei Problemen) der DV-Anwender wurde das Benutzer-Service-Zentrum (BSZ) eingerichtet, das den Anwendern (Mo.- Do. bis 17 Uhr, Fr bis 15 Uhr) zur Verfügung steht.

Von den Abgeordneten haben nur ca. 20 % an Schulungen teilgenommen. Dies liegt zum Teil daran, das hauptsächlich Schulungen für Textverarbeitung angeboten wurden, an denen die Abgeordneten kaum Interesse haben.

Vermißt wurden von den Mitarbeitern besonders Schulungen darüber, wie sie mit Hilfe der EDV die Büroarbeit besser organisieren können. Schwierig war vor allem die Betreuung der Mitarbeiter

in den Wahlkreisbüros. Hier wären Lerncassetten oder gute Handbücher wichtig gewesen, oft fehlte aber gutes Schulungsmaterial.

4. Probleme und Kritik

4.1. Technische Probleme

Ein Hauptproblem lag darin, daß in den verschiedenen organisatorischen Einheiten auch unterschiedliche Computersysteme genutzt werden. So arbeiten die Länderparlamente, die Verwaltung, die einzelnen Fraktionen und die Parteien mit verschiedenen Systemen, aber auch die Abgeordneten nutzen zum Teil andere Systeme als ihre Fraktion.

Bei der Beschaffung der Hard- und Software auf den unterschiedlichen Ebenen wurde zuwenig auf Kompatibilität geachtet, was eine Verknüpfung von Fraktion und Abgeordneten über PARLAKOM erschwerte. Dadurch entstanden erhebliche Probleme bei der Übermittlung von Texten. Es war so gut wie unmöglich, Texte zwischen verschiedenen Systemen oder auch nur verschiedenen Textverarbeitungsprogrammen auszutauschen. Die einzige Möglichkeit zum Textaustausch, die in nennenswertem Maße genutzt werden konnte, war die Kommunikation über Teletex. Dabei gehen allerdings sämtliche Formatierungsdaten, wie Unterstreichungen, Fettdruck usw. verloren. In den Wahlkreisbüros ist eine Software zur Übertragung und Weiterverarbeitung der Informationen nur teilweise vorhanden. TELEFAX wird als unzureichend und somit nicht als Dauerlösung angesehen. Mit einem Teil der eingesetzten Textverarbeitungssoftware gab es außerdem erhebliche Installationsprobleme.

Das Siemens APS-System konnte seine volle Leistungsfähigkeit nicht erreichen, weil es nicht als Bürosystem, sondern als Einzelplatzlösung eingesetzt wurde. Außerdem waren Teletex und Datenbankabfragen in diesem System nicht implementiert. Für die fehlerhafte Software von Nixdorf war ein beträchtlicher Testaufwand nötig (80 % der gesamten Testkosten), wobei einige Fehler auch nicht beseitigt werden konnten. Der Einsatz des Siemens PCD hat sich zwar im Großen und Ganzen bewährt, da sein Betriebssystem aber keinem marktüblichen Standard entspricht, war das Software-Angebot auf Siemens-Produkte beschränkt. Das gleiche gilt für die Wang-Systeme.

Es gibt in den Büros viele Möglichkeiten der Gefährdung von Datenschutz und Datensicherheit. Um diesen zu begegnen, gibt es ein breites Spektrum an Einzelmaßnahmen, das von baulichen, manuellen, personenorientierten Maßnahmen über systemtechnische Verfahren bis zur direkten Verschlüsselung von Daten reicht. Die Integrationsfähigkeit von entsprechenden Produkten ließ aber zu wünschen übrig, denn die Brauchbarkeit dieser Produkte muß im Zusammenhang mit bereits installierten Anwendungssystemen gesehen werden.

4.2. Personelle und organisatorische Probleme

Die Datenbanknutzung im Rahmen von PARLAKOM erforderte externe Beratungskapazitäten für ca. eineinhalb Jahre. Mit Ausnahme von wenigen Abgeordneten haben die Parlamentarier selbst keinen Zugang zu (externen) Datenbanken. Das neu eingestellte Recherchepersonal (vier neue Stellen) im Rahmen von PARLAKOM ist schon überfordert, was sich auf die Qualität der Recherchen auswirken kann. Es ist zuwenig Zeit für die Beschaffung von Informationen vorhanden. Die gesamte Anzahl der Anfragen scheint durch die nicht gewährleistbare Vertraulichkeit beschränkt zu sein, da die vier neuen Mitarbeiter für alle Abgeordneten zuständig sind. Daten werden nach Abfrage nur temporär gespeichert, es werden keine eigenen neuen Datenbestände aufgebaut.

Im Bereich der Systemplanung werden aufgrund von Personalmangel langfristige Planungsaufgaben immer wieder zugunsten kurzfristiger Aufgaben zurückgedrängt. Der Personalmangel verhindert auch die Realisierung eines Volltextsystems im Sach- und Sprechregister. Es existiert bisher nur ein Fundstellenverzeichnis. Die Abfragesprache GOLEM gilt als sehr kompliziert im Umgang und ist somit für ungeschulte Mitarbeiter nicht geeignet.

Probleme bereitete den Anwendern der EDV-Systeme besonders die Neuorganisation der diversen Arbeitsabläufe im Büro. Da die Arbeitsweise in den Abgeordnetenbüros sich stark von der in anderen Büros (z. B. in Firmen) unterscheidet, konnten für diesen Problem-bereich auch keine Schulungen angeboten werden. Für die Schulung der Mitarbeiter und Abgeordneten gab es ein 3-Phasen-Konzept, in dem zunächst allgemeines Basiswissen, dann Hardware- und abschließend Anwendungssoftware-Kenntnisse im Wechsel mit Anwendungspraxis vermittelt werden sollte. Es gab bald Abweichun-

gen von dieser Konzeptstruktur. Die Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros wurden nicht miteinbezogen, weil aufgrund fehlender Häufungspunkte eine regionale Schulung undurchführbar wurde. Ebenso wurde für die Abgeordneten keine Schulung mehr angeboten. Probleme bei der Installation der Hard- und Software von Seiten der Hersteller führte zu erheblicher Zeitverzögerung. Die Einstellung der Mitarbeiter zur EDV erwies sich als stark abhängig von der Einstellung der jeweiligen Abgeordneten.

Über die Schulungsmaßnahmen ist man geteilter Meinung. Einige fanden die Schulung angemessen und hilfreich, ebenso die Arbeit des Benutzer-Service-Zentrums (BSZ), man hört aber auch Kritik. So gilt die Kommunikation mit dem BSZ oftmals als problematisch, was zu stundenlangen Telefonaten führte. Schulungen für Teletex und Datenbankabfragen wurde wegen der lange Zeit fehlenden ISDN-Anlage kaum angeboten.

Das Basiswissen und die theoretische Einführung wurde von den Mitarbeitern nicht angenommen, sondern längere Übungszeiten gewünscht. Die Schulungen wurden erst nach Intervention der Mitarbeiter als sinnvoll angesehen. Da zunächst nicht genug Terminals vorhanden waren, führte dieses zu erheblicher Nervosität bei der Schulung. Im gleichen Atemzug lassen sich das Fehlen von Manuals sowie Rechnerprobleme nennen. Einige dieser Probleme wurden dann abgestellt:

- Jeder Teilnehmer erhielt einen eigenen Bildschirm,
- Fehlende Manuals wurden ergänzt,
- Mehr Praxis, weniger Theorie.

Es entstanden Schwierigkeiten für die Nutzer, da die Anwendungen verschiedener Hersteller verschiedene Benutzerschnittstellen haben. Es mußten gelegentliche und häufige Nutzer unterschieden werden, wobei zwei verschiedene Benutzerschnittstellen definiert werden sollten. Für gelegentliche Nutzer sollte ein "Desk-Top-Modell" mit Menüs und Maus vorhanden sein, für häufige Nutzer wahlweise eine kommandosprachliche Eingabe über die Tastatur.

In bezug auf die DV-Ausstattung der Verwaltung äußerte der Personalrat der Bundestagsverwaltung Kritik, da es zunächst keine Rücksprache mit ihm gab. Durch die vorgesehene Einführung der ISDN-Nebenstellenanlage sah der Personalrat die Möglichkeit einer Leistungskontrolle der Mitarbeiter. Daher wurde eine Dienstvereinbarung über den Einsatz von I.u.K-Techniken abgeschlossen, die am

19. Mai 1987 in Kraft trat. Folgende Ziele wurden u. a. festgeschrieben:

- Erhaltung und Schaffung zumutbarer Arbeitsplatzbedingungen,
- Sicherung von Gestaltungsspielräumen und Verantwortungswert bei den betroffenen Tätigkeiten,
- Sicherung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung.

Weitere wichtige Punkte der Dienstvereinbarung verdienen Beachtung:

- Frühzeitige Information des Personalrates über I.u.K-Projekte (hier bestand offensichtlich ein entsprechender Handlungsbedarf!),
- Erstellung eines Hard- und Softwareverzeichnisses als Bestandteil der Dienstvereinbarung, in dem die eingesetzte I.u.K-Einrichtung aufgeführt und aussagekräftig beschrieben wird,
- Ein spezielles Datenverzeichnis hinsichtlich der benötigten personenbezogenen Daten und deren Auswertungen sowie einem Personenverzeichnis, wer auf diese Daten Zugriff hat, wird eingerichtet,
- Zwangsprotokollierung des Zugriffs auf Personendaten,
- Schutzbestimmungen, u. a. hinsichtlich des Erhaltes bzw. der Verbesserung der Qualifikation der Beschäftigten sowie der Beteiligung an den Planungen,
- Einrichtung einer I.u.K-Kommission, bestehend aus den betroffenen Bereichen.

Durch die Einbindung in die I.u.K.-Kommission haben die Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung einen kontinuierlichen Einfluß auf den Innovationsprozeß. Eine Beteiligung der Mitarbeiter am Modellversuch bei Systemspezifikationen und Entwicklungen fand allerdings nicht statt. Die Mitarbeiter der Abgeordneten haben noch weniger Rechte. Es wurde zwar eine Ergänzung in den Standard-Arbeitsvertrag eingebracht, die Festlegungen über Ergonomie, Pausen, Kontrolle usw. enthält. Die Einhaltung dieser Regelungen kann aber nur vom einzelnen Mitarbeiter überwacht werden.

4.3. Politische Kritik

Durch die Nutzung der EDV besteht die Gefahr der Verstärkung bereits bestehender Informationshierarchien, da z. B. Regierung oder Fraktionen, die schon bisher besser ausgerüstet waren, die neuen

Möglichkeiten effizienter nutzen. Im Gegensatz zu einzelnen Abgeordneten haben sie die Möglichkeit, Spezialisten zum Betreiben der EDV-Anlagen einzustellen. Außerdem ist ein kleines Abgeordnetenbüro technisch und personell nicht in der Lage, große Datenbestände aufzubauen und zu nutzen. Dagegen steht das "Demokratisierungsargument": Es eröffnen sich dezentrale Zugänge zur Demokratisierung des Wissens.

Eine große Gefahr liegt in der unkritischen Nutzung von Datenbanken, da diese Daten den Eindruck von Objektivität vermitteln. Sie werden aber von Menschen eingegeben und sind deshalb genauso subjektiv, wie Informationen aus Literatur oder Gesprächen. Da aber häufig die Angabe einer Quelle für die Information fehlt, können die Zusammenhänge und die subjektiven Einflüsse, die mit dieser Information verbunden sind, vom Nutzer nicht nachvollzogen werden.

Es besteht die Gefahr einer Eigendynamik des Projektes, bedingt vor allem durch die Kostenentwicklung. Die Durchführung des Modellversuches ist aufgrund der erforderlichen Investitionen schon ein erster Schritt zur endgültigen Implementierung von PARLAKOM. Es wird bemängelt, daß aufgrund der finanziellen Disposition PARLAKOM verfrüht eingeführt wurde und in den Modellversuch zu wenig Abgeordnete einbezogen waren. Außerdem sind durch die Abgeordneten bei der Auswahl der Hard- und Software Herstellerinteressen vertreten worden.

Was die Vernetzung mit PARLAKOM angeht, so war die ISDN-Anlage ein wesentlicher Stein des Anstoßes. Kritik wurde insbesondere an den Datenschutzrisiken sowie an der fehlenden Technikfolgenforschung geübt.

Außerdem wird vor allem von den GRÜNEN eine Demokratisierung des Datenschutzes gefordert, die u. a. auf folgenden Grundprinzipien basiert:

- Sozialverträglichkeitsprüfung einer Technik bzw. eines Gesetzes,
- Recht auf informationelle Selbstbestimmung,
- Transparenz von Datensammlungen für die Betroffenen,
- Dezentralisierung von Entscheidungsebenen, Möglichkeit der Teilnahme möglichst aller Betroffenen bzw. Interessengruppen.

Diese Forderungen decken sich mit den Maßnahmen, die der Personalrat in der Betriebsvereinbarung über die Nutzung von I.u.K-Techniken durchsetzen wollte bzw. durchgesetzt hat. Die Umsetzung der verschiedenen Grundprinzipien wird aber als Gegenstand

politischen Streits gesehen, da Begriffe wie "Sozialverträglichkeit" nicht justitiabel sind.

Allerdings haben inzwischen auch die Grünen, die vor allem wegen der ISDN-Anlage ganz auf eine Beteiligung am Modellversuch verzichtet hatten, ihre Haltung verändert und nutzen die Möglichkeiten der PC-Beschaffung im Rahmen der Abgeordneten-Ausstattung; einen Anschluß an die ISDN-Anlage lehnen sie aber nach wie vor ab.

4.4. Weitere Schwierigkeiten

Regierung, Verwaltung und wohl auch die Fraktionen haben wenig Interesse daran, den Abgeordneten eigene Informationsquellen zu schaffen, denn sie würden dadurch ihren Informationsvorsprung vor den einfachen Abgeordneten einbüßen; die Verwaltung fürchtet außerdem einen möglichen Personalabbau. Die selbständige Informationsversorgung der Abgeordneten wurde auch dadurch erschwert, daß zunächst nur Schulungen für die Datenbank JURIS, aber nicht für andere Datenbanken angeboten wurden.

Eine Unterstützung der Ausschußarbeit, die von besonderer Wichtigkeit ist, wurde erst relativ spät in Angriff genommen.

Schwierigkeiten gibt es bei der Gebührenabrechnung für die Datenbanknutzung. Bisher werden die Gebühren pauschal von der Verwaltung gezahlt. Dies wird aber bei stärkerer Datenbanknutzung problematisch. Eine direkte Gebührenerfassung für den einzelnen Abgeordneten ist aber nicht ohne weiteres möglich, da dies möglicherweise individuelle Nutzerprofile und damit eine Kontrolle des Abgeordneten ermöglichen würde. Ein Lösungsvorschlag für dieses Problem wäre ein System gegenläufiger Bänder, das die Kontrolle der Abgeordneten normalerweise verhindert, in besonderen Fällen (möglicher Mißbrauch) aber Kontrollmöglichkeiten bietet.

Die ISDN-Anlage wird zwar zur Kommunikation genutzt, es wurde aber noch kein integriertes Datenschutzkonzept erarbeitet. Das Problembewußtsein der Abgeordneten hinsichtlich des Datenschutzes ist nicht sehr ausgeprägt. Für die Abgeordneten ist auch kein Datenschutzbeauftragter zuständig. Darüber hinaus wird die Unverzichtbarkeit der ISDN-Anlage aus mehreren Fraktionen problematisiert, weil sich durch die Verknüpfung von lokalen Netzwerken (LANs) alle notwendigen Verbindungen realisieren lassen.

5. Ergebnisse und Perspektiven

Es wurde zwar eine Verbesserung der technischen Arbeitsbedingungen für an Parlakom beteiligten die Abgeordneten (Stand 1989: 84) erreicht, ein selbständiger elektronischer Zugang der Abgeordneten zu Informationen wurde jedoch noch nicht verwirklicht. Eingesetzt wird die PARLAKOM-Hard- und Software für Textverarbeitung, Adreßverwaltung und Kommunikation. Das Letztere bezieht sich auf die Möglichkeit der Nutzung von Datenbanken, insbesondere GESTA (Stand der Gesetzgebung) und JURIS oder den Einsatz von TELETEX. Die technischen Möglichkeiten sind zwar in etwa bekannt, werden in der Regel nicht ausgenutzt. Die DV-Nutzung beschränkt sich meist auf die Textverarbeitung. Als hilfreiches Kommunikationsmittel erweist sich oftmals TELEFAX.

Es gibt weiterhin viel Papierarbeit in den Büros. Da sich die Abgeordneten in der Regel noch nicht so umfassend mit den Systemen beschäftigt haben ist weiterhin das Drucken und Ablegen des Schriftgutes in Akten erforderlich.

Im Juni 1989 waren im Bundestag insgesamt ca. 750 Computer vorhanden. Beim Abschluß von PARLAKOM sollen es ca. 1600 sein. Diese Rechner sollen auch über die inzwischen auf HICOM 3000 aufgerüstete ISDN-Anlage vernetzt werden. Insgesamt zeigte sich, daß es ganz erheblich an Ressourcen hinsichtlich Zeit, Personal und Schulungsangeboten fehlte. Zumindest die Schulung von Personal in den Wahlkreisen soll angestrebt werden. Ein Erfahrungsaustausch zwischen den Anwendern findet viel zu wenig statt.

Es wird erwartet, daß die Unterstützungsmöglichkeiten für die Abgeordneten weiter zunehmen, was zu einer Erweiterung der Aufgaben der Bundestagsverwaltung und zu einer Erhöhung des Personalbedarfs führen wird. Man erwartet den Anschluß aller Abgeordnetenbüros bis Ende der nächsten Legislaturperiode. Besonders durch den Modellversuch konnten Erfahrungen für das weitere Vorgehen gewonnen werden.

Der Einsatz der Approved List für die Beschaffung von Geräten für die einzelnen Abgeordneten hat sich bewährt. Eine Höchstgrenze für individuelle Beschaffungskosten wäre jedoch sinnvoll gewesen.

Als technische Lösung für die Zukunft wurden PCs mit einem einheitlichen Betriebssystem empfohlen, die innerhalb des Abgeordnetenbüros vernetzt werden. Es sollten nur Softwarepakete eingesetzt werden, die auf allen Systemen laufen.

Für die Text- und Datenübermittlung zwischen Bonner Büro und Wahlkreisbüro wurde die Nutzung des elektronischen Postdienstes (X.400) empfohlen, sobald die internationale Normung abgeschlossen ist. Da in Zukunft größere Datenströme zwischen den über 70 Liegenschaften des Bundestages auftreten werden, soll als Kommunikationsinfrastruktur eine Vernetzung von Subsystemen angestrebt werden, wobei die größeren Liegenschaften mit Glasfaser verbunden werden (Backbone-Netz) und für die Kommunikation im Hause das ISDN-Netz genutzt wird.

Die Bemühungen um ein integriertes Datenschutz- und Datensicherheitskonzept sollten fortgesetzt werden. Ein Ziel für die Zukunft ist die Einführung eines Dokumentations-, Ablage- und Wiederaufindungssystems für die Abgeordneten. Der Entwicklung eines Rahmenkonzeptes für die Ausschüsse und Ausschußsekretariate soll Vorrang vor Verwaltung und wissenschaftlichem Dienst eingeräumt werden.

Es sollen besonders parlamentsspezifische Informationsangebote aufgebaut werden. Dazu gehört beispielsweise eine Volltextdatenbank der Drucksachen und Plenarprotokolle. Im Bereich Organisation ist geplant, den Stenc-/Protokolldienst mit EDV zu unterstützen. Weiterhin sollte die Pressestelle noch stärker mit EDV ausgestattet werden, denn dort besteht noch eine Insellösung, und Informationen können nur über Papier weitergegeben werden.

Funktionsumfang eines Dokumentationssystems

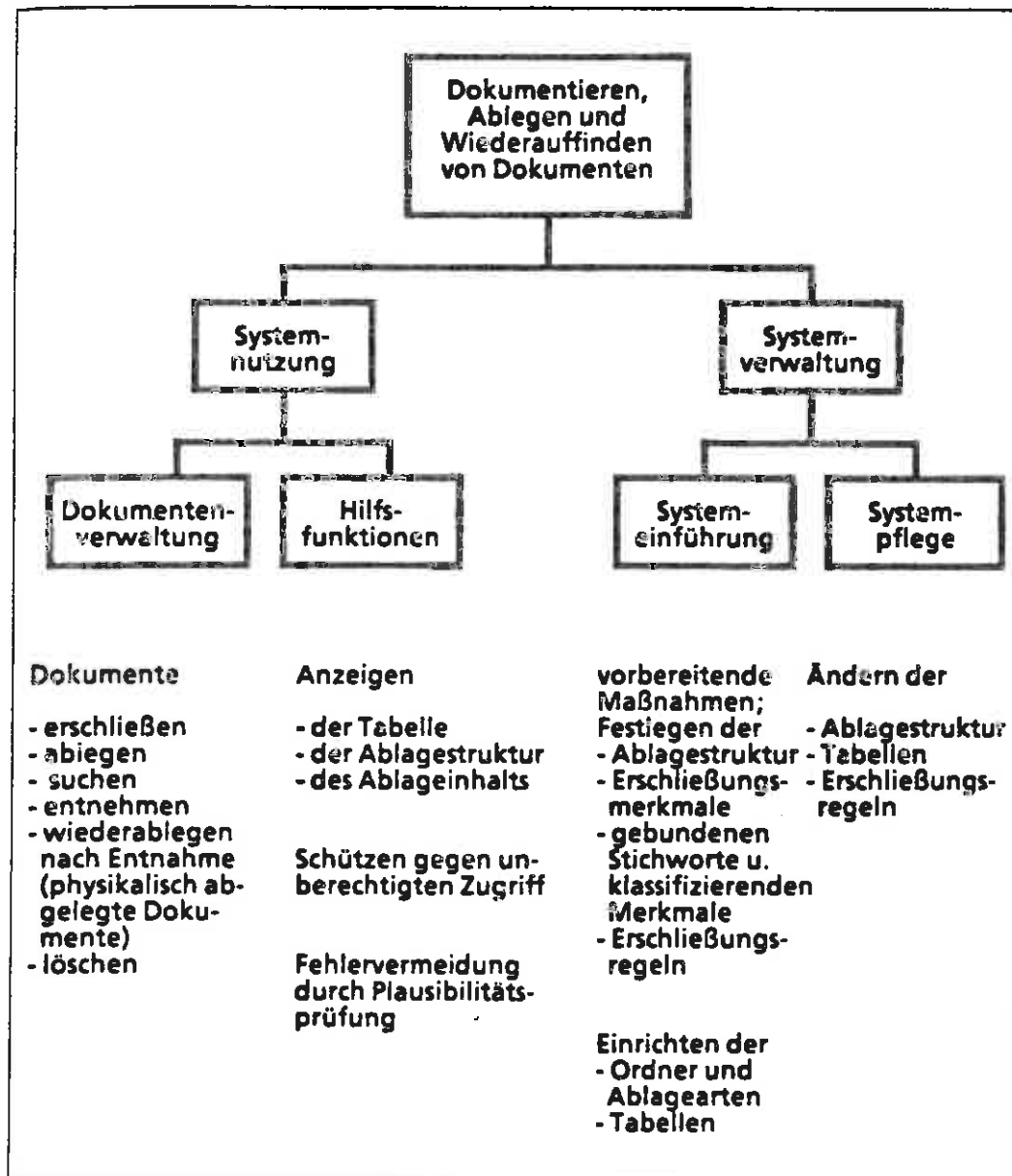


Abb. 5 (Quelle: Arbeitsgemeinschaft 1988, Teilbericht Systemplanung, S. 28)

In Sachen Öffentlichkeitsarbeit gibt es bisher nur das Btx-System. Dieses Referat soll jedoch vergrößert werden und auch das "Heute im Bundestag" und "Woche im Bundestag" angeschlossen werden.

Mit der Einrichtung von Datenbankabfragestellen auf verschiedenen Etagen des neuen Hochhauses sollte das Konzept der dezentralen

tralen Informationsvermittlung weiterverfolgt werden, da die Nutzung bei räumlicher Nähe deutlich besser ist. Da zunehmend neue Anwendungen realisiert werden, die teilweise identische Daten nutzen, ist es notwendig, daß diese Applikationen auf dieselbe Datenbasis zugreifen, damit keine Anwendungsinselfen entstehen, die weder funktional noch datenmäßig kompatibel sind. Dazu ist eine standardisierte Datenbanksoftware Voraussetzung. Aufgrund der besonderen Arbeitsweise im Bundestag sollte zumindest für die Anpassung und Integration der Komponenten eigenes Personal eingesetzt werden, da externe Kräfte mit der Organisation kaum vertraut sind.

Das Qualifizierungs- und Betreuungskonzept hat sich bewährt. Allerdings sollten aus Kostengründen keine externen Kräfte mehr eingesetzt werden. Es wird ein Betreuungsverhältnis von einem Betreuer für zwanzig Geräte angestrebt.

Das geplante elektronische Mitteilungssystem

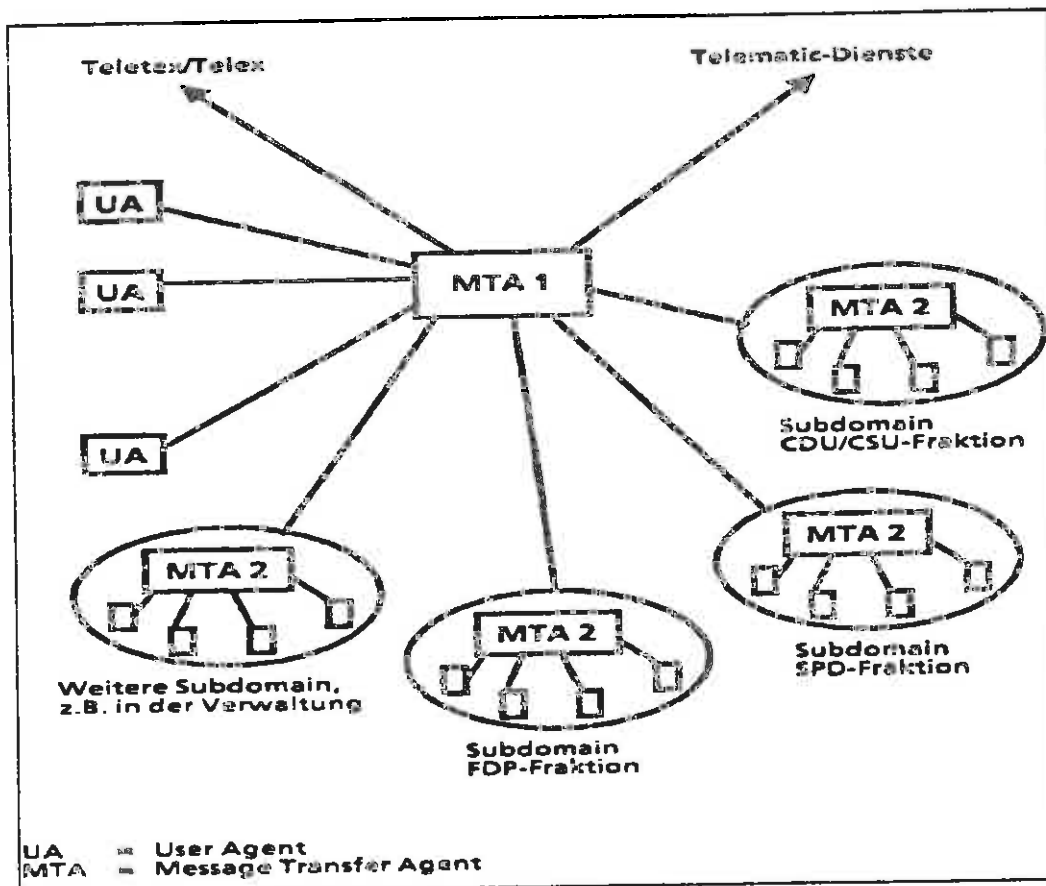


Abb. 6 (Quelle: Arbeitsgemeinschaft 1988, Teilbericht Systemplanung, S. 49)

II. Computer für die Fraktionen des Bundestages

Das Projekt Parlakom in Bonn sowie alle weiteren Überlegungen in bezug auf eine EDV-Ausstattung von einzelnen Abgeordneten müssen eine wesentliche Rahmenbedingung zur Kenntnis nehmen: daß die Abgeordneten in die Strukturen ihrer jeweiligen Fraktion eingebunden sind und somit die DV-Konzepte und -Ausstattungen der Fraktionen eine zentrale Rolle spielen.

Deshalb haben wir in Bonn Gespräche mit den Fraktionen aller im Bundestag vertretenen Parteien geführt und versucht, eine Reihe von Fragen zu klären (vgl. hierzu den Leitfaden für die Expertengespräche im Anhang).

Wir wollten wissen, welche Interessen die Fraktionen an der Nutzung der EDV für ihre politische Arbeit haben und wie sie diese Interessen umsetzen. Welche Systeme und welche Software werden eingesetzt, wieviel Sachmittel und wieviel Personal werden bereitgestellt? Gibt es Nutzungen oder Nutzungsideen, die über simple Bürounterstützungen (Textverarbeitung) hinausgehen und Zugriffe auf externe Daten einplanen? Welche eigenen Datenbestände werden aufgebaut? Wie sehen die Fraktionen ihre elektronische Erreichbarkeit" von außen? Wie wurde der Prozeß der DV-Einführung (Systemkonzept, Beteiligung, Schulung...) realisiert? Und schließlich: Wie bewerten die Fraktionen die Erfahrungen mit dem Modellversuch "Parlakom"?

1. Die Fraktion der CDU/CSU

Die Fraktion der CDU/CSU ist seit 1984 dabei, ihr EDV-System aufzubauen. Die Bundestagsfraktion hat wie die Partei und die Landtagsfraktionen Systeme von WANG im Einsatz und ein bundesweites Netz aufgebaut; die Fraktion ist über Teletex und Datex-P zu erreichen.

Aus der folgenden Übersicht ist zu ersehen, welche Hardware von der CDU genutzt wird. Die Fraktion verfügt derzeit über drei Großrechner VS 300 sowie 10 weitere Rechner von WANG. An diese Rechner sind 410 Bildschirme angeschlossen. Dazu kommen noch 14 PC-Arbeitsplätze. Interessant ist, daß die Fraktion 216 Drucker besitzt (davon 209 Laserdrucker).

Ausstattung der Fraktion der CDU/CSU

Stand 09/84		Stand 10/88	
Anzahl	Systeme/Peripherie	Anzahl	Systeme/Peripherie
1	VS 100	3	VS 300
2	OIS 115	1	VS 65
		5	VS 6
		2	OIS 115
		1	VS 5E
2	Wechselplatte 288 MB	3	Wechselplatte 75 MB
		7	Festplatten 454 MB
		5	TCS (DFU-Stellen)
		3	CU (VS-Kommunikation)
1	Bandstation 1600 bpi	1	UTC-Box (Telex)
		1	Schriftleser
		1	Bandstation
45	Bildschirmarbeitsplätze	410	Bildschirmarbeitsplätze
		14	PC-Arbeitsplätze
		424	Gesamtbildschirmarbeitsplätze
1	Banddrucker	1	Banddrucker
1	Laserdrucker LPS 12	1	Laserdrucker PSL 3
		209	Laserdrucker LPS 3
		1	Laserdrucker LCS 15
4	Matrixdrucker ohne Einzelblattzuführung	1	Matrixdrucker mit Einzelblattzuführung
		1	Matrixdrucker
		1	3 Pen-Plotter
22	Typenranddrucker	—	
28	Drucker gesamt	216	Drucker gesamt

Abb. 7 (Quelle: Jahresbericht für Informatik der CDU/CSU-Fraktion 1987/88)

Die CDU/CSU hat sich für ein eigenes lokales Netzwerk (LAN) entschieden. Damit sind nahezu alle Büros ausgestattet, Personalumsetzungen unproblematisch zu realisieren und das System beliebig austausch- und erweiterbar. Durch den Zukauf von Personal Computern der AT-Klasse ist es möglich, im Rahmen des WANG-Systems Anwendungen unter dem Betriebssystem DOS zu fahren und nach außen eine erhöhte Kompatibilität in die IBM-Welt zu erreichen.

Die CDU/CSU-Fraktion verfügt über ein durchdachtes Systemkonzept, um das sie von anderen Fraktionen beneidet wird. Die EDV-Abteilung der Fraktion bietet den Abgeordneten und Mitarbeitern offensiv eine Reihe von Nutzungsmöglichkeiten an und stellt die erforderliche Softwareumgebung bereit. Im "Jahresbericht Informatik" (hier: 1987/88) wird unter dem Stichwort "Was bietet Ihnen die Informatik?" u. a. auf folgende Anwendungen hingewiesen:

– Tabellenkalkulation:

Berechnungen, Planungen und Grafiken können erstellt werden,

– Adressprogramm:

Die in den Büros benötigten Adressen werden nach den jeweiligen Auswahlkriterien bereitgestellt,

– Textverarbeitung:

Texte werden elektronisch erstellt, archiviert und weitergeleitet. Dazu dient auch die

– Elektronische Post:

Von jedem Platz können Nachrichten (Texte, Adressen etc.) an jeden anderen geschickt werden; Außenstellen wie z. B. Fulda sind schon einbezogen,

– Politische Dokumentation:

Das Datenbanksystem GEIDOK kann von jedem Arbeitsplatz erreicht werden. Die Datenbank enthält wichtige Dokumente wie Parlamentsreden, die nach Namen und Stichworten abgefragt werden können. Über eine Wählleitung kann auf das gleiche System im CDU-Parteihaus zugegriffen werden.

– Gemeindeprogramm:

Das Programm gibt Auskunft über die Wahlkreise, ihre politische Struktur und die jeweiligen Abgeordneten. Es liefert z. B. Hintergrundinformationen für Bürger-Anfragen.

– Pressedienst:

Eingehende Nachrichten von der dpa werden von der Pressestelle in das Netz der CDU/CSU übernommen und nach inhaltlichen

Gesichtspunkten elektronisch weitergeleitet. Dadurch gelangen Nachrichten schnell an die politisch zuständigen Arbeitsgruppen/Abgeordneten.

– Teletex:

Jeder Arbeitsplatz kann über das öffentliche Telefonnetz erreicht werden und über dieses Netz Mitteilungen verschicken (z. B. in die Wahlkreisbüros).

– Kalender:

Alle wichtigen Termine sind schnell erkennbar, die Planungen können effektiviert werden.

– Telefonverzeichnis:

Hinter dieser Anwendung verbergen sich bürobezogene Datenbanken, die Verbindungen zu Personen dokumentieren und diese schnell erreichbar und auch einordbar machen.

Es besteht die Möglichkeit des Zugriffs auf externe Datenbanken (derzeit allerdings nicht genutzt, soll auch aus Kostengründen von den Abgeordneten über den Bundestag abgewickelt werden) ebenso wie die Erfassung fremder Texte über einen Scanner mit einer OCR-Texterkennung (Recognita).

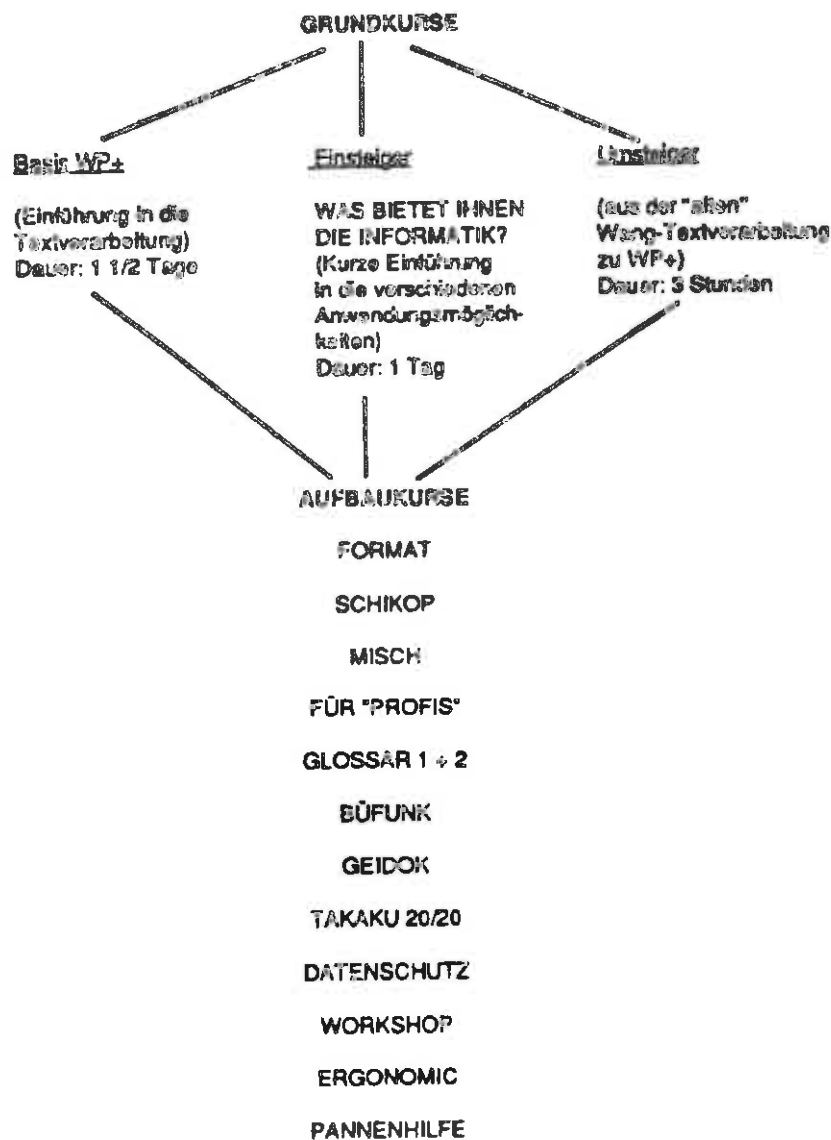
Die Fraktion der CDU hat derzeit einen Etat von 5-6 Mio. DM für den Datenverarbeitungsbereich zur Verfügung; insgesamt werden ca. 20 Mitarbeiter eingesetzt, die sich auf die Bereiche Systemtechnik/Operating, Schulung/Betreuung sowie Organisation/Programmierung verteilen.

Für die ca. 250 Mitarbeiter der Fraktion gibt es ein umfangreiches und systematisches Schulungsangebot, das ohne externes Personal bei gleichzeitiger Freistellung der Teilnehmer durchgeführt wird. Darüber hinaus werden Termine für Nutzertreffen angeboten.

Es besteht keine Möglichkeit für "die Öffentlichkeit", mit der Fraktion zu kommunizieren. Lediglich die CDU als Partei hat ein BTX-Angebot gehabt.

Schulungsangebot der CDU/CSU-Fraktion

I. Was mache ich zuerst und wie geht es weiter?



Dies ist natürlich nur unser Vorschlag für eine sinnvolle Belegung der Kurse

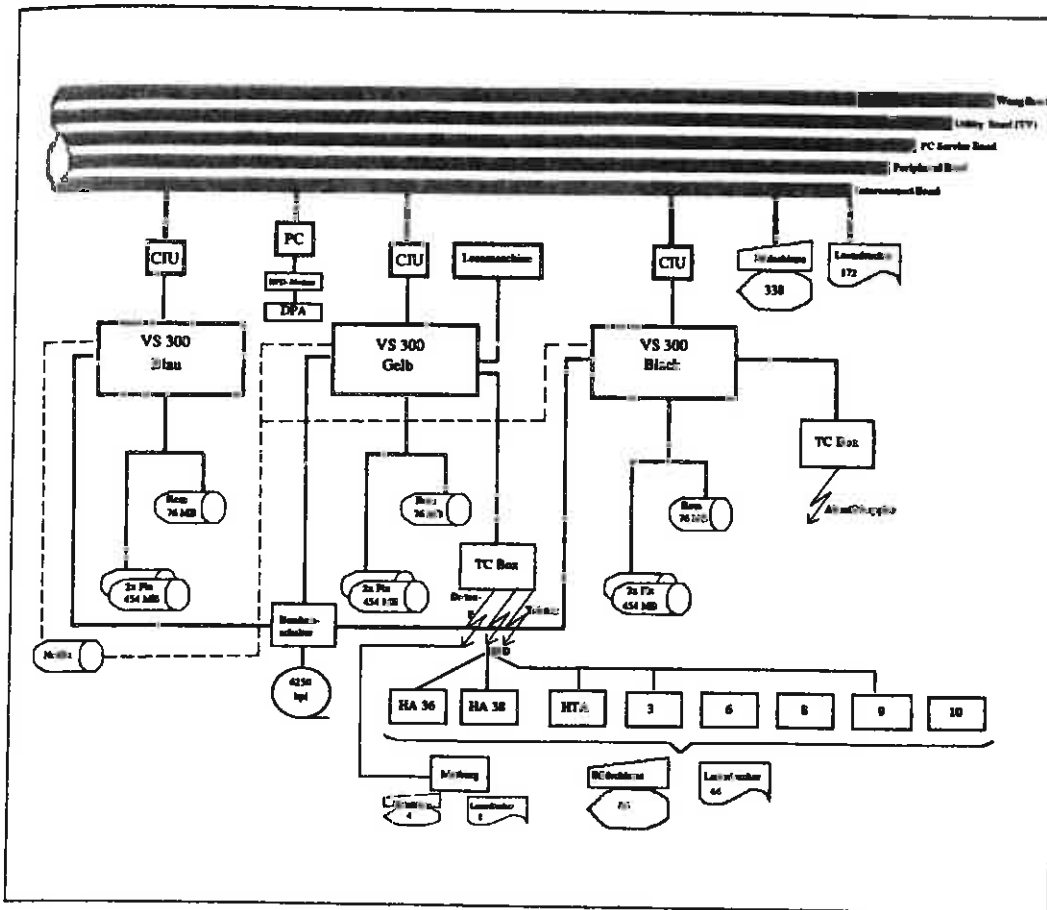
Wir beraten Sie auch gerne über unser HILFE-TELEFON 5020

Abb. 8 (Quelle: Jahresbericht Informatik der CDU/CSU-Fraktion 1987/88)

Die Fraktion der CDU steht dem Modellversuch PARLAKOM positiv gegenüber. Aber es werden einige Problempunkte benannt:

- Es seien zuwenig Abgeordnete in den Modellversuch einbezogen worden (von den 500 Abgeordneten hatten nur 50 Abgeordnete die Möglichkeit gehabt, PARLAKOM zu nutzen).
- Es gab zuwenig Erfahrungsaustausch der Teilnehmer untereinander.
- Es wird bemängelt, daß es Kommunikationsschwierigkeiten zwischen den fraktionseigenen Systemen und den im Modellversuch eingesetzten gab.
- Weiter wird keine geeignete Benutzeroberfläche vom Modellversuch für die Kommunikation mit dem Fraktionen angeboten. Bei Anschluß der CDU an PARLAKOM müßten intensive Mitarbeiterschulungen neben der fraktionseigenen Schulung vorgenommen werden, was mit einigen Schwierigkeiten verbunden sein könnte.
- Die Notwendigkeit einer ISDN-Anlage ist nur begrenzt einsichtig, weil mit dem vorhandenen LAN große Zufriedenheit besteht und eine LAN-Vernetzung auch ohne ISDN möglich wäre.

EDV-System der CDU/CSU im Bundestag



es nicht. Nach Einschätzung der SPD-Fraktion wird allein der Aufbau eines neuen (oder generalüberholten) Bürosystems vier bis fünf Jahre beanspruchen. Das wird für erforderlich gehalten, weil mit der vorhandenen Siemens-Anlage eine Reihe von Problemen verbunden waren. Insbesondere Kompatibilitätsprobleme in den Bereich DOS wie auch in Richtung Wang (von der SPD-Bundespartei benutzt) und Grenzen des Datenaustausches sowohl zur PC-Ebene (auch der einzelnen Abgeordneten im Rahmen von Parlakom) wie nach außen über HICOM begründen eine große Unzufriedenheit der SPD mit der derzeitigen Lösung. Die gesamte Kommunikation erfolgt mit Hilfe des Austausches von Papier. Es gibt kein eigenes Dokumentationssystem, keine Datenbanknutzungen und keine Erreichbarkeit von außen. Die von den Herstellern versprochene Öffnung ihrer Systeme (Datenaustausch zwischen Siemens und Wang) ist bis heute nicht erreicht, so daß sogar schon Klagen über die Herstellerabhängigkeit auftreten.

Über die zukünftige EDV-Konzeption der SPD-Fraktion gibt es Diskussionen, deren Ausgang noch nicht abzusehen ist. Neben einem modifizierten Ausbau des Siemens-Bürosystems wird auch eine komplette Neuinstallation auf Basis von Unix und DOS als Betriebssystemen nachgedacht. Im Rahmen eines solchen Neuansatzes könnte ein exponiertes Informations- und Kommunikationssystem realisiert werden, das sowohl in das Projekt Parlakom als auch in die Parteistrukturen (Bundespartei, Landtagsfraktionen) eingebunden wäre; dies alles ist im Moment nicht der Fall. Ein in einem Gutachten vorgeschlagenes umfassendes Systemkonzept wird gegenwärtig nicht umgesetzt (zumindest nicht mit großem Nachdruck).

Da nicht einmal über das Konzept für die Zukunft Klarheit zu bestehen scheint, ist die Selbsteinschätzung der SPD in bezug auf ihren Rückstand gegenüber der CDU (mindestens fünf Jahre) eher optimistisch.

Das gilt erst recht angesichts der Mittel- und Personalausstattung. Von ca. 245 Mitarbeitern der SPD-Fraktion sind drei für den EDV-Bereich zuständig. Der DV-Etat beläuft sich auf ca. 1 Mio. DM.

Die SPD-Fraktion ist positiv zum Modellversuch PARLAKOM eingestellt. Es ist notwendig, daß die Bundestagsabgeordneten und ihre Mitarbeiter endlich mit IuK-Techniken ausgestattet werden. Diese neuen Techniken können die Abgeordneten und ihre Mitarbeiter unterstützen und helfen zum Beispiel bei der Erstellung von Reden oder bei der alltäglichen Korrespondenz mit den Wählern.

3. Die Fraktion der FDP

Die FDP-Fraktion ist für den Einsatz von EDV in der parlamentarischen Arbeit, weil es notwendig ist, daß die Abgeordneten bzw. Mitarbeiter durch die neue Technik besser unterstützt werden. Die FDP-Fraktion nutzt augenblicklich das Siemens-Bürossystem 5800. Es sind 45 Geräte angeschlossen, die 80 MB Plattenkapazität zur Verfügung haben. Außerdem werden diverse Peripheriegeräte verwendet. Als Software wird das System VIEWPOINT von XEROX eingesetzt, das (angeblich seit neuestem) eine Simulation von MS-DOS erlaubt; allerdings wird nicht unter DOS gearbeitet. Eine Mischung aus PCs und APS-Terminals des Bürosystems wurde nicht gewünscht, damit neben der Hauptnutzung (Textverarbeitung) zumindest ein problemloser Datenaustausch (Mail) im Rahmen des Bürosystems möglich ist.

Die produzierten Texte werden in einer Mini-Datenbank ("elektronischer Aktenschrank") verwaltet, die z. B. die Presseerklärungen der Fraktion enthält. Das Bürosystem wird von den Fraktionsmitarbeitern genutzt. Über sie werden auch die Ausschüsse bedient; ein Zugriff durch die Abgeordneten ist weder möglich noch erwünscht. Kommunikation in alle Richtungen ist lediglich über Teletex möglich, Anschlüsse an externe Datenbanken bestehen nicht. Es gibt keine Verbindung zur Bundespartei oder zu den Landtagsfraktionen.

Die FDP-Bundestagsfraktion (Pressestelle) hat als einzige ein BTX-Angebot, über das man Informationen anfordern und in eingeschränktem Maße Einblick in die Fraktionsarbeit (Politische Ziele, Biographien der Abgeordneten) gewinnen kann (BTX 49911).

Das System der FDP-Fraktion wird von einer Mitarbeiterin gemanagt. Nach einer einwöchigen Schulung bei Installation der Anlage hat es keine Weiterbildungsmaßnahmen mehr gegeben; das Funktionieren der Technik garantiert die Herstellerfirma.

In Zukunft möchte die FDP-Fraktion ihre interne Datenbank weiter ausbauen und ihre augenblickliche Hardware erweitern. Sie steht dem Projekt Parlakom positiv gegenüber.

4. Die Fraktion der GRÜNEN

Die Fraktion der GRÜNEN hatte zu Beginn der Diskussion zum Thema "EDV-Einsatz im Parlament" eine ablehnende Haltung, die ihre Grundlage in einer insgesamt skeptischen Einschätzung von

Computern hatte. Die Kritik bezog sich sowohl auf die Arbeitsplatzsituation der Mitarbeiter (Gefährdung von Beschäftigung, Belastungen) als auch auf Gefährdungen des Datenschutzes insbesondere im Zusammenhang mit der für den Bundestag geplanten ISDN-Anlage. Einige Abgeordnete hatten eine grundsätzlich technologiekritische auch gegenüber der EDV; für sie war ihr Einsatz gleichbedeutend mit der Atomtechnologie oder der Gentechnik. Der Abgeordnete Ulrich Briefs wurde von der TAZ mit den Worten zitiert: "Wer politisch arbeitet, braucht keinen Computer" (31.3.1989).

Erst Ende 1988 entschied sich die Mehrheit der 200 Fraktionsmitarbeiter dafür, PCs als Arbeitsmittel (Werkzeuge) zu akzeptieren. Damit war auch der Weg frei für eine Beteiligung an dem PARLAKOM-Projekt des Bundestages, das DIE GRÜNEN bis 1989 abgelehnt hatten. Allerdings waren sie nicht bereit, sich in das ISDN-Netz einbinden zu lassen. Die Akzeptanz von Computern als Werkzeug der politischen Arbeit durch die GRÜNEN ist vor dem Hintergrund der extensiven Nutzung dieser Ressource durch die Grüne Partei (bis hin zur Bereitstellung von Vorstandsentscheidungen in der kommerziellen Mailbox MBK 1) und eines Gutachtens zu sehen, das der Grünen Bundestagsfraktion einen differenzierten DV-Einsatz empfohlen hatte (IBEK).

Nach einer umfassenden Organisationsuntersuchung und einer Vielzahl von Gesprächen hatte die IBEK den GRÜNEN Ende 1986 u. a. folgende Verbesserungsvorschläge gemacht:

Dokumentation für die gesamte Fraktion

Eine systematische, leicht nachvollziehbare und allen Mitarbeitern zugängliche Dokumentation sollte dazu beitragen, viel Zeit und Frustrationen bei der Suche nach Informationen zu sparen.

Textverarbeitung in allen Bereichen

Bis auf die Pressestelle (Speicherschreibmaschine) gab es keine elektronischen Hilfen bei der Texterstellung; eine Textverarbeitung würde sehr hilfreich sein.

Adressenverwaltung

Die Fraktion hatte keine Übersicht darüber, wieviele und welche Adressen und Verteiler vorhanden waren. Eine Adressverwaltung wäre zu empfehlen (Pressestelle, Arbeitskreise, Geschäftsführung).

Buchhaltung

Die Vergabe der Buchhaltung an ein Steuerberatungsbüro und die manuelle Finanzbuchhaltung könnten in der Fraktion selbst immer auf dem neuesten Stand gehalten werden, wenn EDV eingesetzt

werden würde. Das gilt auch für die Budgetverwaltung der Arbeitskreise.

Textkommunikation von der Pressestelle nach "Draußen"

Es wird eine Neuorganisation der Pressestelle empfohlen, die auch die Möglichkeit der elektronischen Bereitstellung bzw. Versendung von Texten beinhaltet.

Informationsbeschaffung von "Draußen"

Es ist sinnvoll, daß z. B. die Möglichkeit der Nutzung von Datenbanken des Bundestages besteht. Dazu ist ein Anschluß erforderlich, der das Abfragen externer Datenbanken ermöglicht.

IBEK-Empfehlung für die Fraktion der GRÜNEN

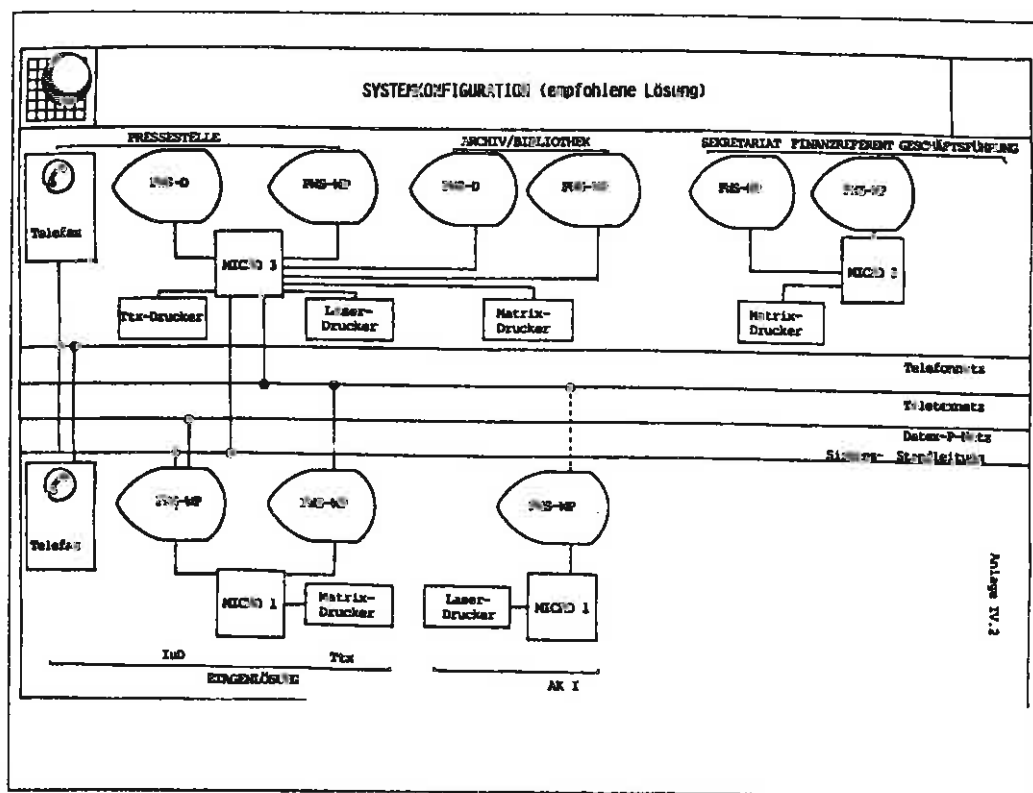


Abb. 10 (Quelle: IBEK 1986)

Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN hat eine PC-Kommission eingesetzt, die bis Mitte 1989 zwei Prioritätenlisten für die Ausstattung der Fraktion entwickelt hat. Im Mai 1989 wurde entschieden, daß die Fraktion sowohl Mittel des Projekts Parlakom nutzt als auch eigene Fraktionsmittel (200.000 DM) bereitstellt, um eine PC-Ausstattung zu realisieren. Von den insgesamt 45 beantragten PCs wer-

den zunächst 21 beschafft. Von den im IBEK-Gutachten genannten Nixdorf-Bürosystemen ist allerdings keine Rede mehr; die GRÜNEN setzen auf PCs.

Darüber hinaus gab es eine Reihe von Software-Anträgen für die Arbeitskreise und die sogenannten Funktionsbereiche.

Arbeitskreise	Softwareanträge
Arbeitskreis I	Textverarbeitung, Kalkulation, Grafik, Adreßverwaltung
Arbeitskreis II	siehe Arbeitskreis I
Arbeitskreis III	Textverarbeitung, Adreßverwaltung, Kontenführung
Arbeitskreis IV	Textverarbeitung, Adreßverwaltung, Grafik, Tabellenkalkulation
Arbeitskreis V	Adreßverwaltung, Vorlagenüberwachung, Finanzen, Textverarbeitung, Kommunikation
Arbeitskreis VI	Dieser Arbeitskreis hält sich die Möglichkeit der PC-Nutzung offen, stellte aber keinen Antrag an die Kommission
Arbeitskreis VII	Textverarbeitung, Adreßverwaltung
Arbeitskreis VIII/IX	Textverarbeitung, Datenbankrecherche
Funktionsbereich	Softwareanträge
Dokumentation	Dokumentation
Justitiariat	Textverarbeitung
Fraktionsgeschäftsführung	Finanzkalkulation, Textverarbeitung
Materialbeschaffung	Materialverwaltung, Projektverfolgung
PGF	Textverarbeitung, Vorlagenüberwachung und Kommunikation
Öffentlichkeitsarbeit	Textverarbeitung
Pressestelle	Textverarbeitung, Desk-Top Publishing, Kommunikation

Es bleibt abzuwarten, wie der Einführungsprozeß der EDV bei den Grünen verläuft und welche Erfahrungen damit gemacht werden.

5. Zusammenfassung

Alle Fraktionen im Deutschen Bundestag setzen EDV zur Unterstützung ihrer politischen Arbeit ein. Die primäre Nutzung liegt auf dem Gebiet der Texterstellung. Datenbankanwendungen sind lediglich in bezug auf die Verwaltung von Adressen verbreitet. Lediglich die CDU/CSU verfügt über ein (auch Volltext-) Dokumentationssystem, bei der FDP gibt es immerhin so etwas wie eine zentrale Ablage. Im Bereich der Kommunikation gibt es unterschiedliche Niveaus sowohl im internen wie im externen Bereich. Während die Grünen ausdrücklich auf wenig vernetzte PCs setzen und die SPD aufgrund unterschiedlicher Teilnetze alle Dokumente auf Papier austauschen muß, haben FDP und CDU funktionierende elektronische Mailing-Systeme. Die strategische Nutzung externer Informationsquellen (dpa-Texte, Dokumentation der Bundespartei) erfolgt z. Z. nur durch die CDU, die aufgrund ihres einheitlichen Systems auch mit ihren Landtagsfraktionen und Parteigliederungen kommunizieren kann. Bei allen anderen Fraktionen ist der Datenaustausch zwischen Partei und Fraktion nur sehr schwer bzw. gar nicht möglich. Als einzige Fraktion hat die CDU/CSU eine ausgebaute DV-Abteilung und ein ausgefeiltes Schulungskonzept.

Inzwischen sind Abgeordnete aller Fraktionen am Parlakom-Projekt des Bundestages beteiligt und beziehen von dort ihre Ausstattungen. Allerdings bleibt die Frage nach der realen Nutzung dieser Technologie in den Büros der Abgeordneten.

Geplantes Kommunikationssystem

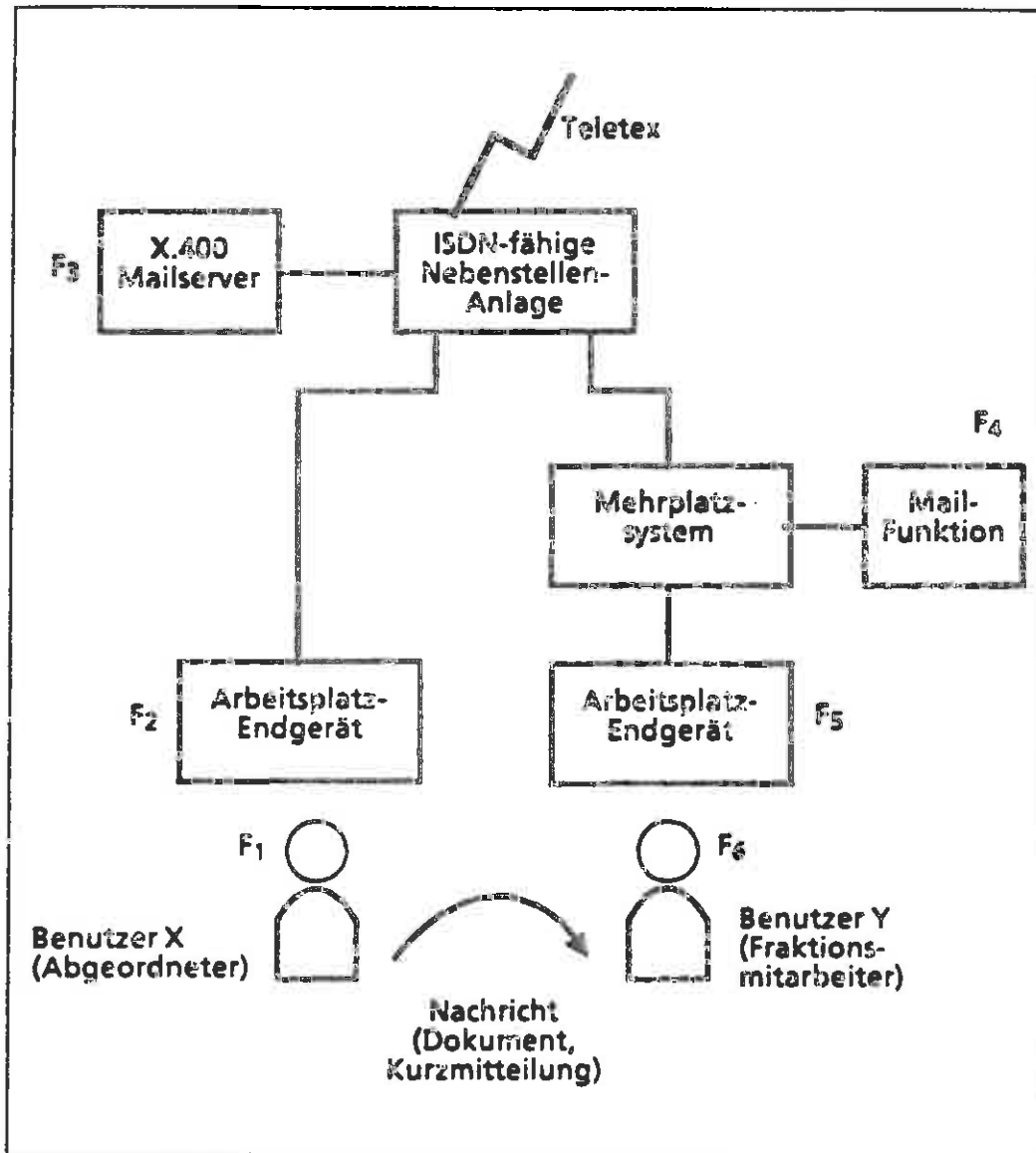


Abb. 11 (Quelle: Arbeitsgemeinschaft 1988, Teilbericht Systemplanung, S. 37)

III. Computer in den Wahlkreisbüros

In diesem Abschnitt soll versucht werden, den Computereinsatz durch die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in ihren Wahlkreisen am Beispiel der Bremer Abgeordneten zu skizzieren. Dabei soll dargestellt werden, wie die Idee von PARLAKOM umgesetzt wird und welche Möglichkeiten den Abgeordneten real zur Verfügung stehen. Dann soll umrissen werden, was die Abgeordneten gerne mit den Rechnern machen würden und in welche Richtung sie die Nutzung für sich lenken wollen. Anschließend wird eine Zusammenfassung mit dem Versuch einer Bewertung vorgenommen. Um an die notwendigen Informationen für diesen Bericht zu gelangen, wurden mit den Mitarbeitern von vier Bremer Bundestagsabgeordneten Gespräche über die Nutzung und die Probleme mit den Rechnern, die durch PARLAKOM zur Verfügung gestellt wurden, geführt. Die Gespräche wurden mit den Mitarbeitern geführt, da sie die eigentlichen Nutzer der EDV sind; die Abgeordneten selber haben damit fast überhaupt nichts zu tun, wobei es natürlich auch Ausnahmen gibt.

Kernfragestellung war, inwieweit sich die Arbeitsbedingungen der Abgeordneten durch IuK-Techniken verbessern lassen. Damit ist das Ziel und die Idee von PARLAKOM vorgegeben: Man wollte mit Hilfe der modernen Kommunikations- und Informationstechniken die Arbeit der Abgeordneten in Bonn und in ihren Wahlkreisen verbessern und sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen. Es sollte den Abgeordneten ermöglicht werden, ihre Aufgaben in den Wahlkreisen wahrzunehmen, ohne dadurch in Bonn Nachteile erwarten zu müssen. Durch den Einsatz von Rechnern, die miteinander kommunizieren können, sollte der Abgeordnete vom Wahlkreis aus in Bonn erforderliche Informationen abrufen oder ablegen können. Das Gleiche gilt natürlich auch für die entgegengesetzte Richtung. Bei der Festlegung der einzelnen Anforderungen, die ein einzusetzendes System erfüllen muß, wurde auf Wünsche der Abgeordneten eingegangen. So kristallisierten sich schließlich die Aufgaben der Terminplanung, Information, gezielten Informationsbeschaffung, Kommunikation, Dokumentation und Ablage, Textverarbeitung sowie Vorgangsverfolgung heraus. Dabei wurde die Qualität des Systems von der Erfüllung eben dieser Aufgaben abhängig gemacht. Die Aufgaben sollten in einem dreistufigen Realisierungskonzept verwirklicht werden. Dabei soll in der ersten Stufe ein ein-

facher Einstieg in die Textverarbeitung und die Bürokommunikation ermöglicht werden. Das bedeutet im einzelnen Text- und Informationsverarbeitung (z. B. Auswertungsprogramme für eigene Informationssammlungen, Zusammenführung von Textverarbeitung und Dateiverwaltung, Unterstützung individueller Archivierung), Informationsbeschaffung (Erschließung von Datenbanken) und Kommunikation (Erstellen, Versenden, Verwalten kurzer Mitteilungen durch Telebox-Dienst oder BTX). In der zweiten Stufe sollte die gruppenbezogene Arbeit unterstützt werden. Dazu schien eine flächendeckende Kommunikationsinfrastruktur auf Grundlage einer ISDN-fähigen Nebenstellenanlage, die auch über offene Schnittstellen verfügt, notwendig. In der dritten Stufe sollte die Nutzung der Rechner für spezialisierte, anspruchsvolle Aufgaben vereinfacht werden.

Mit Hilfe von Gesprächen in den Abgeordnetenbüros wurde geklärt, welche Möglichkeiten der Nutzung von IuK-Techniken die Abgeordneten bzw. ihre MitarbeiterInnen tatsächlich haben. Zur Zeit sind ca. 100 Abgeordnete in den Büros (Wahlkreis und Bonn) mit Rechnern von PARLAKOM ausgestattet. Die Büros in den Wahlkreisen sind mit unterschiedlichen Rechnern und mit Siemens-Laserdruckern ausgestattet. Zu der Ausstattung gehören Büromöbel. Bei den Rechnern handelt es sich um PCs, die unter dem Betriebssystem MS-DOS laufen. Alle Rechner haben eine Festplatte und ein Diskettenlaufwerk. Weiterhin gibt es für die Rechner eine Maus, einen Teletex- und einen DATEX-P Anschluß. Bei den Grünen wurde allerdings auf Anschlüsse an die Netze verzichtet. Gearbeitet wird einheitlich mit dem Textverarbeitungssystem WORD 4.0 und einer Adressverwaltung. Damit bestehen alle Möglichkeiten einer modernen Textverarbeitung, worunter auch das Erstellen von Mischbriefen zu verstehen ist. Die Nutzung der Adressverwaltung ist über eine Kennnummer und ein Passwort geschützt, um den Datenschutz zu gewährleisten. Durch das Programm OUTLINE werden Schriftarten zur Verfügung gestellt, die es ermöglichen, einen Text in einer Form auszudrucken, die als Redevorlage dienen kann, man kann damit auch den Bundesadler auf den Briefkopf bringen. In Verbindung mit der Textverarbeitung wird auch Teletex zur Übermittlung der bearbeiteten Texte ins Bonner Büro oder auch an andere Abgeordnete intensiv genutzt. Es wird als komfortabler und schneller als Telefax bewertet, was bisher genutzt wurde. Weiter gibt es unter dem Stichwort Kommunikation im Hauptmenue die

Möglichkeit, über DATEX-P eine Abfrage in der Datenbank GESTA (Stand der Gesetzgebung) des Deutschen Bundestages durchzuführen. Es soll außerdem möglich sein, in der Datenbank JURIS zu recherchieren, das wurde jedoch noch nicht versucht. Die Abgeordneten können zudem in Bonn bei Mitarbeitern des wissenschaftlichen Dienstes Anfragen stellen, die diese Fachleute dann per Datenbankrecherchen beantworten. Da nur wenige Mitarbeiter für viele Abgeordnete zur Verfügung stehen, fehlt die Vertraulichkeit bei der Bearbeitung der Anfragen, was zu einer geringeren Anfragequote führt, als bei direkten Abfragen zu erwarten wäre. Über den wissenschaftlichen Dienst sind für die Abgeordneten ca. 600 Datenbanken zugänglich. Es existiert ein Datenbankführer für die Abgeordneten, in dem 12 Hosts mit ihren Datenbanken aufgeführt sind. Für die Abgeordneten besteht die Möglichkeit, sich weitere Programme zu bestellen, die sie gerne nutzen würden. So sind in den Büros zum Beispiel MULTIPLAN, MS-CHART oder MS-WINDOWS im Einsatz.

Es gibt folgende Behauptung: Abgeordnete haben kein Geld zur Verfügung, sind immer unzufrieden mit den aktuellen Verhältnissen und wollen immer das Modernste an Ausrüstung haben, das zu bekommen ist.

Theoretisch sind die Ziele bei der EDV-Ausstattung nach den Wünschen der Abgeordneten formuliert worden. In der praktischen Arbeit müssen sich jedoch hauptsächlich die Mitarbeiter der Abgeordneten mit den Problemen, die die Rechner mit sich bringen, auseinandersetzen. Daher sollte man besser fragen: Was wollen die Mitarbeiter der Abgeordneten? Bei den Mitarbeitern war die Reaktion auf die neuen Techniken ganz unterschiedlich, von totaler Ablehnung über Angst bis hin zur Begeisterung. So hatten einige Abgeordnete schon vor PARLAKOM eigene PCs für ihre Mitarbeiter. Für diese gab es dann auch keine Schwierigkeiten mit der Umstellung. Andere Mitarbeiter hatten enorme Bedenken vor der Nutzung, können sich jetzt aber die Arbeit ohne den Rechner nicht mehr vorstellen. Das Kernproblem ist aber der Umgang mit den Rechnern. Die Textverarbeitung wird von allen Teilnehmern beherrscht, das Übermitteln von Texten mittels Teletex auch. Bei den Abfragen in einer Datenbank treten dann schon erhebliche Probleme auf, da das Programm nicht so häufig genutzt wird; die Schulung dafür ist mit nur einem Tag auch sehr kurz. Überhaupt wird die Schulung als teilweise unzureichend betrachtet, hier besteht der Wunsch nach ei-

ner besseren Anpassung der Schulung an die betroffenen Teilnehmer. Des weiteren wünschen sich die Mitarbeiter eine Verbindung der teilweise schon vorhandenen Systeme, damit sie nicht auf zwei verschiedenen Geräten arbeiten müssen. Damit würden dann auch die Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros in die Lage versetzt, in Bonner Datenbanken zu recherchieren, ohne den Umweg über die Bonner Büros zu machen. Auffällig ist, daß gerade die Mitarbeiter, die nicht auf die Datenbanken in Bonn zugreifen können (Grüne), sich eine derartige Möglichkeit wünschen, obwohl dieses von denen, die die Möglichkeit haben, nicht oder nur selten genutzt wird. Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode sollen alle 516 Abgeordneten an PARLAKOM angeschlossen werden. Sie alle erhalten das komplette PARLAKOM-Programm mit Rechner nach Wahl und Laserdrucker von Siemens. Zudem wird die Standard-Software auf Basis des Betriebssystems DOS ausgeliefert. Einerseits besteht ein Überangebot an Möglichkeiten, die PARLAKOM bietet, auf der anderen Seite gibt es Wünsche, die erfüllt werden könnten. So wie bereits praktiziert, können sich die Abgeordneten weitere Programmpakete zu den vorhandenen bestellen, es müßte dabei aber auch eine intensivere Betreuung für die Mitarbeiter geben. Sie sind in der 'Provinz' auf sich alleine gestellt, Fragen werden über stundenlange Telefonate mit Bonn geklärt, während die Mitarbeiter in Bonn nur eben in das Benutzer-Service-Zentrum gehen müssen und sich die notwendige Hilfestellung geben lassen. In Projekten wie diesem riesigen Komplex PARLAKOM sollte man sich mehr an den unmittelbaren Wünschen der Abgeordneten und an den Erfahrungen der bisherigen Nutzer orientieren.

Es ist zum heutigen Zeitpunkt sicher richtig, die einzelnen Abgeordnetenbüros mit den neuen IuK-Techniken auszustatten. In den Wirtschaftsunternehmen werden die Vorteile dieser Technik auch genutzt, und da sollten die bundesdeutschen Volksvertreter nicht zu weit hinterherhinken. Bei der ihrer Aufgabe entsprechend hohen Arbeitsaufwand ist es bestimmt auch angebracht, z. B. die Textverarbeitung nicht mehr auf der Schreibmaschine zu betreiben. Es ist jedoch falsch anzunehmen, das damit auch die Papierflut in den Büros abnehmen würde. Für die Abgeordneten selber ist es immer noch besser, ein Papier vor sich zu haben, als im Rechner nach den Dokumenten zu suchen. So bleibt der Computer hauptsächlich ein Mittel zur Textverarbeitung. Die Kommunikation unter den Abgeordneten erfolgt bisher nicht über die Elektronik. Beim persönlichen

Gespräch werden immer noch die meisten Informationen ausgetauscht und hinterher aus dem Gedächtnis zu Papier gebracht. Zudem steigt mit dem Rechnereinsatz und der damit verbundenen Recherchiermöglichkeit die Menge an beschaffbarer Information. Es tritt ein neues Problem auf, nämlich die Selektion der tatsächlich verwertbaren Informationen. Da derzeit aber noch nicht soviel in Datenbanken recherchiert wird (was wohl auch mit dem Neuen dieser Möglichkeit zu erklären ist), fällt dieser Mehraufwand noch nicht so ins Gewicht. Weiterhin wird durch den Rechnereinsatz nicht die anfallende Arbeit reduziert, sondern durch die schnellere Bewältigung der einzelnen Aufgaben kann man in der gleichen Zeit eben mehr erledigen. Dieses bedeutet zugleich aber auch eine höhere Aufgabenerfüllung durch den Abgeordneten, was wiederum dem Bürger zugute kommt. Eine Arbeitserleichterung ist somit also nicht eingetreten. Eine Arbeitsvereinfachung, die erklärtes Ziel war, muß auch bezweifelt werden, da durch die neuen Technologien ganz andere Möglichkeiten auftreten als bisher gegeben waren. Sicher sind einzelne Tätigkeiten vereinfacht worden, dafür sind aber kompliziertere neue Aufgaben dazugekommen, die jedoch eine bessere Aufgabenerfüllung erlauben als es bisher der Fall war.

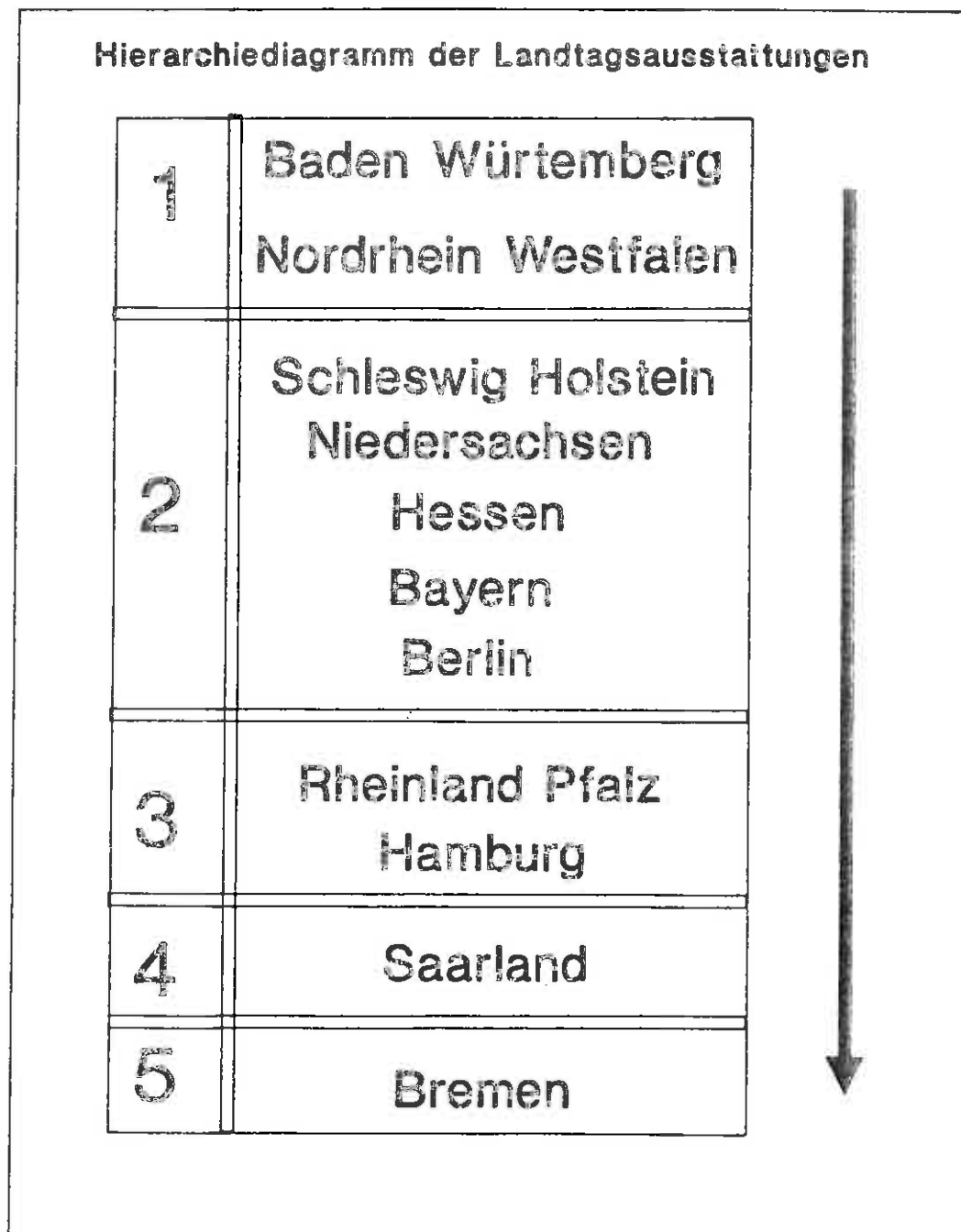


Abb. 12

IV. Computer in den Landtagen

Aufgrund der Laufzeit und Ausstattung unseres Projekts waren eigene Erhebungen und Begehungen der Landtage (außer in Bremen) nicht möglich. Dieser Abschnitt basiert auf Informationen, die sich ergeben aus

- der Beantwortung unseres Fragebogens (Anhang) in Bremen und Kiel (Schleswig-Holstein),
- den Antworten auf eine Befragung der Landtage durch die Bundestagsverwaltung und
- Praxisbeschreibungen aus den EDV-Bereichen der Landtage in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (Heske o. Jg.).

1. Eine Übersicht

Wir wollen zunächst eine Übersicht über die Ausstattung der Landtage der Bundesrepublik Deutschland mit elektronischen Datenverarbeitungsanlagen geben. Es soll in groben Zügen dargestellt werden, wie die Landtage ausgestattet sind, wofür die Technik genutzt wird und welche Ausbauplanungen bestehen. Wir stützen uns dabei überwiegend auf eine Untersuchung der Bundestagsverwaltung. Aufgrund der verschiedenen Ausstattungen der Landtage ordnen wir diese auf verschiedenen Ebenen ein. Die Skala der Ausstattungen reicht von "komplett" bis "überhaupt nicht" ausgestattet, in Zahlen ausgedrückt von 1 bis 5.

Ebeneneinordnung:

Ebene 1

Landtage, die einen Zugriff auf externe Datenbanken bieten, die eigene Datenbanken unterhalten, bei denen eine Dokumentenarchivierung, Dateiverwaltung und elektronische Post möglich ist, die BTX-Anbieter sind. Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen wurden von uns hier eingeordnet.

Ebene 2

Landtage, die neben den üblichen Standardanwendungen über Zugriffsmöglichkeiten auf eigene und externe Datenbanken verfügen, aber kein vollständiges Dokumentationssystem haben. In dieser

Ebene haben wir Schleswig Holstein, Bayern, Niedersachsen und Hessen eingeordnet. Wenn in Berlin alles so eingeführt wird, wie es geplant ist, ist Berlin auch auf dieser Ebene einzuordnen.

Ebene 3

Landtage, die an ein vorhandenes System angeschlossen sind, (also über kein eigenes System verfügen), aber nicht auf ein Informationssystem verzichten wollen. Hierzu gehören der Stadtstaat Hamburg oder ein Landtag wie Rheinland Pfalz, der zwar eigene Datenbanken betreibt, aber einen Zugriff auf externe Datenbanken nicht ermöglicht.

Ebene 4

Landtage, die Textverarbeitung und Zugriff auf eigene Datenbanken haben. Zugriff auf externe Datenbanken nur über Hilfsstellen. Hier ist von uns das Saarland eingeordnet worden.

Ebene 5

Landtage, die EDV lediglich zur Textverarbeitung (allgemeine Schreibtätigkeiten) benutzen, die keine Datenbankanwendung mit Datenretrieval oder ähnlichem betreiben. An dieser Stelle haben wir Bremen eingeordnet.

Landtagsübersicht

Schleswig Holstein

Benutzer des Systems in Schleswig Holstein sind Verwaltung und Fraktionen. Neben den übliche Standardanwendungen wie Textverarbeitung und Tabellenkalkulation wird in Schleswig-Holstein das von Baden-Württemberg entwickelte Dokumentations- und Retrievalsystem ADAK-BW verwendet. Der Landtag ist an die Datenzentrale des Landes per DFÜ angeschlossen. Desweiteren bestehen Zugriffsmöglichkeiten auf externe Datenbanken wie z. B. JURIS, DPA, BPA-DOC, UMPLIS u. a. Es wird eine eigene Datenbank (LIS-SH) betrieben (Ebene 2).

Niedersachsen

Auch hier wird das Landesdokumentationssystem ADAK-BW verwendet und ist an das Niedersächsische Landesverwaltungsamt und an die Universitätsbibliothek in Göttingen angeschlossen. Auf ex-

terne Datenbanken wie JURIS u. a. kann zugegriffen werden (Ebene 2).

Nordrhein Westfalen

Teilnehmer am System sind Abgeordnete, Verwaltung und Fraktionen. Möglichkeiten des Systems sind neben Textverarbeitung und Tabellenkalkulation auch Dokumentenarchivierung, Dateiverwaltung, elektronische Post (Intern über LAN, extern über TTX) und Zugriffe auf Datenbanken wie JURIS, GENIOS, DIMDI und andere möglich. Es wurden eigene Datenbanken aufgebaut. Weiterhin gibt es ein Archivierungssystem mit optischer Platte und eine Standleitung zum Großrechner des Landesdokumentationssystems. Man benutzt Scanner, hochauflösende Bildschirme und Faksimile-Drucker (Ebene 1).

Hessen

An das System in Hessen sind die Verwaltung und die Fraktionsgeschäftsstellen angeschlossen. Auch in Hessen besteht die Möglichkeit, externe Datenbanken zu nutzen. Hessen verfügt über ein eigenes PC-Netz (ARCNET), und hat ein eigenes Datenbanksystem, mit dem Parlamentsdokumentation, Petitionen, Bibliothek usw. verwaltet wird (Ebene 2).

Rheinland Pfalz

Auch in Rheinland Pfalz sind Verwaltung und Fraktionsgeschäftsstellen an das System angeschlossen. Es bestehen zwei eigene Datenbanken (PADOS, LIS) mit einem Dokumentationssystem, das jedoch nicht für die Fraktionsgeschäftsstellen zugänglich ist hiermit werden Parlamentsdokumente bearbeitet. Es bestehen keine Zugriffsmöglichkeiten auf externe Datenbanken (Ebene 3).

Saarland

Im Landtag des Saarlandes gibt es als eigene Datenbank SAARPA-DOKIS, das den Systemen in NRW entspricht. Als externe Datenbanken kann im Dokumentationssystem über die ZDV-Saar auf JURIS, BPA und PARUS zugegriffen werden. Ansonsten gibt es bis auf die Textverarbeitung PC TEXT4 keine weitere Nutzung (Ebene 4).

Baden-Württemberg

Der Landtag von Baden-Württemberg ist derjenige mit der wohl besten EDV-Ausstattung in der BRD. Auf das System können Landtagsabgeordnete, Fraktionen und Verwaltung zugreifen. Man ist u. a. über Glasfaserkabel zwischen den Gebäuden (einem LAN auf Ethernet-Basis) miteinander verbunden. Es bestehen Zugriffsmöglichkeiten auf JURIS, BPA, PARLIS und andere externe Datenbanken. Als eigene Datenbanken unterhält man INLANDIS, Biographien, Telefonverzeichnis des Landtages, Tagesordnungen und andere. Man hat ein selbst entworfenes Dokumentationssystem ADAK-BW, das auch von anderen Landtagen übernommen wurde. Dieses besteht aus einer Software-Eigenentwicklung und einer relationalen Datenbank. Es wird für Petitionen genutzt. Zusätzlich hat Baden-Württemberg ein BTX-System, das als externer Rechner betrieben wird und den Abgeordneten aus den Wahlkreisen her den Zugriff auf Informationen erlaubt (Ebene 1).

Bayern

An das System ist die Landtagsverwaltung angeschlossen. Zum Zeitpunkt der Umfrage war noch vieles in Planung, der weitere Ausbau mit EDV sollte vorangetrieben werden. Man hatte bereits eine eigene Petitionsdatenbank und eine Textverarbeitung und konnte auf ein EDV-Dokumentationssystem über HfD (Standleitung) zugreifen. Geplant sind ein LAN (Ethernet), eine Einbindung in das EMD-System der Bayerischen Staatsregierung sowie eine Zugriffsmöglichkeit auf JURIS. Zudem soll eine Antragsverwaltung eingeführt werden. Im Dokumentationssystem besteht ein Zugriff auf Drucksachen, Protokolle, Pressespiegel und Länderchronik; ausserdem gibt es eine HfD zum Landesamt für Umweltschutz (Ebene 2).

Bremen

Man hat noch gar nichts bis auf 16 PCs und 8 Drucker, die zur Texterfassung bei den Untersuchungsausschüssen eingesetzt wurden. Es soll ein erstes Konzept entwickelt werden. Wahrscheinlich wird der Einsatz von Siemens PCs sein. Uns liegt ein Konzept des Bremer Rechenzentrums vor, der ein System wie in Hamburg zur Diskussion stellt. Sollte ein derartiges Konzept umgesetzt werden, ist Bremen natürlich in der gleichen Ebene wie Hamburg einzuordnen. Bislang ist jedoch noch nichts konkret geplant, daher nur Ebene 5.

Berlin

Was zum Zeitpunkt der Erhebung vorhanden war, ist unklar. Geplant jedoch ist eine ganze Menge. So soll der Zugriff zuerst nur für die Verwaltung und später dann auch für die Abgeordneten über die Systeme der Fraktionen ermöglicht werden. Es soll eine Zugriffsmöglichkeit für JURIS, BPA-DOK und das statistische Landesamt sowie die eigene Parlamentsdokumentations-Datenbank geben. Des weiteren sollen alle Abgeordneten über BTX auf Informationen zugreifen können. Zudem ist ein Abgeordnetenhaus-Dokumentationssystem (ADIS) geplant. Zudem plant der Senat ein Senatsinformationssystem, das kompatibel zu ADIS sein soll. Der Senat, die Verwaltung, die Abgeordneten, die Fraktionen und die Exekutive sollen einen lesenden Zugriff auf die Parlaments-Dokumentation erhalten (Ebene: demnächst 2).

Hamburg

Der Stadtstaat Hamburg ist an das Landesinformationssystem von Schleswig Holstein angeschlossen. Die Hamburger nutzen das Informationssystem mit Schleswig-Holstein gemeinsam. Die Nutzer dieses Informationssystems aus Hamburger Sicht sind ausschließlich die Mitglieder der Verwaltung. Die Dokumentation erfolgt, wie bei Schleswig-Holstein, über das von Baden-Württemberg entwickelte Dokumentationssystem ADAK-BW, mit dem auch eine eigene Datenbank aufgebaut wurde (Ebene 3).

Übersicht über die Reichweite der Landtagsausstattungen

Bundesland	eigene Datenbank	Dokumentationssystem	externe Datenbank
Baden Württemberg	inLANDIS	ADAK.BW	ja
Niedersachsen	Landtagsinfo.	ADAK.BW	ja
Schleswig Holstein	LIS-SH	ADAK.BW	ja
Rheinland Pfalz	PADOS-LIS	PADOS	nein
Berlin	Parlamentdk.	ähnl.ADIS	ja
Nordrhein Westfalen	GOLEM		ja
Bayern	Petitionsdb.		ja
Saarland	SAARPADOKIS		nein
Hessen	Landesdok.	Doknachw.sys.	ja
Hamburg	(arbeitet mit Schleswig Holstein zus.)		
Bremen	---	nichts ---	

2. Ein Beispiel: EDV für den Landtag in Baden-Württemberg

Die Ziele, das Systemkonzept und die Einführungsstrategie eines umfassenden EDV-Systems für ein Landesparlament beschreibt Dieter Heske für Baden-Württemberg (Heske o. Jg.). Die Parlamentskonzeption hatte einen Bezug zum Landessystemkonzept der Landesregierung: Regierung und Parlament betreiben gemeinsam ein Landesinformationssystem, das auf Rechenanlagen des Statistischen Landesamtes installiert ist und einen gemeinsamen Zugriff erlaubt. Aus der Sicht des Parlaments stehen folgende Ziele im Vordergrund:

"Die Hauptaufgabe des 'Aktuellen Dokumentations- und Landesinformationssystems ADLANDIS' ist somit darin zu sehen, den Zugang des Parlaments, der Abgeordneten und der Fraktionen zu den für sie relevanten Informationen zu erleichtern und damit insgesamt die Informationslage des Parlaments im Verhältnis zur Regierung zu verbessern. Daneben hat die neue Technik die Funktion, die Arbeitsabläufe im Hause einfacher und rationeller zu gestalten sowie die Abgeordneten und die Parlamentsverwaltung mit einer modernen Ansprüchen genügenden Büroinfrastruktur auszustatten" (Heske o. Jg., S. 2).

Abgeordnete, Fraktionsmitarbeiter und die Verwaltung sollten unterstützt werden durch:

- "Entlastung von Routinearbeiten und Erleichterung im Geschäftsbetrieb,
- Beschaffung von Informationen,
- erste Schritte in Richtung auf das 'Papierarme Büro',
- Überwindung der räumlichen Entfernungen zwischen den Gebäuden,
- interner und externer (z. B. vom Wohnort der Abgeordneten) Zugriff berechtigter Personen, insbesondere der Abgeordneten, auf das Informationsangebot des Landtags, wobei die bisher angewandten Verfahren im Bereich des Informationsdienstes der Landtagsverwaltung und der Fraktionsgeschäftsstellen voll integriert werden mußten" (Heske o. Jg., S. 4).

Ein zentrales Ziel war die Rationalisierung von Verwaltungsaufgaben. Heske: "Aus der Parlamentsdokumentation ADAK-BW heraus werden automatisch die vorgeschriebenen Register am Ende der Wahlperiode erstellt, für die Produktion der Plenarprotokolle wird

ein ausgeklügeltes System von der Textverarbeitung bis hin zum automatischen Fotosatzverfahren eingesetzt, die Erstellung der Ausschlußprotokolle erfolgt ebenfalls weitgehend automatisch. Mit der Regierung ist ein Datenaustausch über Teletex bei der Erstellung der Drucksachen vereinbart, um die nochmalige Erfassung der Texte für den Fotosatz zu vermeiden" (S. 6).

1985 wurde eine Kommunikationsanalyse durchgeführt, auf deren Basis ein Pflichtenheft erstellt und eine Ausschreibung vorgenommen. Ergebnis der Kommunikationsanalyse war u. a. die Differenzierung von drei verschiedenen "Anwendungsniveaus" (Textverarbeitung, interne und extern Kommunikation, Zugriff auf Informationen) auf vier unterschiedlichen "Stufen" (persönlich, funktional, landtagsoffiziell, externe Beziehungen).

	Textver- arbeitung	Kommunikation intern u. extern	Zugriff auf Informationen
<u>Persönlich</u> Abgeordneter Mitarbeiter/ Sekretärinnen bei den Fraktionen	Briefe Vermerke Initiativen		persönliche Ablage
<u>Funktional</u> Arbeitskreis Fraktion Referat Sachgebiet	Initiativen (Gesetze, Anfragen, Anträge)	elektronische Post	allgemeine Ablage
<u>Landtags- offiziell</u>	Initiativen (Gesetze, Anfragen, Anträge)	elektronische Post	inLANDIS Btx-inhouse
<u>Externe Benutzer</u> Bürger, Regierung andere Parl. Fraktionen anderer Parl. Parteien, Medien, Verbände	Schreiben, Material, Initiativen, Lobby	Ttx (LVN) Datex-P HFD Btx	LIS externe DB Btx-Post

Abb. 13 (Quelle: Heske o. Jg., S. 11)

Nach der Ausschreibung bekam die Firma DEC mit ihrem Bürosystem ALL-IN-1 den Zuschlag, nachdem die Angebote vor allem unter folgenden Kriterien geprüft wurden (vgl. Heske o. Jg., S. 9):

- Leistungsfähigkeit und Verfügbarkeit der angebotenen Hard- und Software,
- durchgängiges Betriebssystem,
- komfortables Textsystem,
- Datensicherheit und Datenschutz,
- Ergonomie,
- Flexibilität für Erweiterungen,

- einheitliche Nutzeroberfläche,
- Wartungsmaßnahmen und Kundendienst,
- Preis-/Leistungsverhältnis.

Ergebnis der Beschaffung ist der Aufbau eines Netzes, das im Kern aus einem LAN mit mittelgroßen Rechnern der Fraktionen und der Verwaltung sowie jeweils angebundenen Terminals und PCs besteht (die GRÜNEN haben auf eine Einbindung in das Netz verzichtet). Die Abgeordneten haben darüber hinaus BTX-Geräte, die einen Zugriff auf das landtagsinterne Informationssystem ermöglichen. Es bestehen Datenverbindungen (HfD) zu den Rechnern des Statistischen Landesamtes und des Landesinformationssystems. Außerdem ist über Datex-P ein Zugang zu relevanten externen Datenbanken (u. a. JURIS, BPA, UMPLIS, PARLIS etc.) vorhanden.

Man kann Heske nur zustimmen, wenn er einen großen Vorteil des aufgebauten Systems darin sieht, daß wichtige Informationen im "normalen" Prozeß der Bürokommunikation gewonnen werden und Ergebnisse externer Recherchen problemlos in die Ablage des Anwenders übernommen werden können:

"Ein entscheidender Punkt für den Aufbau von inLANDis war, daß der größte Teil der Informationen, der hier angeboten wird, durch die Bürokommunikation gewonnen wird und nicht extra für das System erfaßt werden muß. Eine Tagesordnung für die Sitzung des Landtagsplenums entsteht bei der Verwaltung in Form von Text- und Bausteinverarbeitung; sie wird mehrfach beraten und modifiziert. Wenn sie in ihrer endgültigen Form feststeht, wird sie bei inLANDis angeboten. Ähnlich verhält es sich bei Pressemitteilungen der Fraktionen oder Verfügungen des Landtagspräsidenten. Ein weiterer Gesichtspunkt bei der Einführung der Bürokommunikation im Landtag war die Integration von Daten und Informationen aus unterschiedlichen Quellen in das bestehende Grundsystem ALL-IN-1 und die Einbindung in die Textverarbeitung. Die abgerufenen Daten aus dem Landesinformationssystem, aus den externen Datenbanken oder aber auch Tagesordnungen und Biographien der Abgeordneten, wie sie bei inLANDis zur Verfügung gestellt werden, können in die eigene Ablage des Anwenders übernommen werden und dann bearbeitet, gedruckt oder elektronisch weitervermittelt werden" (Heske o. Jg., S. 15).

Die Ausstattung des Landtags Baden-Württemberg

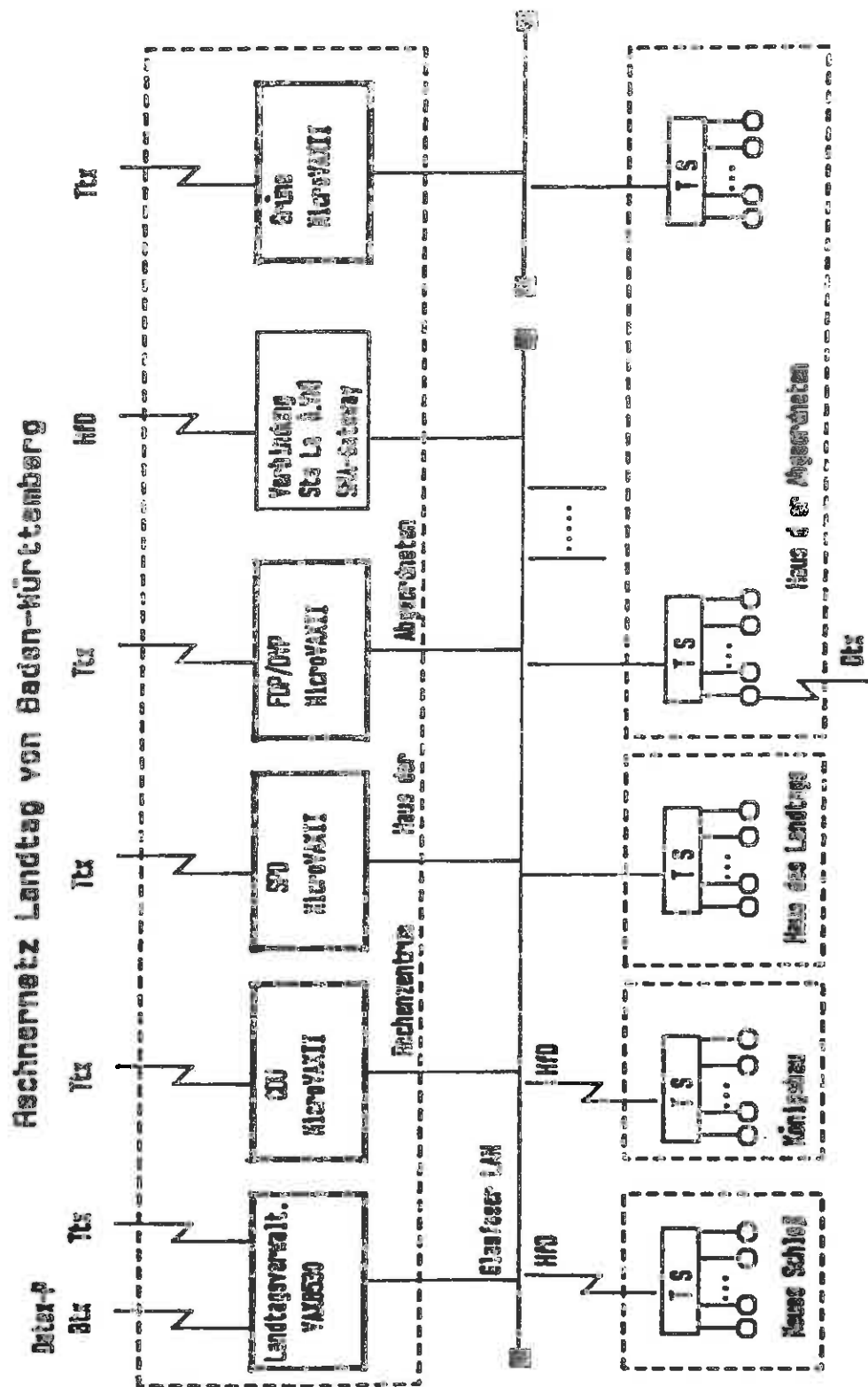


Abb. 14 (Quelle: Heske o. Jg., S. 17)

Beispiele für Menüs des Systems Baden-Württemberg

A D L A N D I S	
SK - Funktionen	i n L A N D i s
TX Textverarbeitung	AI Aktuelle Informationen
EP Elektronische Post	TD Tagesordnungen/Sitzungspläne
TEL Telefon-/Adressverzeichnis	AF Abgeordnete/Fraktionen/Ausschlüsse
TR Tischrechner	GE Gemeinden, Wahlkreise, Abgeordnete
TP Terminplanung	BIO Biographien
LIS Landes-Informations-System	AD A D A K Dokumentation
ED Externe Datenbanken	GD Geschäftsordnung
U Weitere Funktionen	VR Verfügungen und Regelungen
EN Ende	

Wählen Sie eine Funktion und drücken Sie <WR>.

i n L A N D i s	
A D A K	
A D A K Hauptmenü	
SW	Schlagwortsuche -> ASYL
DN	Drucksachenummer
VN	Vorgangsnummer
FG	Formalkriterien
ND	N O R A
EB	ADAK Ergebnis bearbeiten

Schlagwort eingeben (exakt oder mit "x") und <WR> drücken.

Abb. 15

V. Überlegungen zur Ausstattung eines Großstadtparlamentes

1. Das Beispiel Bremen

Erst 1988 wurde das Thema "EDV für den Landtag" durch einen Beschluß der SPD-Fraktion thematisiert. Die bisherige Nicht-Ausstattung der Abgeordneten und des Parlamentes bewirkte das Einbringen eines umfassenden Konzepts als Voraussetzung für geplante Realisierungsschritte. Die SPD-Fraktion 1988:

- "1. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion ist der Auffassung, daß die Verwaltung und die Servicedienste der Bremischen Bürgerschaft Vorbild für den gesamten bremischen öffentlichen Dienst sein müßten. Hier besteht erheblicher Nachholbedarf.
2. Die SPD-Fraktion erwartet, daß die Parlaments- und Deputationsunterlagen auf Microfilm bzw. elektronische Datenträger übernommen werden, so daß eine datenverarbeitungs-gestützte Suche schnell und leicht zu bewerkstelligen ist.
3. Sie ist der Auffassung, daß bestimmte zentrale Daten, z. B. über den Haushalt, den Stellenplan, aber auch die Texte der Drucksachen und der Gesetzessammlungen, auf elektronischen Datenträger auch per Fernabfrage (Mailbox) für Abgeordnete und Fraktionen verfügbar sein müssen.
4. Sie erwartet, daß geklärt wird, ob das Parlament direkten Zugriff auf die zentralen Datenspeicher der bremischen Verwaltung erhalten kann und wenn ja, auf welche Datenbestände.
5. Sie erwartet, daß sichergestellt wird, daß auch den bremischen Abgeordneten die verschiedenen elektronischen Parlamentsinformationsdienste und möglichst auch andere Datenbanken zur Verfügung stehen.
6. Sie bittet den Bürgerschaftsvorstand, bis zum Frühjahr 1989 darzulegen, wie das Konzept der Automatisierung auf Grundlage der gängigen PC-Techniken Bereich der Bürgerschaftsverwaltung umgesetzt werden soll."

Der Stand der Ausstattung des Bremer Parlamentes war demgegenüber äußerst bescheiden. In der Verwaltung der Bremer Bürgerschaft wurden 1989 16 Personal Computer eingesetzt, die allerdings

ausschließlich von den Untersuchungsausschüssen genutzt wurden (es war nicht möglich, den Schreibaufwand für die Protokolle und Untersuchungsberichte ohne PCs zu erstellen). Speziell für diesen Bereich wurden mehrere Schreibkräfte befristet eingestellt. Diese PCs wurden derzeit nur zur Textverarbeitung als Einzelplatzsystem ohne Vernetzung genutzt. Die Personal Computer sind von der Firma Siemens und vom Typ PCD-2, die unter MS-DOS laufen. Als Textsoftware wird MS-WORD verwendet. Die 16 PCs sollten nach Abschluß der Untersuchungsausschüsse übernommen werden, sind aber derzeit (vor allem wegen räumlicher Probleme) nicht im Einsatz.

Bremen ist damit zu Beginn der neunziger Jahre das einzige ohne EDV-Hilfsmittel arbeitende Parlament der Bundesrepublik. Allerdings hatte die Verwaltung durchaus Vorstellungen von den neuen Möglichkeiten, die der Einsatz von Computern für das Parlament bieten könnte. So soll der Protokolldienst schneller und kostengünstiger werden, ohne daß eine Personaleinsparung das Ziel ist. Es soll weiterhin ein Personalkonzept erstellt werden. Ein besonderes Problem ist allerdings die Raumnot - man weiß momentan noch nicht, wo Menschen und Maschinen untergebracht werden sollen. Ziel der Verwaltung ist darüber hinaus, ein Informationssystem mit Computern aufzubauen. Darüber soll der Zugriff auf die Bibliothek mit der geordneten Sekundärliteratur ermöglicht werden. Ferner soll das Sach- und Sprechregister erfaßt und abfragbar gemacht werden. Zudem sollen die Informationen aus anderen Länderparlamenten nicht mehr nur durch Übersenden von Papier, sondern durch Diskettenversand oder Online-Zugriffe verfügbar werden. Eine Idee ist, über eine (Stand)Leitung mit dem Informationszentrum des Landtags von Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf zu kommunizieren. Anfang 1989 beauftragte der Vorstand der Bürgerschaft das Rechenzentrum der bremischen Verwaltung (!) mit der Erstellung eines Konzepts zur "Technikunterstützung in der Bremischen Bürgerschaft".

Dieses Konzept bezieht sich auf die Aufgabenfelder:

- Allgemeine Schreibtätigkeit,
- Informationssystem für Abgeordnete, Fraktionen und Verwaltung,
- Öffentlichkeitsarbeit
- sowie die Betrachtung organisatorischer und personeller Auswirkungen.

Externe Informationen für die Konzepterstellung wurden von der Datenzentrale und beim in Landtag Schleswig-Holstein sowie von

der Bürgerschaft in Hamburg telefonisch eingeholt. Darüber hinaus wurden zwar Gespräche mit Mitarbeitern der Verwaltung des Bremer Parlamentes, nicht aber mit den Fraktionen und Abgeordneten geführt. Auf Basis dieses Ansatzes ist es nicht verwunderlich, daß sich das Konzept primär auf die PC-Ausstattung der Verwaltungsmitarbeitern bezieht. Es sollen zehn vorhandene Arbeitsplätze mit Systemen bestückt werden, wobei der Einsatz einer Textverarbeitung (unvernetzt) der Angelpunkt der Überlegung ist. Die Arbeitsplätze sollen jeweils mit einem PC (SIEMENS PCD-2), einer Textsoftware (MS-WORD) sowie einem Datensammelsystem (TDB-3) und Datensicherungsprogramm (Safeguard) ausgestattet werden. Die Kosten belaufen sich auf ca. 13.000,- pro PC (also insgesamt auf 130.000,-) und insgesamt 70.000,- für Büromöbel und Raumgestaltung. Die jährlichen Wartungskosten der Rechner belaufen sich auf ca. 9.000,-. Es wurde eine Halbtagsstelle für einen DV-Koordinator vorgeschlagen, wobei die Person aus dem vorhandenen Schreibpersonal gewonnen werden soll.

Nach dieser schnell vorzuschlagenden Idee für die "allgemeine Schreibtätigkeit" fragt man erwartungsvoll nach dem Konzept für das "Informationssystem für Abgeordnete, Fraktionen und Verwaltung". Hierzu findet man lediglich den Hinweis, daß

- in Bremen noch alles manuell erledigt wird,
- andere Länderparlamente bereits mit EDV ausgestattet sind,
- eine längere Planungsphase sowie eine Realisierungs- und Betriebsphase erforderlich werden.

Als Aufgaben werden immerhin kurz erwähnt die Bereitstellung von Daten aus

- dem Sach- und Sprechregister,
- Parlaments- und Deputationsunterlagen,
- der bremischen Verwaltung (Stellen, Haushalt, Gesetze...),
- externen Datensammlungen (Länderparlamente, EG, Anbieter).

Überlegungen in bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit sollen nach Meinung des Rechenzentrums der Verwaltung zurückgestellt werden. Das Thema "Auswirkungen" wird auf die Frage nach dem Personalbedarf reduziert und damit beantwortet, für die Unterstützung des Schreibdienstes ebenso wie für den Aufbau eines "Informationssystems" jeweils eine halbe (!) Stelle vorzusehen, die aufgrund von Arbeitsveränderungen möglicherweise auch noch aus dem vorhandenen Personal rekrutiert werden sollen.

Angeblich zur Erleichterung von Kostenschätzungen wird das "Hamburger Modell" ins Spiel gebracht: der Landtag verzichtet auf den Aufbau eigener Kapazitäten und schließt sich einem anderen an (im Falle Hamburgs an Schleswig-Holstein), wodurch sich die Kosten auf einmalig ca. 200.000 DM und jährlich ebenfalls 200.000 DM belaufen würden.

Zur Präzisierung dessen, was das Bremer Parlament für diesen Fall zu erwarten hat: eine Ausstattung mit einem Kleinrechner, fünf Terminals und zwei Druckern sowie eine Standleitung nach Schleswig-Holstein. Eine politische Präjudizierung der Bremer Entscheidung wird durch den Hinweis versucht, Bremen brauche nicht mehr Geräte als Hamburg und könne unter Kostengesichtspunkten kaum einen anderen Weg gehen; außerdem habe sich Schleswig-Holstein schon zur Betreuung des Bremer Parlaments bereit erklärt.

Ohne allzugroße Boshaftigkeit muß man das "Konzept" des Rechenzentrums der bremischen Verwaltung geradezu als Nicht-Konzept bezeichnen. Der Vorschlag des Einsatzes der Textverarbeitung in der Verwaltung ist wenig originell (zumal auch noch der Datenfluß ausgeklammert und die Frage der Vernetzung nicht thematisiert wurde). Dem Kernpunkt der Kritik liegt die Behauptung zu Grunde, daß der Einsatz von Computern für die Parlamente keine datenverarbeitungstechnische, sondern eine höchst politische Frage ist. Um dies an wenigen Punkten zu demonstrieren, sollen nur einige Fragen formuliert werden:

- Wie sollen Fraktionen und Abgeordnete auf Daten zugreifen können, die von ihnen selbst für das Parlament produziert werden? Über den Rechner in Kiel, wo alles dokumentiert wird, oder über eigene Fraktionssysteme und Kommunikationsstrukturen zwischen den unterschiedlichen Fraktionen?
- Ist überhaupt irgendeine Kommunikation zwischen Abgeordneten, Fraktionen und Parlament vorgesehen?
- Welche Ausstattungen werden für die Fraktionen und Abgeordneten empfohlen, sollen sie überhaupt auf irgendwelche Daten zugreifen können - und wenn ja, wie?
- Wenn Fraktionen und Abgeordnete auf Regierungsdaten zugreifen wollen: sollen die Bremer Senatsdaten erst auf den Kieler Rechner gebracht werden, damit sie Bremer Abgeordneten zur Verfügung stehen?

- Ist aus Gründen der Datensicherheit und der Kontrolle der Daten sowie unter dem Gesichtspunkt der Verfügbarkeit nicht eine dezentrale Bremer Lösung jeder externen Abhängigkeit von Großrechnern (man hätte in Bremen lediglich Terminals) vorzuziehen?

Die vorgesehene Personalausstattung ist möglicherweise dem vorgeschlagenen Nicht-Konzept, nicht jedoch einer vernünftigen Lösung angemessen. Es ist nicht möglich, ein funktionierendes und Nutzerinteressen angemessenes Informationssystem mit einer halben Stelle zu betreiben, zumal gerade nach den Bonner Erfahrungen der Bereich Schulung und Benutzerbetreuung nicht vernachlässigt werden darf.

Insgesamt muß man feststellen, daß sich die Vorlage des Rechenzentrums der bremischen Verwaltung in keiner Weise an dem Beschluß der SPD-Mehrheitsfraktion orientiert und weder die Fraktionen noch die Abgeordneten in die Überlegungen einbezogen worden sind.

Um die Kritik auf einen Nenner zu bringen: Bremen hat die Chance, ein EDV-System zu bekommen, in das Erfahrungen aus anderen Landtagen, politische sowie verwaltungsmäßige Vorstellungen und auch Interessen von Fraktionen und Abgeordneten einfließen. Diese Chance sollte im Interesse aller Beteiligten genutzt werden und nicht an kostbedingten Restriktionen scheitern, zumal der Preisverfall im Hardwarebereich heute Lösungen realisierbar macht, für die noch vor fünf Jahren erhebliche Summen hätten aufgewendet werden müssen. Mögliche Interessenlagen von Fraktionen und Abgeordneten in Bremen sind Gegenstand der folgenden Abschnitte.

2. Die Fraktionen in der Bremischen Bürgerschaft

Die vier in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Fraktionen wurden Ende 1989 besucht; neben ausführlichen Gesprächen war häufig auch "ein Blick auf die EDV" möglich. Die folgende Beschreibung des Standes der Fraktionsausstattung, der Einsatzperspektiven und der Haltung zur Einführung von Computern für das Parlament erfolgt für die einzelnen Fraktionen unter folgenden Gesichtspunkten:

- Allgemeine Einstellung der Fraktion zum EDV-Einsatz, Stand der Diskussion, Grundsätzliches

- Welche Hardware nutzt die Fraktion?
- Welche Software nutzt die Fraktion?
- Zukunftsplanung der Fraktion.

2.1. EDV-Einsatz in der Fraktion der CDU

Die eingeführte EDV wird von der Partei und der Fraktion gemeinsam genutzt. Die CDU war die erste Partei, die im Lande Bremen EDV eingeführt hat. Bundesweit gesehen war die Bremer CDU jedoch der letzte Landesverband der Partei, der mit EDV ausgestattet wurde. Die Einführung des Systems wurde ca. im April 1985 abgeschlossen. Mittlerweile ist jeder Kreisverband an das System angeschlossen.

An Hardware wird ein WANG-System genutzt, das von der Firma DICOSOFT (eine Firma, die aus der Informatikabteilung der Union ausgegliedert worden ist) eingeführt worden ist. Bisher wurde eine Anlage mit 35 MB Speicherplatz, acht Terminals und drei Druckern genutzt, die aber durch den Preisverfall im Hardwarebereich gegen eine VS 5000 mit 140 MB Speicherplatz ausgetauscht wurde. Dieses System ist mit elf Bildschirmen und elf Druckern ausgestattet und auf 32 Bildschirme und weitere 32 Peripheriegeräte erweiterbar. Sämtliche Hardware wurde gemietet, der Fraktionsanteil der monatlichen Miete beträgt ca. 3000 - 4000 DM. Genutzt wird die Anlage einzig als Büromittel, also für Textverarbeitung, Buchhaltung und Mitgliederverwaltung. Es stand eine Arbeitserleichterung für die Mitarbeiter im Vordergrund.

Wenn Daten übermittelt werden sollen, wird ein Kontakt zur Bundespartei über Teletex hergestellt; dabei werden nur Daten der Mitgliederverwaltung übermittelt. Eine Verbindung der Bremer Fraktion zur Bundesfraktion besteht nicht. Eine weitere konkrete Ausbauplanung besteht bei der Fraktion der CDU im Lande Bremen nicht. Es sind aber weitere Aufgabenbewältigungen über EDV vorstellbar, z. B. der Bereich Datenfernübertragung mit Datenretrieval in Bundesparteiarchiven sowie die Ausstattung der wissenschaftlichen Mitarbeiter und des Geschäftsführers mit Bildschirmen.

Im allgemeinen besteht eine große Akzeptanz der EDV bei den Mitarbeitern der CDU, anfängliche Skepsis hat sich zerschlagen.

Die Abgeordneten haben keinen Zugriff auf die Rechenanlage der Fraktion, auch die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Fraktion haben keine Terminals oder PCs zur Verfügung. Für die Mitarbeiter

hat es u. a. aus Kostengründen keine systematische Schulung gegeben.

2.2. EDV-Einsatz in der Fraktion der SPD

Die SPD-Fraktion orientiert sich an ihren Hamburger Kollegen, die bereits versuchen, über Vernetzung und Fileserver das "Papierlose Büro" zu realisieren.

Bisher werden von der SPD-Fraktion neun Tandon-PCs genutzt, die unter MS-DOS laufen. Die bisherigen Anwendungen beschränken sich zur Zeit auf Textverarbeitung sowie auf Datenbankanwendungen, die in Richtung Adressverwaltung gehen.

Als Software werden WORD und DBase III+ benutzt, über die Adressdaten, Termini, Texte, Themen- und Kontaktpersonenkatalog sowie Parlamentsinitiativen der Fraktion verwaltet werden können. Es sind bisher keine Mitarbeiter angestellt, die ausschließlich im DV-Bereich arbeiten. Es besteht zur Zeit keine Möglichkeit der Datenfernübertragung, auch eine Vernetzung der PCs ist nicht durchgeführt.

Die Finanzierung der EDV-Ausstattung wird aus Fraktionsmitteln sowie aus Zuschüssen vom Parlament getätigt. Incl. Leasing von PCs werden ca. 5000 DM pro Monat aufgewendet. Später sollen auch wissenschaftliche Mitarbeiter mit EDV ausgestattet werden, langfristig sollen alle Mitarbeiter über EDV verfügen können. Die Anwendungen sollen dann in Richtung Argumentationshilfen für die Kommunalvertretungen sowie in Richtung Pressearbeit gehen. Konkret soll noch in der jetzigen Legislaturperiode, also über einem Zeitraum von zwei Jahren, ein Retrievalsystem zur Verfolgung und Wiedervorlagen eingeführt werden, es sollen Presseerklärungen über Telefax abgewickelt werden können und es soll der Datenaustausch mit Regierungsstellen ermöglicht werden.

Die Bürgerschaft soll in einem Planungsprozeß über zwei Jahre eine Modernisierung der Verwaltung erreichen, wobei z. Z. keine Kommunikation zwischen Verwaltung und Fraktion über mögliche EDV-Lösungen besteht. Es soll möglicherweise eine Stelle für EDV eingerichtet werden.

2.3. EDV Einsatz in der Fraktion der FDP

Die FDP-Fraktion verfügt bundesweit über Anlagen der Firma Siemens. Die Fraktionen sowie die Landesverbände der FDP sind bundesweit (bis auf Schleswig-Holstein und Bremen) vernetzt worden. Dieses verursacht große Kosten und wird für die Fraktion der FDP im Lande Bremen nicht in Erwägung gezogen.

An Hardware verfügt die FDP-Fraktion im Lande Bremen über einen AT 386 mit 30 MB, an den acht PCs von Siemens (PCD-2), die keinen Festspeicher besitzen, und ein Drucker angeschlossen sind. Die Hardware ist vollständig gekauft (ca. 60.000 DM).

Neben Standardanwendungen wie Textverarbeitung mit Prismatext und Adreßverwaltung wird die Buchhaltung sowie ein Register über Fraktionsinitiativen per EDV abgewickelt. Es wird zur Zeit eine Datenbank mit dBase aufgebaut, mit der Parlamentsdrucksachen verwaltet werden. Weiterhin soll ein Statistikprogramm eingerichtet werden. Zugriffsmöglichkeiten zu Datenbanken wie z. B. JURIS sind wünschenswert und auch geplant.

In der weiteren Planung war ein Retrievalsystem (Zyindex) vorgesehen, welches aber nach Ausprobieren der nichtlaufenden Demoversion wieder ausgeklammert wurde.

Es ist ein Mitarbeiter (halbtags) für EDV zuständig. Er ist sowohl für Software als auch für Benutzerbetreuung zuständig. Die Akzeptanz der Abgeordneten war recht unterschiedlich. Einerseits stieß die EDV auf große Akzeptanz, so daß manche Abgeordnete sie schon stark nutzen, anderen Abgeordneten ist der Lernaufwand zu groß.

Die Fraktion würde gerne Informationsaustausch mit dem Parlament betreiben, dies wäre allerdings nur möglich, wenn das Parlament eine zugängliche Datenbank aufbauen würde. Als ideale Lösung stellt sich die Fraktion eine zentrale Stelle vor, an die der Senat, die Bürgerschaft sowie die Fraktionen angeschlossen sind (Modell Baden-Württemberg).

Die FDP-Fraktion ist in Bremen die einzige, die für den EDV-Bereich personelle Kapazitäten bereitstellt und die Einbeziehung der wissenschaftlichen Mitarbeiter in den Aufbau ihres DV-Systems realisiert. Die Strukturierung der Datenbank zur Verwaltung der Bürgerschaftsdrucksachen erfolgt in einem Prozeß zwischen DV-Mitarbeiter und wissenschaftlichen Mitarbeitern.

2.4. EDV-Einsatz in der Fraktion der GRÜNEN

Die Fraktion der GRÜNEN verfügt über eine verhältnismäßig geringe EDV-Ausstattung, was u. a. auf große Vorbehalte von seiten der Mitarbeiter zurückzuführen ist. Es bestehen Ängste z. B. vor einer Überbelastung in der Einführungsphase von Computern, wenn die Schulungen neben der allgemeinen Arbeit erfolgen. Allerdings spricht sehr vieles für den Einsatz von Computern zumindest in der Textverarbeitung: viele Aufträge müßten nicht mehr an Schreibbüros vergeben werden.

Ein besonderes Problem ist, daß sich nur wenige Mitarbeiter mit EDV auskennen und eine allgemeine Ablehnung gegenüber der EDV besteht. Weiterhin bestehen Ängste von seiten der Abgeordneten in bezug auf eine Überinformation, da schon Schwierigkeiten mit der Bewältigung der derzeitigen Informationen bestehen.

An Hardware verfügt die Fraktion der Grünen im Lande Bremen nur über einen Tandon PC-AT mit einem Tintenstrahldrucker. Damit werden Aufgaben im Bereich Fraktionsbuchhaltung sowie der Lohn- und Gehaltsbuchführung bearbeitet (FIBU, Multiplan).

Es ist noch kein Zugriff auf externe Datenbestände möglich, man bekundet allerdings Interesse an Daten aus dem Sach- und Sprechregister des Landes sowie an einem Drucksachenregister. Ein elektronisches Archiv würde das "Grüne Gedächtnis" verbessern; aufgrund der räumlichen Verhältnisse können Deputationsunterlagen und Bürgerschaftsdrucksachen nur vier Jahre lang archiviert werden, danach ist ein Zugriff mit größerem Aufwand verbunden.

Die Grünen sind der Auffassung, daß das Parlament in Bremen ein eigenes EDV-Konzept entwickeln müßte und nicht auf die Systeme anderer Landtage zugreifen sollte.

2.5. Zusammenfassung

Alle in der Bremer Bürgerschaft vertretenen Fraktionen setzen Computer zur Unterstützung ihrer Arbeit ein. Dabei dominieren Bürosysteme (CDU, FDP) und nicht vernetzte PCs (SPD, GRÜNE) mit der Zentralfunktion der Textverarbeitung. Mit Ausnahme der FDP sind die wissenschaftlichen Mitarbeiter nicht mit EDV ausgestattet, und die Abgeordneten können nicht auf die Fraktions-EDV zugreifen.

Die Fraktionen nutzen die EDV als interne Instrumente. Es gibt keine elektronischen Kommunikationskanäle nach außen (weder Datex- noch BTX-Anschlüsse). Die EDV wird ausschließlich als Bürosystem, nicht aber als Informations- und Kommunikationssystem genutzt. Es gibt aber (insbesondere bei der SPD) Ausbaupläne in diese Richtung, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der "Bedienung" der demnächst aufgewerteten Kommunalpolitiker in den Beiräten der Stadt Bremen.

Alle Fraktionen bekunden ihr Interesse an einer DV-Ausstattung des Parlamentes im Sinne einer politischen Aktion zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Fraktionen und Abgeordneten. Durchgängig vorgetragen wird der Wunsch nach einem Online-Zugriff auf das Sach- und Sprechregister (möglichst auch auf das anderer Landtage), um eine schnelle Information über die Behandlung von Themen durch Personen im Parlament zu bekommen. Die Möglichkeit der Recherche in externen Datenbanken, möglicherweise auch in Parteiarchiven, wird als überwiegend als hilfreich angesehen.

3. Was wollen die Abgeordneten?

Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft haben deutlich andere Arbeitsbedingungen als z. B. Bundestagsabgeordnete oder Landtagsabgeordnete in "Flächenstaaten". Bis auf die Abgeordneten aus der ca. 60 Km von Bremen entfernten Stadt Bremerhaven leben alle Volksvertreter am Ort des Parlamentes. Auch wenn sie eine gewisse Zuständigkeit für "ihre" Stadtteile haben, kann man nicht von "Wahlkreisen" sprechen. Allerdings gibt es Büros von einzelnen oder mehreren Abgeordneten in den Ortsteilen, um den Kontakt mit den Bürgern "vor Ort" zu pflegen. Mitarbeiter haben die Abgeordneten nur in solchen Büros oder Bürogemeinschaften und dort meist auch nur halbtags, denn sie können lediglich auf eine Pauschale von 500 DM pro Monat zurückgreifen. Über wissenschaftliche Mitarbeiter verfügen nur die Fraktionen, auf deren Arbeit die sogenannten "einfachen Abgeordneten" (ohne Sprecherfunktionen oder Vorstandspositionen in der Fraktion) nur begrenzt Einfluß haben. Nutzung von EDV durch Abgeordnete heißt im Zusammenhang mit dem Bremer Landesparlament deshalb in erster Linie Nutzung durch die Abgeordneten selber. Diese Abgeordneten gelten als "Halbtags-Parlamentarier" und sind häufig noch in ihrem Beruf tätig - es sei denn, sie waren vor dem Eintritt in das Parlament im öffentlichen

Dienst Bremens und sind bei Halbierung ihrer Bezüge von der Arbeit freigestellt (Inkompatibilität).

Wir wollten eine größere Zahl von Abgeordneten aller Parteien, dabei solche mit und ohne DV-Erfahrung, nach ihren Vorstellungen in bezug auf den Einsatz von Computern für die Volksvertretung befragen. Ende 1989/Anfang 1990 haben uns insgesamt 10 der 100 Abgeordneten für Interviews zur Verfügung gestanden; Abgeordnete der CDU waren leider nicht zur Beteiligung zu bewegen.

Für die Gespräche haben wir einen Leitfaden entwickelt (Anhang), der eine Untersuchung u. a. der folgenden Fragen vorsah:

- Gibt es ein Interesse an der Nutzung der EDV, wird bereits mit Computern gearbeitet?
- Wofür wird der Computer real eingesetzt, welche Planungen gibt es für die Zukunft?
- Auf welche Daten sollten Abgeordnete zugreifen können?
- Wie werden die Planungen der Parlamentsverwaltung eingeschätzt?

Der bisherige Verzicht auf den Einsatz von EDV wurde sowohl mit Zeitmangel als auch mit der ohnehin vorhandenen Informationsflut begründet. Es kommt anscheinend auf das (eher zufällige) Interesse und das persönliche Engagement der Abgeordneten an, ob sie mit EDV arbeiten oder nicht. Einige Abgeordnete sind dem "institutionalisierten" Angebot voraus und setzen Computer für ihre Arbeit ein. Die Motivation wird teilweise durch die Erleichterung von "Nebenfunktionen" der Abgeordneten in ihren Parteien gestärkt, zu deren Ausfüllung z. B. die Produktion von Texten, die Verwaltung von Mitgliedern und das Führen einer Kasse erforderlich ist. Finanziert wird dieses meist über die Pauschale zur Büroausstattung.

Bei den Geräten der Abgeordneten handelt es sich meistens um unvernetzte Siemens- oder IBM-Geräte, die fast ausschließlich zur Textverarbeitung unter DOS genutzt werden. Bei wenigen, die sich auch persönlich mit der EDV beschäftigen, wird der Computer auch zur Adressenverwaltung benutzt; vereinzelt gibt es Datenbankanwendungen, bei denen eine differenziertere Verschlagwortung der Deputationsunterlagen versucht wird. Teilweise werden darüber hinaus Telefax-Geräte genutzt.

Für die Zukunft haben die Abgeordneten viele Ideen, die teilweise vorhandenen Computer besser auszunutzen oder sich überhaupt erst Computer anzuschaffen.

Die Vorschläge der Abgeordneten gingen überwiegend dahin, daß sie Datenbanken nutzen wollten. Hierzu gehören zum Beispiel Umweltdatenbanken oder Datenbanken, die für Umweltschützer wichtig sind (Die "Hafensteckdose" ist zum Beispiel eine Datenbank, in der die Daten über die Termine und die Transportstrecken gefährlicher Güter gespeichert sind). Auch eine Mailbox oder ein Informationsdienst über Btx waren Vorschläge, die im Zusammenhang mit dem Thema "EDV für den Umweltschutz" genannt wurden. So wird es z. B. für sinnvoll gehalten, jederzeit auf Meßdaten (Belastungen von Luft und Wasser mit Schadstoffen o. ä.) zugreifen oder eine elektronisch gestützte Umweltberatung aktivieren zu können. Eine Idee ging soweit, daß in den Brettern der einzelnen Abgeordneten zu den verschiedenen Themen Kurzbeschreibungen dargestellt werden sollen mit einem Verweis auf weitere Daten.

Für ihre eigene Dokumentenverwaltung hätten einige Abgeordnete gerne ein Dokumentationssystem, das ihnen das schnelle Auffinden von Texten bzw. Textstellen ermöglicht. Während die einen beim Parlament eine Volltextdatenbank für überflüssig hielten, wünschten andere ein ausreichend differenziertes Volltext- oder aber ein Deputationsvorlagen-Retrievalsystem. Ein direkter Zugriff auf Protokolle, Druckschriften und Ausschußunterlagen sowie das Sach- und Sprechregister der Bremischen Bürgerschaft wurde ebenso als vorteilhaft angesehen wie die Möglichkeit, entsprechende Quellen anderer Parlamente (Landtage, Bundestag, EG) zu nutzen. Dies wurde am Beispiel der Debatte um das neue Transportsystem "Transrapid" verdeutlicht: Es war bekannt, daß es in Niedersachsen eine diesbezügliche Debatte gegeben hatte, und ein schneller Einblick in die dort vorgetragenen Positionen wäre hilfreich gewesen. Die Möglichkeit der Volltextrecherche würde zudem den Nutzen der vorhandenen Dokumente erhöhen, weil eine sehr viel differenzierte Recherchemöglichkeit besteht (Suche nach Begriffen, die auf der Ebene des Sach- und Sprechregisters als Schlagworte nicht vorkommen). Die Online-Verfügbarkeit der Daten wird für wichtig gehalten, weil so ein "kurzes Hineingucken" und eine schnelle Entscheidung über die Wichtigkeit der Information möglich ist; eine aufwendige Literaturrecherche würde - wie derzeit - wohl unterbleiben.

Unter die Rubrik "Nutzung externer Datenbestände" fällt auch der Wunsch, auf Presse- und Transferdatenbanken zugreifen zu können. Dies würde sowohl der aktuellen Information als auch der

Stärkung des fachlichen Hintergrundwissens der Abgeordneten dienen. So könnten z. B. Gutachten oder deren Zusammenfassungen von der Regierung bereitgestellt werden oder die Hochschulen könnten ihr Know How zu bestimmten Fragen (z. B. Energieversorgung) elektronisch präsentieren. Von einem Zugriff auf Daten der Landesregierung und deren Weiterverarbeitung mit einem eigenen PC verspricht man sich z. B. eine jeweils aktuelle Haushaltsübersicht und damit eine verbesserte Entscheidungsgrundlage.

Der Einsatz der EDV für die Öffentlichkeitsarbeit in den Stadtteilen erfolgt bereits vereinzelt, wir daher verstärkt geplant. Einige Abgeordnete planen die Nutzung ihrer EDV-Kenntnisse zu Wahlkampfzwecken. Sie haben die Idee, das Wahlprogramm ihrer Partei, ihr Abgeordnetenprofil und möglicherweise auch ein Spiel auf Disketten zu bringen und diese gezielt an potentielle Wähler und Multiplikatoren zu verteilen.

Insbesondere Abgeordnete aus Bremerhaven würden sich von einem Kommunikationselement des Parlamentes versprechen, ohne Anreise nach Bremen schnell Informationen gewinnen zu können - auch von ihren Fraktionen, und wenn es nur der Terminkoordination förderlich ist. Auch ein BTX-Anschluß wird für sinnvoll gehalten.

Über eine elektronische Kommunikation zwischen den Abgeordneten wird derzeit (wohl aufgrund der räumlichen Nähe und nahezu permanenten persönlichen Kommunikation) wenig nachgedacht; kollektive Arbeitsformen scheinen nicht dem vorherrschenden Typus von Abgeordnetentätigkeit zu entsprechen. Ein Zugriff auf Fraktionsdaten und die Weiterverarbeitung eigener Anliegen durch die Fraktion war jedoch durchaus vorstellbar.

Diese Skizze von Vorstellungen und Wünschen der Abgeordneten darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß Computer im Moment nur vereinzelt, im "halbprivaten" Raum und überwiegend für Textverarbeitung eingesetzt werden. Sie sind aber vorhanden, eröffnen neue Möglichkeiten und bilden das Grundgerüst für Konzepte von Parlament und Fraktionen zur systematischen Nutzung dieser neuen Ressource zur Verbesserung der Arbeit der Volksvertreter.

Mehrere Abgeordnete haben betont, daß sich die Computerisierung der Politik ohnehin nicht aufhalten lasse und ein solcher Versuch auch nicht sinnvoll sei. Insofern bliebe nur die Entwicklung eigener Nutzungskonzepte, wobei sowohl Probleme des Datenschutzes zu berücksichtigen seien. Eine Stärkung der herrschenden Informationseliten durch den EDV-Einsatz sei kaum zu vermeiden

und könnte höchstens durch eine offensive Artikulation der Interessen der Abgeordneten an dezentralen Nutzungen eingeschränkt werden. Alle befragten Abgeordneten waren sich einig, daß man ohne Schulung mit der neuen Technologie nicht weiterkommt. Doch Zeit für eine Schulung hat kaum einer. Dennoch stellen sich einige die Schulung so vor, daß man erst einmal ein Bild von den Möglichkeiten des Computereinsatzes bekommt. Einige haben einen "Schnellkurs" mitgemacht, der jedoch auch nur aus eigenem Interesse an den neuen Technologien besucht wurde. Es wurde ein Intensivlehrgang über eine Woche vorgeschlagen, der jedoch nicht in den Ferien stattfinden dürfe. Außerdem sollten sich die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Fraktionen das geforderte Wissen aneignen.

Von mehreren Befragten wurde darauf hingewiesen, daß ein Aufholen des riesigen Bremer Rückstandes gegenüber anderen Parlamenten dringend erforderlich sei. Die Ideen des Rechenzentrums der bremischen Verwaltung waren den Abgeordneten nicht bekannt. Sie präferierten aber in jedem Falle eine "Bremer Lösung", weil nur so wirksame Kontrollen über die Daten sowie Erweiterungen und Zugänge für die Abgeordneten möglich sind.

VI. Strategische Nutzungskonzepte der EDV für Abgeordnete, Fraktionen und "kleine" Parlamente

Die folgenden Überlegungen sollen dazu dienen, die Diskussion über EDV-Nutzungskonzepte zur Unterstützung dezentraler Gegenmacht voranzutreiben und die Variante "Stärkung der demokratischen Kontrollinstanzen" zu flankieren. Ohne Benutzerbeteiligung und ohne Berücksichtigung der (artikulierten oder potentiellen) Interessen von gewählten Mandatsträgern kommt es leicht zu zentralistischen und abgeschotteten Systementscheidungen, die Tendenzen zur Stärkung vorhandener Eliten Vorschub leisten und Gegengewichte von vornherein ausklammern.

Insofern kann es nicht um das Entwickeln von Patentrezepten "am bunten Bildschirm" (immerhin schon nicht mehr am grünen Tisch) gehen, sondern es müssen sich die endgültigen Konzepte aus einem Prozeß der Benutzerbeteiligung ergeben. Das setzt eine bestimmte Herangehensweise voraus, die nach einer möglichen Ausstattungsvariante als Diskussionsvorschlag für "kleine Parlamente" sowie deren Abgeordnete und Fraktionen beschrieben werden soll.

1. Eckpunkte für ein Konzept

Der Stand der Technologieentwicklung, der Leistungen von Software und die Preissituation erlauben heute die Diskussion von Konzepten einer "EDV für Volksvertreter", die von vornherein umfassen ansetzen. Das bedeutet, daß keine Rücksicht auf die ehemalige "Exklusivität" der EDV genommen und statt dessen versucht wird, Überlegungen zur Dezentralisierung von Kompetenz und zur Demokratisierung von Herrschaftswissen zu formulieren.

Damit ist zugleich eine wichtige Vorentscheidung gefallen: Computer sollen nicht nur Instrument der Büro-rationalisierung von Parlaments- oder Regierungsverwaltungen sein, sondern als Instrument der politischen Arbeit begriffen werden. Damit werden einzelne Abgeordnete und ihre Mitarbeiter zum zentralen Adressaten. Die zweite Vorentscheidung bezieht sich auf das Nutzungskonzept:

Computer können und sollen nicht nur als bessere Schreibmaschinen für die Textverarbeitung und als Hilfsmittel für unangenehme Routinetätigkeiten (Schreiben von Adressaufklebern), sondern auch als Informations- und Kommunikationsmittel betrachtet werden. Vor diesem Hintergrund lassen sich vorläufige Überlegungen auf den drei Ebenen Abgeordnete, Fraktionen und Parlamente anstellen.

1.1. Computer für Abgeordnete

Abgeordnete sind "Einzelunternehmer", die selbständig eine Vielzahl von Aufgaben an unterschiedlichen Orten wahrnehmen. Für sie empfiehlt sich eine Ausstattung mit persönlichen Computern (PCs), womöglich sogar mit tragbaren Geräten (Laptops), die in ihrer Leistung Tischgeräten nicht nachstehen. Es hat sich herausgestellt, daß die Verwendung von Standardsoftware und eine möglichst weitgehende Verbindungsmöglichkeit zu anderen Computer-Nutzern (z. B. Tausch von Disketten) von so großem Vorteil ist, daß die Kompatibilität der Geräte mit dem von IBM geprägten "Industriestandard" gegeben sein sollte. Das bedeutet die Beschaffung von IBM-kompatiblen Computern unter dem Betriebssystem DOS, das um benutzerfreundlichere Oberflächen (z. B. WINDOWS) ergänzt sein kann. Die im folgenden beschriebenen möglichen Aufgaben lassen eine leistungsstarke Mindestkonfiguration (Speicher 2-4 MB, Festplatte 120 MB) als sinnvoll erscheinen. Der für die Arbeit ohnehin erforderliche Drucker könnte aufgrund der Publikationsfunktion durchaus Laser-Qualität haben.

Die Nutzen dieser Geräte kann auf mehreren Ebenen liegen:

Herstellung von Texten

Die Erstellung und Bearbeitung von Texten wird durch Textverarbeitungssysteme und die längerfristige Speicherung von Texten effektiviert (vor allem: geringerer Korrekturaufwand, kein mehrmaliges Schreiben ähnlicher Texte).

Speicherung und Nutzung von Personendaten

Die Speicherung und Nutzung von Personendaten ist für Abgeordnete in unterschiedlichen Zusammenhängen hilfreich. Im Vordergrund steht sicherlich die Erstellung einer Adressdatei, die je nach Bedarf/Verteiler eingesetzt wird. Eine solche Datenbank kann auch zum Schreiben von Serienbriefen bzw. zur Herstellung von Adress-

aufklebern genutzt werden. Hierzu ist der Einsatz eines Datenbanksystems sinnvoll.

Durchführung von Berechnungen

Für einzelne Abgeordnete gehören Berechnungen, Kalkulationen und Projektionen zum Tagesgeschäft (z. B. Mitglieder von Haushaltsausschüssen). Für sie ist der Einsatz von Tabellenkalkulationsprogrammen hilfreich, die z. B. die selbständige Neuberechnung komplizierterer Systeme bei der Veränderung einer Größe vornehmen.

Dokumentation/Wiedervorlage

Sowohl die eigenen Ausarbeitungen als auch wichtige Informationen von "außen" müssen archiviert und auffindbar sein. Dazu dient ein Dokumentationssystem, das sowohl volle Texte (evtl. nach bestimmten Schlagworten) ablegt als auch Hinweise auf umfangreiche Dokumente (Literatur, Parlamentsdrucksachen, Parteipositionen etc.) enthält. Die Möglichkeit der Volltextrecherche und der Vergabe mehrerer Schlagworte pro Dokument Erfordern den Einsatz von Retrievalsystemen, die auch als Wiedervorlagesysteme zur Verfolgung von Vorgängen geeignet sind.

Nutzung externer Informationen/Datenbanken

Für die Abgeordneten ist der Zugriff auf Daten, Texte und aktuelle Meldungen aus einer Vielzahl von Quellen erforderlich. Es ist sinnvoll, sich Informationen aus Datenbanken z. B.

- der Regierungen (z. B. Umweltdatenbanken, statistische Daten, juristische Informationen, Bundespresseamt),
- der Parlamente (Sach- und Sprechregister von Bundestag und Landtagen, Drucksachenarchiv, Termindienst),
- der Fraktionen (z. Z. z.B. Erklärungen über BTX),
- der Parteien (Mailboxen, Archive, Pressemeldungen),
- privater Anbieter (Wissenschaftsergebnisse, Wirtschaftsinformationen, dpa),
- unabhängiger Mailbox-Betreiber (Ökoline, Zerberus-Netz)

zu beschaffen. Diese Möglichkeit haben die Spitzen in Staat und Wirtschaft schon lange. Aus diesen Quellen lassen sich nicht nur Hinweise, sondern auch volle Texte zur Verdichtung von Hintergrundinformationen relativ schnell erschließen. Heute bestehen sehr differenzierte Recherchemöglichkeiten und die Gelegenheit zum

elektronischen "Hineinsehen" in einzelne Dokumente, die dann je nach Wichtigkeit abgespeichert und ausgedruckt werden können oder auch nicht. Die Kosten einer solchen Nutzung sind unterschiedlich (nicht in jedem Falle astronomisch hoch) und außerdem vor dem Hintergrund anderer Verwendungen von Steuergeldern durch die Regierungen gut zu begründen - Demokratie ist schließlich nicht zum Nulltarif zu haben.

Für die Kommunikation mit Datenbanken und Mailboxen sind ein Akustikkoppler oder ein Modem und ein zusätzliches Kommunikationsprogramm sowie ein Datex-P-Anschluß (am Telefon) sinnvoll; die Nutzung von Bildschirmtext (BTX) erfordert neben einem Postanschluß (am Telefon) ein BTX-Programm (Softwaredecoder haben sich durchgesetzt).

Öffentlichkeitsarbeit

Publikationen der Abgeordneten für die Bürger und auch Pressemitteilungen können effektiver und kostengünstig selbst erstellt werden. Es gibt Systeme, die Text und Graphik kombinieren können und schöne Layouts ermöglichen. Damit ist z. B. auch die Chance gegeben, zentral erstellte Grafiken und Bilder (von der Partei oder der Fraktion) zu beziehen (Diskette oder Datenfernübertragung /DFÜ) und in die eigenen Veröffentlichungen einzubinden. So könnte zugleich ein Schritt zur Dezentralisierung der Wahlkampf-führung vollzogen werden, zumal die Druckvorlagen auf einem Laserdrucker herzustellen wären. Diese Perspektive ist für Abgeordnete häufig auch aus ihrer parteipolitischen Einbindung heraus sehr vorteilhaft, da sie ihre Ressourcen für ihre Parteiarbeit zur Verfügung hätten. Dazu ist der Einsatz von Publikationsprogrammen (DTP) hilfreich.

Die Bedienung von Bürgern mit politischen Informationen in Form von Disketten ist als Wahlkampf-Idee einiger Abgeordneten schon formuliert worden und im Zeitalter des Daten-Schmutzes (rassistische und faschistische Computerspiele für Kids) nicht so abwegig wie vielleicht auf den ersten Blick vermutet.

Für den Fall einer ausreichenden Rechnerausstattung könnten Abgeordnete sogar selber eine Mailbox betreiben, in der sie wichtige Erklärungen oder gezielte Nachrichten an Multiplikatoren bereitstellen. Ein solcher Schritt macht allerdings nur Sinn, wenn es keine anderen Gelegenheiten der elektronischen Kooperation untereinander (z. B. über eine Mailbox der Partei, der Fraktion oder des Parla-

ments) gibt oder wenn genügend interessierte Bürger über eine entsprechende Ausstattung verfügen.

Je nach dem Stand der Ausstattung und der realen Nutzung sind für die Abgeordneten bzw. ihre Mitarbeiter gezielte und fundierte Schulungsangebote bereitzustellen, die ein "Learning by Doing" einleiten und während der Einführungsphase auch der Benutzerbetreuung dienen (Aufbaukurse, Nutzertreffen).

1.2. Computer für die Fraktionen

Die Fraktionen sind die Organisationsform, mit deren Hilfe Abgeordnete ihre parlamentarische Arbeit koordinieren.

Sie sollen den gemeinsamen Willen der Abgeordneten artikulieren und ihnen bei ihrer Meinungsbildung behilflich sein. Da die Fraktionsspitzen und die Fraktionsapparate diese "Hilfe" in der Praxis sehr weitgehend organisieren (und die Abgeordneten über die Fraktionsdisziplin einbinden), liegt ein Zuschnitt der EDV-Nutzungskonzepte auf deren Interessen nahe; die schon erwähnte Stärkung der bestehenden Informationseliten wäre die logische Folge. Das gilt z. B. für DV-Konzepte von Fraktionen, die von vornherein eine Nutzung durch die eigenen Abgeordneten ausschließen. In diesem Falle reduziert sich die EDV entweder auf ein simples Bürosystem (Texte produzieren, Adressen verwalten, gezielte Briefe versenden) und läßt Möglichkeiten ungenutzt oder aber sie wird zu einem Instrument lediglich derjenigen, die auf sie bzw. auf die sie nutzenden wissenschaftlichen Mitarbeiter zugreifen können - und das sind in der Regel nicht die "einfachen" Abgeordneten. An dieser Stelle liegt der neuralgische Punkt: die EDV kann nur als Informations- und Kommunikationssystem zur Verbesserung der dezentral vorhandenen Informationen und damit zur Stärkung von Demokratie werden, wenn sie von Abgeordneten und wissenschaftlichen Mitarbeitern genutzt wird und alle Fraktionsmitglieder eine Möglichkeit des Zugriffs auf die Ergebnisse dieser "Filterarbeit" haben.

Da die Fraktionen in der Regel Gebilde mit einer Vielzahl von Mitarbeitern sind, die bestimmte Projekte gemeinsam bearbeiten oder zumindest auf gleiche Daten- und Informationsbestände zurückgreifen, muß über eine Arbeitsplatzausstattung mit PCs hinaus über eine Vernetzung nachgedacht werden. Zum PC-Einsatz ist allerdings anzumerken, daß ihr Einsatz im Sinne von intelligenten Terminals alleine nicht ausreicht: es muß die Möglichkeit geben, an

den einzelnen Arbeitsplätzen eigene Dateien aufzubauen und Rechnerkapazitäten zu nutzen; das "Fahren" von PC-Programmen und die Speicherung von Daten am Arbeitsplatz machen Arbeitsplatzrechner mit ausreichendem Speicher und mit Festplatten erforderlich. Mit dieser Forderung und vor dem Hintergrund der Empfehlungen für die Abgeordneten spricht auch für die Fraktionen alles dafür, IBM-kompatible PCs als Arbeitsplatzrechner einzusetzen und auf "geschlossene" Bürosysteme zu verzichten. Für diese Einschätzung sprechen die Erfahrungen der Bundestagsfraktionen, die entweder große Schwierigkeiten mit ihren Bürosystemen haben oder aber aus Gründen der Kompatibilität und der Kommunikationsfähigkeit in ihre Systeme Geräte einbinden, die in der Welt des Betriebssystems DOS zu arbeiten in der Lage sind.

Für die Vernetzung der Arbeitsplatzrechner im Rahmen eines Local Area Networks (LAN) sind unterschiedliche Konzepte vorstellbar, die allesamt eine Erprobung verdient hätten. Welche Variante am Ende den Vorzug erhält, hängt von den konkreten Verhältnissen und Bedürfnissen ab; in jedem Fall empfehlen sich offene und ausbaufähige Lösungen. Die Beschreibung der Aufgaben einer Fraktions-EDV schränkt die Zahl der möglichen Vernetzungs-Varianten allerdings schon ein. Zu diesen Aufgaben gehören u. a.

Herstellung und Weiterverarbeitung von Texten

Die Fraktionen können zum Schreiben von Texten und zur Weiterverarbeitung von Vorlagen einzelner Abgeordneter oder aus dem Parlament Textverarbeitungssysteme einsetzen.

Speicherung und Nutzung von Personaldaten

Eine gemeinsame Adressdatei der Fraktion würde die differenzierte Bedienung unterschiedlicher Personen und Verteiler ermöglichen (Datenbank).

Berechnungen/Finanzverwaltung

Die Erfassung von statistischen Daten und die Durchführung von Berechnungen und Projektionen (Tabellenkalkulation) ist ebenso erforderlich wie die Optimierung der eigenen Finanzverwaltung (Finanzbuchhaltung), die eine jeweils aktuelle Haushaltsübersicht ermöglicht.

Dokumentation/Wiedervorlage

Zur Verwaltung eigener Dokumente (Stellungnahmen wissenschaftlicher Mitarbeiter, Pressemitteilungen, Fraktionsbeschlüsse, Archivierung von Fraktionsinitiativen im Parlament) und externer Informationen können Retrievalsysteme eingesetzt werden, die auch eine Vorgangsverfolgung ermöglichen.

Nutzung externer Informationen

Die Fraktion muß in der Lage sein, externe Informationsquellen (Datenbanken, Mailboxen, Archive von Bundestag und Landtagen etc.) genauso zu nutzen wie einzelne Abgeordnete. Dazu sind Anschlüsse an das Datex-Netz, das BTX-System und an normale Telefonleitungen (Mailboxen) erforderlich, zu denen insbesondere die wissenschaftlichen Mitarbeiter Zugänge haben müssen.

Internes Informationssystem

Es ist sinnvoll, die Ergebnisse der Fraktionsarbeit und auch aktuelle Informationen von "außen" für die politische Arbeit aller Fraktionsmitarbeiter und Abgeordneten bereitzustellen (möglicherweise auch für Volksvertreter in Parlamenten auf einer dezentraleren Ebene, z. B. in Gemeinderäten oder Stadtteilparlamenten). Das bedeutet die Einführung eines Mailing-Systems im Netzwerk sowie den Aufbau einer eigenen Mailbox oder Datenbank ("Fraktionsarchiv"), auf die Online zugegriffen werden kann.

Öffentlichkeitsarbeit

Für die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen empfiehlt sich die Installation einer leistungsfähigen Desktop-Publishing-Station (DTP), zu deren Ausstattung auch ein Scanner (Bild- und Texterkennung) gehört. Von hier aus könnte die Fraktion Servicedienste für die Abgeordneten (Vorlagen für deren Publikationen) leisten oder auch nur die Nutzung dieser Technologie bereitstellen. Die Information der Öffentlichkeit (interessierte Bürger, aber auch die Presse) kann über eine allgemein zugängliche Mailbox realisiert werden; die Übernahme der Rolle eines BTX-Anbieters hat sich nicht durchgesetzt und scheint auch erst in dem Moment sinnvoll, wo ein weitverstreutes Publikum zu bedienen ist, das die Telefonkosten für das Anrufen einer Mailbox scheuen muß. Die Frage des Einstiegs in BTX kann sich zu einem späteren Zeitpunkt (bei massenhafter Nutzung) anders stellen, ist aber nie verbaut (Einstellung vorhandener Texte).

Die formulierten Aufgabenstellungen für EDV-Systeme machen die Sinnhaftigkeit von Vernetzungen deutlich: die arbeitsteilig produzierten und recherchierten Informationen der Fraktion gehören ebenso wie die Adressdaten in ein Fraktionsinformationssystem, auf das alle Mitarbeiter zugreifen können. Es sollte eine Verbindung zwischen dem Fraktionsarchiv und der Mailbox für die Öffentlichkeit bestehen, und die Arbeiten im DTP-Bereich sollten intern und extern problemlos verfügbar gemacht werden können. Unter den genannten Bedingungen spricht viel für den Einsatz eines Servers, der über ein ausreichendes und ausbaufähiges Leistungsniveau verfügt. Zumindest für "kleinere" Fraktionen ist vorstellbar, daß diese Funktion heute von einem der neuen Super-PCs mit der Leistungsfähigkeit eines kleinen Rechenzentrums (einer oder mehrere Prozessoren Intel 386/486, zumindest 16 MB Speicher, mehr als 600 MB Plattenkapazität) erfüllt wird; eine Lösung unter DOS (mit einem Multitaskingsystem bei Simulation von Multiuser-Funktionen) wäre von der Software-Seite her kostengünstig, würde aber auch eine Lösung unter OS/2 oder UNIX nicht blockieren. Die in großen Landtagsfraktionen eingesetzten VAX-Maschinen von DEC oder Anlagen auf der Ebene der Abteilungsrechner von IBM oder Siemens bedürfen der besonderen Begründung (Systempflege und Betreuung, Kosten für Hard- und Software, Wartungsverträge etc.).

Die Verbindung der Fraktionen mit dem Parlament muß nicht per Kabel vorgenommen werden; bei einer räumlichen Unterbringung, die nicht direkt beim Parlament erfolgt, funktioniert auch die Nutzung der Telefonleitung zur DFÜ (die Fraktionen wählen sich in den/die Rechner des Parlaments ein).

Der Prozeß der EDV-Einführung erfordert Schulungsmaßnahmen und Betreuungsangebote für alle Fraktionsmitarbeiter, wobei die Datenbanknutzung zunächst auf die wissenschaftlichen Mitarbeiter konzentriert werden könnte. Eine der Folgen der EDV-Einführung wird die Beschäftigung eines/r Mitarbeiters/in (möglicherweise mit einem Teil der Arbeitszeit) für den EDV-Bereich sein (System- und Datenpflege, Benutzerbetreuung).

1.3. Computer für die Parlamente

Die erste Anforderung an ein DV-Konzept für ein Parlament muß die Garantie von Offenheit für die Fraktionen und die Abgeordneten sein; das bedeutet nach den Empfehlungen für die Abgeordneten

und Fraktionen, daß Kommunikationsmöglichkeiten zur Welt der IBM-kompatiblen Rechner gegeben sein müssen.

Für die Arbeitsplätze im Parlament gilt (vielleicht mit Ausnahme des reinen Schreibdienstes im Protokollbereich) ebenso wie für die Fraktionen, daß PCs mit Festplatte und ausreichendem Speicher eingesetzt werden sollten, um die dezentrale Bearbeitung und Verwaltung von Daten zu ermöglichen (z. B. im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter). Das arbeitsteilige Bearbeiten von Problemen und der notwendige Aufbau eines Parlamentsinformationssystems lassen eine Vernetzung der Parlamentsarbeitsplätze ebenso als sinnvoll erscheinen wie die Organisation von Zugriffsmöglichkeiten durch Fraktionen und Abgeordnete. Die Aufgaben einer "EDV für das Parlament" sollen (nach den vorausgegangenen ausführlicheren Beschreibungen) nur kurz skizziert werden:

- Texterfassung und -verarbeitung von den Protokollen bis zum Druck; elektronische Kommunikation mit den Regierungsstellen zur Vermeidung mehrfacher Texterfassung,
- Tabellenkalkulation und Finanzbuchhaltung zur Unterstützung der Verwaltung (z. B. Abrechnung von Sitzungsgeldern etc.) und der Ausschüsse (z. B. Haushalt),
- Datenbankanwendungen für die Adressverwaltung,
- Informations- und Dokumentationssystem u.a. für das Sach- und Sprechregister, Parlamentsdrucksachen, Gutachten und Beschlüsse sowie Ausschußunterlagen, die als Volltext gespeichert und für die Fraktionen und die Abgeordneten Online verfügbar sein sollten,
- Betrieb einer Mailbox als Kommunikationsinstrument zwischen den Abgeordneten, aber auch zwischen Parlamentspräsidium und Abgeordneten (Terminplanung, Tagesordnungen),
- Schaffung von Anschlüssen an externe Datenbanken von anderen Parlamenten, Regierung und privaten Anbietern zur Nutzung durch wissenschaftliche Mitarbeiter des Parlaments sowie der Pressestelle, aber auch der Abgeordneten selber,
- Einrichtung einer öffentlich zugänglichen Mailbox (institutionalisiert z. B. bei der Pressestelle), die vor allem Parlamentsbeschlüsse für Interessierte bereitstellt.

Die umfangreichen Dokumentations- und Kommunikationsfunktionen eines zentralen Rechners im Netz dürfte für größere Parlamente die Anschaffung und den Betrieb einer mittelgroßen Rechenanlage

erforderlich machen; "kleinere" Parlamente könnten mit einer PC-Lösung auskommen.

2. Schritte zur Umsetzung

Die konzeptionellen Überlegungen haben ein Niveau, das der Konkretisierung auf den jeweiligen Fall bedarf. Hinzu kommen Entscheidungen der Betroffenen darüber, welche Aufgaben sie wann mit Hilfe der EDV erledigen wollen. Die Entscheidung über die Auswahl bestimmter Systeme, über Vernetzungskonzepte und am Ende über die einzusetzende Software sowie die erforderliche Schulung und Benutzerbetreuung lassen es als ratsam erscheinen, daß Parlamente insgesamt (also nicht nur einzelne Abgeordnete oder einzelne Fraktionen) eine EDV-Lösung finden, die am Ende allen Abgeordneten hilft und damit die Demokratie stärkt. Für die Konkretisierung und Umsetzung eines solchen Konzepts lassen sich einige allgemeine Rahmenbedingungen angeben, die im folgenden kurz angerissen werden sollen.

2.1. Eckpunkte der Konzeptentwicklung

Steuerung der Systementwicklung durch die Beteiligten

Eine Systementwicklung ohne volle Einbeziehung der Betroffenen führt zu Akzeptanzproblemen und einer unzureichenden Nutzung der Möglichkeiten. Abgeordnete und Mitarbeiter bei Parlament und Fraktionen müssen sich an der Systementwicklung in allen Phasen beteiligen. Es sind auch Testphasen vorzusehen, in denen die zukünftigen Nutzer ihre Änderungsinteressen einbringen können.

Aus den Erfahrungen lernen

In der Anfangsphase müssen die Erfahrungen anderer Parlamente mit vergleichbarer Größe/Problemlage aufgearbeitet werden. Der Sicht der Nutzer (Abgeordnete, Fraktionen, Parlamentsmitarbeiter) kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Flexibilität und Begleitung des Prozesses

Die Einführung von Hard- und Software soll so erfolgen, daß mögliche Nutzungsänderungen im Laufe des weiteren Prozesses ohne kostenträchtige Maßnahmen realisiert werden können.

Zur frühzeitigen Erkennung von Problemen sowie zur transparenten Aufarbeitung der Stärken wie der Schwächen der gefundenen Lösungen sollte eine sozialwissenschaftliche Begleitung stattfinden, die zugleich der Unterstützung der Position der betroffenen Nutzer dient.

Beratung und Schulung

Es muß ein auf die Interessen der (potentiellen) Nutzer abgestimmtes Schulungskonzept entwickelt und durchgeführt werden. Bisherige Erfahrungen zeigen, daß Schulungsbedarf häufig auch bei der Anwendung entsteht, so daß der Übergang zwischen Schulung und Beratung fließend sein dürfte.

2.2. Zur Institutionalisierung des Prozesses

Zur Institutionalisierung des Prozesses der Einführung von Informationstechnologien in die Arbeit des Parlaments bietet sich an, daß eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird, die die Systementwicklung steuert (Zusammensetzung z. B. ein Abgeordneter und ein Mitarbeiter der Fraktionen, der Chef der Verwaltung und ein Vertreter des Personals).

Die Durchführung des Projekts wird einem externen Projektteam übertragen, dessen Verantwortung sich bezieht auf die

- Analyse vorliegender Erfahrungen,
- die Entwicklung eines Systemkonzepts unter Beteiligung der Betroffenen,
- die Formulierung der Ausschreibung,
- die Durchführung der sozialwissenschaftlichen Begleitung,
- die Entwicklung und Erprobung eines Schulungskonzeptes sowie
- die Systemintegration.

Für den Fall der Kooperation mit einer wissenschaftlichen Einrichtung ist während des Einführungsprozesses zumindest eine externe Firma zu beteiligen, die die erforderliche Hard- und Software liefert, deren Funktionsfähigkeit gewährleistet und erforderliche Anpassungen realisiert.

Über kurz oder lang ist der Aufbau einer Abteilung/Stelle "Informationstechnologie" in der Parlamentsverwaltung erforderlich. In diesen Aufgabenbereich fällt u. a.

- die Leitung des Rechnerbetriebs und der Systempflege,

- die Beratung von Nutzern- die Erschließung und Bereitstellung externer Datenquellen (Datenbanken),
- die technische Betreuung der Anlagen.

2.3. Zeitrahmen und Phasen des Projekts

Erfahrungen mit vergleichbaren Vorhaben lassen für die Einführung von Informations- und Kommunikationstechnologien beim Parlament einen Zeitrahmen von vier bis fünf Jahren als realistisch erscheinen. Unter der Voraussetzung, daß eng verknüpfte Qualifikationen aus den Bereichen Informatik und Sozialwissenschaften eingebracht werden, läßt sich der geplante Prozeß sehr grob in folgende Arbeitsschritte und Phasen unterteilen:

a.) Vorphase

In diese Phase fallen drei Arbeitsschritte zur Konkretisierung des Bedarfs und des generellen Systemkonzepts. Das bedeutet:

- Die fundierte Aufarbeitung bisheriger Erfahrungen in anderen Parlamenten. Dabei sind sowohl die realisierten Konzepte als auch die Sichtweisen der Betroffenen aufzuarbeiten und Zukunftsperspektiven zu diskutieren. Außerdem müßten die Folgewirkungen auf das politische System analysiert werden.
- Die Feststellung der Interessen und Bedarfslagen der Abgeordneten, Fraktionen und der Parlamentsverwaltung sind zumindest im Hinblick auf erste Schritte der Einführung neuer Systeme zu ermitteln.
- Die Erarbeitung eines fundierten generellen Systemkonzepts auf Basis der beschriebenen Ergebnisse und in enger Kooperation mit den Betroffenen sowie der Arbeitsgruppe des Parlaments. Dieses Systemkonzept bildet die Grundlage für eine Ausschreibung.

Als "Zwischenbericht" kann ein sehr grober Ansatz für den wahrscheinlichen Mittelbedarf vorgelegt werden, wobei hier allerdings mit groben Schätzwerten auf Basis eines von mehreren möglichen Einführungskonzepten gearbeitet werden muß.

b.) Einführungsphase

In dieser Phase der Konkretisierung und Umsetzung des Systemkonzepts werden erste Teillösungen erarbeitet und eingeführt. Es soll (zumindest) ein Unternehmen einbezogen werden, das unter

Einsatz mitwirkungsorientierter Methoden die technische Realisierung des Projekts gewährleistet.

Der Prozeß der Einführung wird sozialwissenschaftlich begleitet und ist mit der Entwicklung und Durchführung von Schulungsangeboten verbunden.

c.) Integrations- und Verstetigungsphase

Die realisierten Einzellösungen sollen aufeinander bezogen und miteinander verbunden werden. Spätestens in dieser Phase ist der Aufbau einer Abteilung/Stelle "Informationsmanagement" beim Parlament erforderlich. Die Ergebnisse des Einführungsprozesses sollen formuliert und mit den Betroffenen diskutiert werden, um die Weiterentwicklung reflektiert steuern zu können. Die personelle Ausstattung einer solchen Einrichtung ist abhängig von den gefundenen Hard- und Softwarelösungen.

Anhang

1.) Leitfaden für die Expertengespräche

1. Prozeß der Einführung

- a) Gibt es ein Systemkonzept für die Einführung
- b) Wer hat das Einführungskonzept entwickelt (welche externe Beratung, interne Kräfte)
- c) Wurde eigenes DV-Personal eingesetzt (wieviele Personen, seit wann, Berufsgruppe)
- d) In welcher Form ist eine Beteiligung der Nutzer (Abgeordnete, Verwaltung) erfolgt
- e) Welche Dienstvereinbarungen wurden abgeschlossen
- f) Gab/gibt es eine Begleitforschung (Ergebnisse)
- g) Welche Schulungsmaßnahmen wurden durchgeführt und werden angeboten (von wem, für wen, wie lange)
- i) Welche Angebote der Benutzerbetreuung gibt es
- j) Welche Haushaltsmittel wurden bisher eingesetzt und wie hoch sind die laufenden jährlichen Kosten

2. Hard- und Softwareausstattung

2.1. Hardware

- a) Welche eigene Rechnerkapazität hat das Parlament (Rechenanlagen, Bürosysteme, PCs)
- b) Welche externen Rechnerkapazitäten werden genutzt (Landesrechenzentren)
 - in welcher Größenordnung
 - wieviele Terminals stehen zur Verfügung
- c) Wie ist die Vernetzung realisiert (ISDN, Kabel)
- d) Wie wird BTX genutzt
 - als Nutzer
 - als Anbieter
- e) Bestehen Datex-Anschlüsse
 - Zugriff auf welche externen Daten?
 - Externer Zugriff auf Parlamentsdaten

- über welche Zugänge (Mailbox?)
- für welche Gruppen (Abgeordnete, öffentlich)
- f) Besteht ein X.400- Anschluß
 - Werden Message-Handling-Systeme eingesetzt

2.2. Software

- h) Welche(s) Betriebssystem(e) wird wo eingesetzt
- i) Welchen Standard-Software-Pakete sind im Einsatz
- j) Gibt es Kompatibilitätsprobleme (parlamentsintern)

3. Parlamentsverwaltung

Welche Geräte und welche Software werden eingesetzt für die Bereiche

3.1. Text

- a) Erstellung von Vorlagen (Berichte, Anträge...) für das Plenum und für die Ausschüsse
- b) Wie erfolgen Eingaben
 - der Regierung
 - der Fraktionen (Papier, Diskette, online)
- c) Protokollerstellung
- d) Wie werden die Satzvorlagen für den Druck erstellt (Papier, Diskette, online, über Rechenzentrum)

3.2. Dokumentation

- e) Sach- und Sprechregister
- f) Bibliothek
- g) Dokumentation (z. B. Ausschlußunterlagen)

3.3. Finanzen

- h) Abrechnung für die Abgeordneten
- i) Verwaltung der Finanzen
- j) Personalverwaltung

4. Nutzung, Aufbau und Bereitstellung von Datenbeständen

4.1. Nutzung

- a) Auf welche externen Datenbanken kann zugegriffen werden/wird zugegriffen
- b) Auf welche Regierungsdaten (Bund, Land, Kommunen) kann zugegriffen werden /durch wen
- c) In welcher Form stellt die Regierung Unterlagen bereit (Papier, Disketten, online)
- d) Beschlüsse anderer Parlamente (EG, Bundestag, Landtage)

4.2. Aufbau

- e) Welche Datenbestände werden vom Parlament aufgebaut und verwaltet (gefilterte Regierungsdaten, Ergebnisse von Recherchen in externen Datenbanken, interne und externe Gutachten, Berichte, Gesetze, Protokolle, Reden...)

4.3. Bereitstellung

- f) Welche Parlamentsdaten (Beschlüsse, Reden, Termine, Unterlagen...) werden wie (BTX, Mailbox, Datex) zur Nutzung bereitgestellt
 - für die Fraktionen/Abgeordneten und ihre Mitarbeiter
 - für die Öffentlichkeit
 - wer nutzt real

5. Die Fraktionen

- a) Welche Interessen der DV-Nutzung haben Fraktionen
- b) Mit welchen Rechenanlagen sind die Fraktionen ausgestattet, wozu werden sie genutzt
 - Bürosysteme, PCs
 - Betriebssystem(e), Softwareprodukte
- c) Haben die Fraktionen Mitarbeiter für die DV
- d) Wie hoch sind die bisherigen Kosten und die laufenden Etats für die DV-Ausstattung/Nutzung
 - wird auf einen Parlaments-Etat zugegriffen oder aus Haushaltsmitteln der Fraktionen bezahlt

- e) Auf welche externen Datenbestände können die Fraktionen wie zugreifen
 - externe Datenbanken
 - Regierungsdaten
 - Parlamentsdaten
 - Daten von Fraktionen anderer Parlamente
 - Daten der Parteien
- f) Welche eigenen Datenbestände gibt es
- g) Kann "von außen" auf Fraktionsdaten zugegriffen werden
 - Abgeordnete
 - Öffentlichkeit
 - wer nutzt real
- h) Gab/gibt es ein Systemkonzept, Nutzerbeteiligung, Schulungsmaßnahmen und eine Benutzerbetreuung
- i) Gibt es Kompatibilitätsprobleme innerhalb der Fraktion, mit dem Parlament, mit den Fraktionen anderer Landtage, mit der Partei
- j) Wie werden die Parlamentsaktivitäten bewertet

6. Die Abgeordneten

- a) Welche Interessen an DV-Nutzung haben Abgeordnete
- b) Mit welchen Rechnern sind die Abgeordneten (wieviele) bzw. ihre Mitarbeiter ausgestattet (Parlamentsort/Wahlkreis) und wozu werden sie genutzt
 - Bürosysteme, PCs
 - Betriebssystem, Software
- c) Auf welche Datenbestände können die Abgeordneten wie zugreifen (Datenbanken, Regierung, Parlament, Fraktion, Partei)
- d) Wird die DV für die Öffentlichkeitsarbeit der Abgeordneten genutzt (Mailbox, BTX o. ä.)
- e) Beteiligung an Schulungsmaßnahmen /Bedarf
- f) Kompatibilitätsprobleme (Partei/Fraktion/Parlament)
- g) Wie werden die Parlamentsaktivitäten bewertet

2.) Fragebogen für Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft/Landtag

- 1. Gibt es ein Interesse am Einsatz von EDV durch den/die Abgeordnete(n)?

2. Wird bereits mit EDV gearbeitet?

- a) welche Rechner
- b) welches Betriebssystem, welche Software sind z. Z. im Einsatz

3. Wozu wird der Computer real eingesetzt?

4. Welche Absichten/Planungen gibt es für die Zukunft (Beschaffung von Hard- und Software, Einsatzideen)?

5. Auf welche Datenbestände sollten die Abgeordneten mit EDV direkt zugreifen können?

- Partei- und Fraktionsinformationen (Termine, Stellungnahmen)
- Parlamentsinformationen (Termine, Beschlüsse, Reden...)
- Regierungsinformationen (z. B. Berichte, Haushaltsdaten)
- externe Datenbanken (z. B. dpa, Umweltbundesamt, Wirtschaft)

6. Kann der Computer für die Öffentlichkeitsarbeit der Abgeordneten (evtl. Bürogemeinschaften) genutzt werden (z. B. Mailbox, BTX)?

7. Gründe für die Beteiligung/Nichtbeteiligung an Schulungsmaßnahmen/gibt es Bedarf?

8. Gibt es Kompatibilitätsprobleme mit Partei und Fraktion?

9. Einschätzung der Planungen und des Standes des EDV-Einsatzes

- beim Parlament selber (eigenes Interesse? Hamburger Modell?)
- in der Fraktion (z. B. eigene Nutzung, Mitarbeiter...)

Literatur

Arbeitsgemeinschaft GMD - ADV/ORGA: Endbericht zum Modellversuch Parlakom, Dezember 1988

CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestags: Jahresbericht der Informatik 1987/88, Bonn 1989

Deutscher Bundestag (Verwaltung): Erfahrungsbericht zum Modellversuch Parlakom, Bonn, Mai 1988

Deutscher Bundestag (Verwaltung): Synoptische Darstellung der Ausstattungen in den Landtagen und im Bundesrat, Bonn, April 1989

GMD - ADV/ORGA, Projektgruppe Parlakom: Möglichkeiten zur Unterstützung der Tätigkeiten der Abgeordneten durch neue Information- und Kommunikationstechniken und -medien, St. Augustin, März 1986

Heske, Dieter: Realisierung von Office-Automation. Erkenntnisse und Folgerungen aus einer Installation im Landtag von Baden-Württemberg; Datenintegration in verteilten Systemen, o. J.

IBEK: Handlungsvorschläge für die Fraktion DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG im Hinblick auf die Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechniken im Deutschen Bundestag, Karlsruhe 1986

Lange, Hans-Jürgen: Bonn am Draht, Marburg 1988

Schweitzer, Carl Christoph: Der Abgeordnete im parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik, Opladen 1979

Edgar Einemann im SP-Verlag

Edgar Einemann/ Edo Lübbling

**Politisches Lernen
und Handeln im Betrieb**

Betriebsnahe Bildungsarbeit und Betroffenen-
forschung für eine humane Zukunft der Arbeit
(Bibliothek zur Arbeiterbildung, Bd. 2)

248 S., br., ISBN 3-924800-26-X, DM 24,80

Edgar Einemann/ Edo Lübbling

Anders Produzieren

Alternative Strategien in Betrieb und Region

228 S., br., ISBN 3-924800-33-2, DM 19,00

"Das Buch enthält strategische Ansätze zur Verbes-
serung der Arbeits- und Lebensbedingungen."

Welt der Arbeit

Edgar Einemann/ Matthias Kollatz (Hrsg.)

**Technologieentwicklung
und Reformpolitik**

Ein ökologisches Einlesebuch

272 S., br., ISBN 3-924800-93-6, DM 19,80

Texte zum Zusammenhang von Technologieent-
wicklung und Reformpolitik: Demokratisierung des
technischen Wandels, Computer-Weltmodelle, Rü-
stungskonversion, Bio- und Gentechnologie, Ver-
datung und Datenschutz etc.



Schüren